



ANALYSEN UND PERSPEKTIVEN FÜR EINE NICHT-KAPITALISTISCHE LANDWIRTSCHAFT

WIDERSTAND IST FRUCHTBAR

READER DES AKTIONSBÜNDNISSES GLOBALE LANDWIRTSCHAFT ZUM G8 GIPFEL 2007

Impressum:

Reader des Aktionsbündnisses Globale Landwirtschaft
März 2007

weitere Infos: www.g8-landwirtschaft.net

Kontakt: g8_landwirtschaft@yahoo.de

V.i.S.d.P.:

Alexis Passadakis & Pia Eberhardt

Zülpicherstr. 81

50937 Köln

Nichts vom Munde absparen und trotzdem spenden:

Umweltgruppe Ökogeist e.V.; Sparkasse Barnim;

BLZ 170 520 00; Kto.: 314 000 233 4

(Spenden sind steuerlich absetzbar)

Gefördert von: AG Welthandel & WTO  **attac**

Titelbild: Ayse Gökmenoglu

Zitat Rückseite: Audiovisuales de los Caracoles

Zapatistas (2004) "Das Land denen, die es
bearbeiten".

Layout: Ayse Gökmenoglu

Druck: AktivDruck & Verlag GmbH, Göttingen

INHALTE

Editorial

Herzhaft zubeißen! Für eine anti-kapitalistische Perspektive auf globale Landwirtschaft 2

Brot, Land & Freiheit – weltweite Konflikte um Land

Konzentration von Landbesitz vs. Agrarreformen für das Recht auf Nahrung /// Armin Paasch 3

Ein Stück Land und ein Leben in Würde. Eine Reise durch die Gesundheitswelten der Landlosenbewegung in Brasilien /// Katja Maurer 6

Es geht uns um die soziale Entwicklung unserer selbst. Ein Gespräch mit Delwek Matheus von der brasilianischen Landlosenbewegung 9

Wer die Saat hat, hat das Sagen – Gentech, Biopiraterie & Feldbefreiungen

Der Durchbruch bleibt aus. Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen in Deutschland /// Thomas Janoschka 11

Grassroots gegen Gentech-Grün. Saatgut, Gentechnik, Konzerninteressen & Widerstand /// Jutta Sundermann 13

Gehört der Mais von morgen Monsanto? Konzerne sichern sich den Zugriff auf Saatgut /// Buko Kampagne gegen Biopiraterie 17

Supersize it! – Einblicke in die industrielle Landwirtschaft

„Ensemble on ne se laisse pas faire...“ – Migration, Ausbeutung und Widerstand am Beispiel El Ejido /// Lisa Bolyos & Dieter Behr 21

Globale Landwirtschaft, Landflucht, Slum-Cities. Landflucht im 21. Jahrhundert endet nur in Ausnahmefällen in der Fabrik /// Gregor Samsa 25

Soja oder: Wie der Wald zur Wurst wird. Über die Rolle einer Pflanze im weltweiten Lebensmittelgeschäft /// Flip Vonk 27

Mehr Soja-Anbau – mehr Bauern im Gefängnis. Die Ausweitung des Sojaanbaus in Paraguay /// Javiera Rulli 31

Fleischfabriken boomen-Umweltstandards sinken-BäuerInnen verschwinden /// Reinhild Benning & Christiana Schuler 34

Der internationale Pestizidmarkt: Profitable Gifte /// Jürgen Knirsch & Carina Weber 38

Von ‚Ernährerinnen der Welt‘ und flexiblen Arbeitskräften. Eine kritisch-feministische Perspektive auf globale Landwirtschaft /// Helen Rupp 42

Biokraftstoffe. Chance oder Schande für die globale Landwirtschaft? /// Timo Kaphengst 45

Markt – Macht – Hunger. Regulierung im Interesse des Agrobusiness

Dick im Geschäft. Die Rolle des Agrobusiness in der globalisierten Landwirtschaft /// Pia Eberhardt & Sarah Bormann 48

BäuerInnen gegen Agromultis. Die Agrarexport- und Subventionspolitik der EU /// Pia Eberhardt 52

Super Märkte für Agrarprodukte. Die Rolle von WTO, Weltbank und IWF in der globalen Landwirtschaft /// Helen Rupp 56

We grow better – Konzepte und Kämpfe für eine nicht-kapitalistische Landwirtschaft

Stationen einer wechselhaften Beziehung. Das Verhältnis der Linken zur globalen Landwirtschaft klar wieder auf /// Gregor Samsa 59

Ernährungssouveränität. Via Campesina fordert „Brot, Land und Freiheit“ /// Astrid Engel 62

Das bittersüße Aroma der Rebellion. Geschichte und Aktualität der zapatistischen Kaffeekooperativen in Südmexiko /// Philipp Gerber 66

Kritischer Konsum – Mittel im Kampf gegen Ausbeutung oder bürgerliche Gewissensberuhigung? /// Dieter Behr 69

Der faire Handel ist zu einer Imagekampagne des Kapitalismus verkommen /// Wolfgang Johann 71

Und zum Nachtisch...

MV tut gut? – Ein Streifzug durch die Landwirtschaft Mecklenburg Vorpommerns 73

Eat the rich. Frühstück – Mittag – Abend: die Lieblingsgerichte der Redaktion 74

Aufruf zu weltweiten Aktionen gegen das globale Agrobusiness während des G8-Gipfels im Juni 2007 75

Herzhaft zubeißen!

Für eine anti-kapitalistische Perspektive auf globale Landwirtschaft

Es gibt viele Gründe für Bewegungen, sich mit dem Thema globale Landwirtschaft und Ernährung zu beschäftigen. Landwirtschaft ist weiterhin die dominante Lebensrealität vieler Menschen: Weltweit leben etwa 1,3 Mrd. Menschen als Bauern, Bäuerinnen und LandarbeiterInnen. Zudem führt die Art und Weise, wie Landwirtschaft und Ernährung heute organisiert sind, zu fatalen sozialen und ökologischen Verwerfungen. Die industrielle Landwirtschaft zerstört natürliche Ressourcen – von Böden und Wäldern über Wasservorkommen bis zur biologischen Vielfalt; der Druck, immer mehr immer billiger zu produzieren zwingt (klein-)bäuerliche ProduzentInnen dazu, ihre Höfe aufzugeben; andere werden im Auftrag großer Agrarkonzerne von ihrem Land vertrieben; und nicht zuletzt sterben weltweit 30 Millionen Menschen an den Folgen von Hunger und Unterernährung.

Es ist daher nicht verwunderlich, dass sich die stärksten Widerstandsbewegungen im globalen Süden an Fragen von Landwirtschaft und Ernährung entzünden. In Deutschland dagegen wurde dieses Feld in den letzten Jahren weitgehend von NGOs bearbeitet – ohne die Beteiligung größerer Teile der Bewegungslinien.

Im Vorfeld des G8-Gipfels in Heiligendamm haben sich Einzelpersonen und AktivistInnen aus verschiedenen Gruppen (z.B. Barnimer Aktionsbündnis gegen Gentechnik, BUKO-Kampagne gegen Biopiraterie, Attac AgrarNetz, anti-rassistische Gruppen etc.) im „Aktionsnetzwerk globale Landwirtschaft“ zusammengeschlossen, um das zu ändern. Wir wollen Landwirtschaftsfragen auf die Protest- und Widerstandsagenda setzen. Und wir wollen die agrarpolitische Debatte um eine antikapitalistische Perspektive bereichern, die unserer Meinung nach hierzuland nur sehr vereinzelt artikuliert wird.

Denn neben unserer Solidarität mit dem globalen Widerstand von BäuerInnen- und Landlosenbewegungen verbindet uns die Einschätzung, dass die katastrophalen Entwicklungen in der Landwirtschaft mit deren fortschreitender Durchkapitalisierung zu tun haben: Durch die Zerstörung bäuerlicher Landwirtschaft und die Inwertsetzung natürlicher Ressourcen durch Patente kann sich das Kapital ganz neue Verwertungsfelder erschließen. Andererseits ist diese Durchkapitalisierung der Landwirtschaft eine zentrale Stütze des globalen Kapitalismus insgesamt. Ob durch gewaltsame Vertreibung oder weil sie der globalen Konkurrenz nicht standhalten können – sobald ProduzentInnen ihre Höfe verlassen, nähren sie als potentielle Hausmädchen, Taxifahrer oder Maquila-ArbeiterInnen die globale „Reservearmee“ an ArbeiterInnen, die weltweit die Löhne niedrig hält. Für die Landflüchtigen ist dieser Prozess durchaus widersprüchlich: Einerseits wird nur eine Minderheit in Lohn und Brot geführt, während die Mehrheit in den Slums der Millionenstädte brutal zu Überflüssigen verdammt wird. Andererseits birgt dieser Prozess auch – weder zu romantisierende noch idealisierende – Potentiale für Selbstorganisation und soziale Kämpfe, worauf z.B. die Landlosenbewegung in Brasilien oder die Arbeitskämpfe von MigrantInnen im Gemüseanbau in Europa hinweisen. Schließlich gibt es noch ein zweites Moment der Kapitalisierung der Landwirtschaft, das den globalen Kapitalismus stützt: Die industrielle Landwirtschaft und globale Supermarktketten sorgen dafür, dass immer mehr Menschen immer weniger Zeit und

Geld für ihre Ernährung aufbringen müssen. Das hält die Kosten für ihre Reproduktion niedrig und lässt mehr Zeit für Lohnarbeit.

Globale Landwirtschaft hat daher sehr viel mit Kämpfen zu tun, in die die Bewegungslinke im globalen Norden verwickelt ist – gegen Sozialabbau und für globale soziale Rechte, gegen die Ursachen von Flucht und Migration, gegen ein kapitalistisches Wirtschaftssystem.

Deshalb werden wir vor, während und auch nach dem G8-Gipfel verschiedene Aspekte industrieller, kapitalistischer Landwirtschaft entlang der Wertschöpfungskette thematisieren: Am 3. März startet eine Infotour von Graz durch viele Städte nach MeckPom. Ihr Schwerpunkt sind die katastrophalen Arbeitsbedingungen migrantischer LandarbeiterInnen in der europäischen Landwirtschaft. Konflikte um Land stehen bei Veranstaltungen zum globalen Aktionstag von Via Campesina am 17. April im Vordergrund. Am 21. Mai, einem Tag vor dem internationalen Tag der biologischen Vielfalt, wird es in Gatersleben beim Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung eine Protestaktion geben. Am 3. Juni, dem G8-Aktionstag zu globaler Landwirtschaft, sind Aktionen gegen Gentechnik und Discounter à la Lidl in Heiligendamm/Rostock geplant. Und nach dem G8-Gipfel stehen Aktionen anlässlich des ParlamentarierInnen-Treffens der EU- und AKP-Staaten am 23.-27. Juni im Kontext der EPA-Verhandlungen sowie die UN-Konferenz über biologische Vielfalt (COP-9) im Mai 2008 in Bonn auf unserer Agenda. Ziel dieses Readers ist es, verschiedene Themen und Positionen zu unserem Aktionsfeld zusammenzutragen – ohne Anspruch auf Vollständigkeit. Wir hoffen, dass die Bandbreite der Artikel globale Landwirtschaft denk- und fühlbar macht und inhaltliche Debatten inspiriert, die auch bei uns noch ausstehen. Entsprechend stellen die einzelnen Artikel nicht die Meinung aller im Aktionsnetzwerk Aktiven dar.

Die Artikel der ersten beiden Kapitel thematisieren Kämpfe um die Verfügbarkeit der Produktionsmittel Land und Saatgut. Im dritten Teil werden diverse Facetten der industriellen Landwirtschaft und des Widerstands dagegen beleuchtet – von der Mobilisierung billiger Arbeitskräfte bis zum System der Massentierhaltung. Die strukturierenden Kräfte des Weltmarktes für Nahrungsmittel und agrarische Rohstoffe – vom Agrobusiness über die EU-Agrarpolitik bis zu Institutionen wie der WTO – stehen im Fokus des vierten Teils. Abschließend geht es um die Zuspitzung verschiedener Perspektiven für eine nicht-kapitalistische Landwirtschaft.

See you in the fields - in Heiligendamm and beyond!

Pia & Alexis
Aktionsnetzwerk Globale Landwirtschaft

Weitere Infos: www.g8-landwirtschaft.net

Konzentration von Landbesitz vs. Agrarreformen für das Recht auf Nahrung

Immer noch leiden weltweit über 850 Millionen Menschen Hunger. In einer Welt, in der eigentlich genug Nahrung zur Versorgung aller Menschen produziert wird, ist das ein Skandal. Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation wäre eigentlich genug Nahrung für alle verfügbar. Dass in vielen Ländern dennoch große Bevölkerungsteile von Hunger betroffen sind, erklärt sich durch ungerechte Verteilung. Dies gilt sowohl zwischen Nord und Süd, als auch innerhalb der Gesellschaften in den einzelnen Ländern. In der Steigerung der Nahrungsmittelproduktion durch eine weitere Technisierung der Landwirtschaft oder den Einsatz gentechnologisch manipulierter Saatgutsorten kann folglich nicht der Schlüssel zur Hungerbekämpfung liegen.

Viel Land für Wenige – Wenig Land für Viele

Sucht man nach den wirklichen Ursachen von Hunger und Unterernährung, so fällt zunächst auf, dass nahezu 80 Prozent der Hungernden auf dem Land leben, also ausgezehrt dort, wo Nahrung produziert wird. Der Grund: In den meisten Ländern der so genannten Dritten Welt steht einer kleinen Schar von Großgrundbesitzern ein Heer von Landlosen gegenüber. Zum Beispiel in Brasilien: Während sich dort 56,7 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche in den Händen von 2,8 Prozent der Landeigentümer konzentrieren, fristen 4,8 Millionen landlose Bauernfamilien ein Dasein in Hunger und Elend. Der Zugang zu Land und anderen produktiven Ressourcen – in ländlichen Gebieten häufig die einzig mögliche Erwerbsquelle – wird ihnen systematisch verweigert. Dabei liegt ein Viertel der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche brach und dient seinen Besitzern ausschließlich als Statussymbol.

Die Landlosen bilden weltweit den Großteil der Unterernährten. Unter dem Druck feudal geprägter Pachtverhältnisse bewirtschaften diese Familien das Land und führen den Löwenanteil der Ernte an den Großgrundbesitzer ab. Andere verdingen sich unter sklavereiähnlichen Umständen als LandarbeiterInnen auf großen Plantagen, wo feste Arbeitsverträge und gewerkschaftliche Organisationsfreiheit eine Seltenheit sind und der Verdienst zum Leben kaum ausreicht. Viele wandern in der Hoffnung auf einen Arbeitsplatz in die Großstädte ab, wo sie in Elendsvierteln enden.

Ähnliche Verhältnisse wie in Brasilien herrschen auch in Honduras, Kolumbien, den Philippinen, Südafrika und anderen Ländern, in denen einheimische Bevölkerungen durch die europäischen Eroberer von ihren Ländereien

vertrieben wurden. Die im Zuge des Kolonialismus etablierten Landbesitzverhältnisse existieren dort bis zum heutigen Tage und werden durch mächtige Landoligarchien, die Untätigkeit von Regierungen bis hin zu staatlichen und nichtstaatlichen Repressionsmaßnahmen weiter zementiert. Immer noch müssen tagtäglich Kleinbauern und indigene Gemeinschaften gigantischen Erdöl- oder Bergbauprojekten privater Unternehmen weichen, die unter staatlichem Schutz lediglich ihr eigenes Profitinteresse verfolgen.

Ein Ende solcher Vertreibungen und der Verdrängung von Kleinbauern durch verfehlte Landwirtschaftspolitiken ist dringend geboten. Hungerbekämpfung muss bei denen ansetzen, die Hunger leiden.

Agrarreform: ein unerfülltes Versprechen

Die Forderung nach Agrarreformen ist nicht neu. Schon während der mexikanischen Revolution zu Beginn des vergangenen Jahrhunderts schlossen sich Tausende dem Ruf des legendären Bauernführers Emiliano Zapata nach „Land und Freiheit“ an. Die Beseitigung der in der Conquista (Eroberung) wurzelnden ungerechten Landverteilung ist seither ein wichtiges Motiv aller Befreiungsbewegungen in Lateinamerika und anderen Teilen der Welt. Die hinsichtlich der umverteilten Ländereien und der Anzahl begünstigter Bauern weitreichendsten Agrarreformen waren meistens ein Resultat sozialer, mitunter sozialistischer Revolutionen (wie z.B. in China, Kuba und Nicaragua). Andere Agrarreformen wiederum können im Kontext des Kalten Krieges teilweise als Antwort auf revolutionäre Bedrohungen verstanden werden (Japan, Taiwan, Süd-Korea, Kolumbien, Honduras u.a.). Je nach historischem Kontext und geographischen, sozialen und politischen Voraussetzungen unterscheiden sich Agrarreformen in ihrer Zielsetzung und konkreten Ausgestaltung.

Im Zentrum von Agrarreformprogrammen steht im Allgemeinen das Bemühen um eine Umverteilung von Großgrundbesitz an landlose oder landarme Bauernfamilien, PächterInnen und LandarbeiterInnen. Dies geschieht durch staatlichen Aufkauf oder Enteignung von Ländereien, deren Ausdehnung eine bestimmte Obergrenze (englisch: ceiling, spanisch: sobretecho) überschreitet und/ oder brachliegen. Die Enteignungsoption gründet – ebenso wie z. B. die progressive Besteuerung von Einkommen - auf der Vorstellung von der sozialen Funktion des Eigentums und ist in den Agrarreformgesetzgebungen und/ oder Verfassungen Brasiliens, Honduras, der Philippinen und anderer Länder ausdrücklich verankert. Der enteignete Großgrundbesitzer

erhält in vielen Ländern eine „angemessene“, im Allgemeinen unter dem Marktwert des Landes liegende Entschädigung. In den Genuss der Umverteilung kommen bevorzugt Pächterfamilien, die das Land mitunter seit Generationen in einem quasi feudalen Abhängigkeitsverhältnis zum Vorteil des Großgrundbesitzers bearbeiten. Auch LandarbeiterInnen haben einen Anspruch auf eigenes Land. Gesonderte Gesetze regeln den Landbesitz indigener Gemeinschaften, die aufgrund fehlender Landtitel für Vertreibungen von ihren traditionellen Territorien besonders anfällig sind. Ein großer Mangel bisheriger Agrarreformengesetze besteht in der Benachteiligung von Frauen bei der Vergabe oder auch Vererbung von Landtiteln.

Agrarreformen dürfen sich allerdings nicht auf die Umverteilung von Land beschränken. Zu der Landreform muss eine Landbewirtschaftungsreform treten, welche auf eine Verbesserung der Produktions- und Handelsbedingungen von Kleinbauern abzielt. Die Sicherstellung der Kontrolle über andere produktive Ressourcen wie Wasser, Holz und Saatgut und der Zugang zu günstigen Krediten, Infrastruktur und Transportmitteln sind wichtige Voraussetzungen dafür, dass Kleinbauernbetriebe überleben und die Ernährung der Familien und der lokalen Bevölkerung garantieren können. Auch die Handels- und Steuerpolitiken müssen den Schutz und die Förderung von Kleinbauern zum Ziel haben. Diese notwendigen Komponenten umfassender Agrarreformen sind in der Vergangenheit meistens sträflich vernachlässigt worden.

Viele Agrarreformen sind aufgrund des Widerstands von Großgrundbesitzern und des mangelnden politischen Willens von Regierungen auf halbem Wege steckengeblieben und haben die Erwartungen und Bedürfnisse der abhängigen Bäuerinnen und Bauern nicht erfüllt. Wie der 1994 entbrannte Aufstand der mexikanischen Zapatisten und das rasche Anwachsen der brasilianischen Landlosenbewegung MST, aber auch die gewaltsamen Auswüchse in Zimbabwe zeigen, ist die Agrarreform heute genau so aktuell und brisant wie vor hundert Jahren. Für viele Hungernde bieten Agrarreformen den einzigen Ausweg aus der Misere. Für die Bekämpfung des Hungers sind Agrarreformen eine wichtige Voraussetzung. Die Umsetzung des Rechts auf Nahrung, soziale Gerechtigkeit, Demokratisierung und die Gleichstellung der Geschlechter sind in den Ländern des Südens ohne Agrarreformen undenkbar.

Land ist mehr als eine Ware

Nachdem die Bretton Woods-Institutionen Internationaler Währungsfonds (IWF) und Weltbank jahrzehntelang durch industrielle Großprojekte und neoliberale Struktur Anpassungsmaßnahmen zur Verdrängung von Kleinbauern beigetragen haben, setzen sie seit Anfang der 90er Jahre auf Programme zur „Armutreduzierung“, deren Wirkung jedoch höchst fraglich erscheint. Eine wichtige Rolle innerhalb des Maßnahmenkatalogs spielt das so genannte „marktgestützte Landreformmodell“, das den Staat aus seiner menschenrechtlichen Verpflichtung zu Agrarreformen entlässt und stattdessen auf die Kräfte des Marktes vertraut.

Durch Subventionen und Kredite aus privater und öffentlicher Hand unterstützt, sollen Kleinbauern und Landlose den Großgrundbesitzern demnach das Land selber abkaufen. Die sofortige Zahlung des vollen Marktpreises an die Großgrundbesitzer soll deren Widerstand gegen die Agrarreform aufweichen und darüber hinaus für die „Begünstigten“ der Landreform einen zusätzlichen Produktionsanreiz schaffen: Nur wer die zum Landkauf aufgenommenen Kredite zuzüglich Zinsen innerhalb einer bestimmten Frist zurückzahlen kann, behält am Ende das Land. Auf diese Weise, so die Theorie, würde sichergestellt, dass es nur in die Hände „geeigneter“ Bauern gelangt.

Wie erste Erfahrungen in Brasilien, Kolumbien und Südafrika zeigen, bietet das Weltbankmodell für Landlose keine wirkliche Perspektive. Die einseitige Abwälzung der Kosten auf arme Landlose und Kleinbauern, die oft geringe Qualität und die überhöhten Preise der verkauften Ländereien führen die „Begünstigten“ in eine Verschuldungspirale, die für viele mit dem Verlust des Landes enden wird. Der Verzicht auf die Möglichkeit staatlicher Enteignung von Ländereien, die ihre soziale Funktion nicht erfüllen, sowie die Budgetkürzungen für bereits bestehende Agrarreformprogramme in den betroffenen Ländern lassen die marktgestützte Landreform eher als Gegen-Agrarreform erscheinen.

Das Problem ist grundsätzlicher Natur: Das Hauptziel der Weltbank besteht in der Steigerung ökonomischer Effizienz und des Wachstums landwirtschaftlicher Produktion. Hungerbekämpfung, Ernährungssicherung, soziale Gerechtigkeit und Demokratisierung, die Hauptziele von Landlosen-, Bauern- und Menschenrechtsorganisationen, sind durch den Markt alleine jedoch nicht zu erreichen. „Marktgestützte Landreformen sind in einem Umfeld hoher sozialer Ungleichheit unzureichende Instrumente und dürfen umverteilende Agrarreformen nicht ersetzen“, hieß schon es in der Abschlusserklärung der internationalen Konferenz

„Zugang zu Land“, die im März 2001 auf Einladung der Bundesregierung in Bonn stattfand. Schöne Worte, die sich allerdings bislang weder in der Entwicklungszusammenarbeit der Bundesregierung noch der Weltbank widerspiegeln.

Agrarreform –

eine menschenrechtliche Staatenpflicht

Das neoliberal geprägte Modell der marktgestützten Landreform wird von seinen Verfechtern als die neue Alternative zu bisherigen, nur bedingt erfolgreichen Agrarreformprogrammen angepriesen. Doch die Antwort auf teilweise berechtigte Kritik an staatlichen Agrarreformen darf nicht deren Abschaffung sein. Im Gegenteil: Die Agrarreform ist eine menschenrechtliche Staatenpflicht, die sich aus dem Menschenrecht auf Nahrung ergibt. Dieses zentrale Menschenrecht verpflichtet die Regierungen völkerrechtlich dazu, den Landlosen Zugang zu Land, Saatgut, Wasser und anderen produktiven Ressourcen zu verschaffen, damit sie sich selbst ernähren können.

Eine zentrale Herausforderung von Agrarreformen ist die Umverteilung von Land von Großgrundbesitzern an Landlose. Stärker als bisher muss bei der Konzipierung und Umsetzung von Agrarreformen jedoch die Partizipation der Zivilgesellschaft, die Rechte von Frauen, der Schutz indigener Gemeinschaften und der Umweltschutz berücksichtigt werden.

Das Menschenrecht, sich zu ernähren, beinhaltet das Recht auf eine gesunde Ernährung. Damit dieses Recht gewährleistet wird, muss die Nahrungsmittelproduktion auf nachhaltige Methoden umgestellt werden, die sich durch höhere Arbeitsintensität und die Reduzierung chemischer, gesundheitsschädlicher und kapitalintensiver Produktionsweisen auszeichnen.

Das Recht auf Nahrung zukünftiger Generationen verlangt die Bewahrung nahrungsrelevanter Ressourcen, insbesondere des Bodens, des Wassers und der genetischen Vielfalt. Daher ist anstelle der von Großunternehmen kontrollierten industriellen Landwirtschaft eine nachhaltige und auf Vielfalt ausgerichtete Landwirtschaft erforderlich. Die Kontrolle über die lokalen und regionalen Märkte muss in den Händen der Bäuerinnen und Bauern liegen.

Die sozialen Beziehungen auf dem Lande müssen sich im Sinne der Gleichberechtigung von Frauen und anderen Gruppen verändern, die in Bezug auf Landzugang und Landrechte benachteiligt sind. So ist es im Rahmen von Agrarreformen notwendig, die Geschlechterverhältnisse neu zu überdenken und die vielfältigen Formen der Diskriminierung von Frauen zu überwinden, die in traditionellen patriarchalischen Systemen ebenso vorherrschen wie in der modernen, männlich dominierten Agroindustrie.

Die Agrarreform ist ein grundlegendes Element für die Demokratisierung des Landes, der Wirtschaft und der Gesellschaft. Sie ist das Recht und die grundlegende Aufgabe der Bäuerinnen und Bauern, das Land zu bebauen, um Ernährungssouveränität zu verwirklichen.

Armin Paasch

Ein Stück Land und ein Leben in Würde¹

Eine Reise durch die Gesundheitswelten der Landlosenbewegung in Brasilien

Neusa Buffon ist eigentlich Landwirtin. Die 33jährige Mutter von zwei Kindern gehört zu den Verantwortlichen für Gesundheitspolitik in der brasilianischen Landlosenbewegung MST (Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra). Die zierliche blonde Frau war zufällig bei einer Landbesetzung dafür zuständig, sich um den prekären Gesundheitszustand der Besetzerinnen und Besetzer zu kümmern. Eher unentschlossen sei sie auf MST-Seminare gelangt, die sich mit Notfallmedizin und Möglichkeiten einer Basisgesundheitsversorgung unter ländlichen Bedingungen beschäftigten. Mittlerweile ist Neusa Buffon Mitglied im nationalen Gesundheitskollektiv des MST und dort für den dreijährigen Ausbildungsgang „Educador de Saúde“, den Gesundheitserzieher, verantwortlich. Der Kurs findet bereits zum zweiten Mal statt und für die in fast allen Bundesstaaten dieses Fast-Kontinents agierende Bewegung verknüpft sich damit das strategische Ziel, über Fachleute zu verfügen, die ein auf ihre Bedingungen angepasstes Gesundheitsförderungsprogramm durchführen können. Das wäre dann ein Stück andere Welt im Vergleich zu den elenden Gesundheitsbedingungen dort, wo der MST agiert.

Generation MST

Im Vorfeld unserer Reise in den Süden Brasiliens hatten wir uns sachkundig gemacht. Der Soziologe Emir Sader bestätigte uns die Bedeutung des MST. Er ist, so Sader, „die bei weitem wichtigste soziale Bewegung Brasiliens“. Er betonte, dass sich im MST bereits eine ganze Generation entwickelt hat.

Die treffen wir bei den künftigen Gesundheitserziehern. Neusa und die 47 Kursteilnehmer gehören ihr an. Der 16jährige Valdemir oder die 18jährige Tainá zum Beispiel. Beide sind in MST-Siedlungen groß geworden. Die unsicheren Lebensumstände in einem Acampamento, auf besetztem Land, sind ihnen ebenso bekannt wie der Alltag in einem Assentamento, einer Siedlung, die bereits über Landtitel und staatliche Anerkennung verfügt. Über den MST eine Ausbildung zu erlangen, kommt ihnen selbstverständlich vor. In einer MST-Welt sind sie die „Generation MST“.

Trotz ihrer Jugend können sie politisieren wie gut geschulte Funktionäre. Gesundheit, so erklärt der junge Valdemir, werde in erster Linie von anderen Faktoren als medizinischen bestimmt. Die Integration des Gesundheitsthemas, vor allen Dingen von Präventionsstrategien, in die alltägliche Arbeit des MST trage mehr zum Wohlbefinden bei, als der sporadische Besuch eines Arztes in den verstreuten Landgemeinden. Valdemir will sich auf das Thema Alkoholismus spezialisieren und später mit den Gesundheitsverantwortlichen der MST-Gemeinden, die er betreuen wird, Programme zu dessen Bekämpfung entwickeln. Tainás und Valdemirs Zukunftspläne gehen aber noch darüber hinaus. Für die Landlosen als Arzt tätig zu werden, ist ihr größter Traum. Auf Kuba studieren bereits 60 MSTler. Die Ärzteausbildung in Brasilien, meint Tainá, würde ein elitäres medizinisches Selbstverständnis reproduzieren, das nur teure Gesundheitsversorgung für die Reichen und Verachtung für die Armen anzubieten habe. Da ist der Traum von Kuba eine Alternative, selbst wenn die Ärztelobby in Brasilien die Anerkennung der kubanischen Ausbildung mit



„Generation MST“, João Zinclair, MST Archiv.

aller Macht verhindern will. Nicht alle Kursteilnehmer haben so hochfliegende Pläne. Aber für alle bedeutet der dreijährige Kurs eine Möglichkeit zur Qualifizierung und eigenen Inwertsetzung, wie sie sie außerhalb des MST niemals erlangen könnten. Hinzu kommt: Wer den Kurs durchsteht, hat am Ende ein staatlich anerkanntes Diplom in den Händen.

¹ Dieser Artikel ist eine gekürzte Version des gleichnamigen Artikels aus dem Medico Rundschreiben 2/2005, www.medico-international.de/rundschreiben/0205/0205brasilien.asp

Staat im Staat?

Der MST mutet manchmal an wie ein Staat im Staat. Schon die schiere Größe ist beeindruckend. In den 20 Jahren, seit der MST für die Rechte der Landlosen kämpft, erhielten in Brasilien eine halbe Million Familien Land. 250 bis 300.000 davon stehen unter der Ägide des MST. Derzeit leben etwa 180 bis 200.000 Menschen auf besetztem Land, 120 bis 150.000 von ihnen sind beim MST organisiert. Die Bewegung bildet nicht nur Gesundheitserzieher aus, sie verantwortet auch Dorfschulen und betreibt Kleinfabriken. Kein Wunder, dass sie von der brasilianischen Elite so gehasst wird. Die irrwitzige Kluft zwischen Arm und Reich findet in den Konfrontationen der Landlosenbewegung mit den Latifundisten ihren politischen Ausdruck. Darüber hinaus ist der MST eine Alternativbewegung, die andere Lebensformen und soziale Beziehungen realisieren möchte, etwa in Fragen der Geschlechterbeziehung und des Umgangs mit Alkohol. Es gibt ökologische Landwirtschaften und die Praxis der Alternativmedizin.

Und doch: Diese Welt ist durchlässig. Das erfahren auch die angehenden Gesundheitserzieher bei ihrem Praktikum im Assentamento „Filhos de Sepé“. Denn dort treffen sie auf eine durchaus gutbestallte Gemeinde. Die 370 Familien sind seit vier Jahren Landbesitzer. Sie verfügen über fruchtbaren Boden, auf dem sie Reis anbauen. Es fällt ausreichend Regen und die Wasserversorgung ist gut organisiert. Alle Familien besitzen Anbaumöglichkeiten direkt an den Häusern. Verzierte Zäune, bunte Kacheln in den Eingängen, hier und da Autos und Traktoren zeugen von dem bescheidenen Wohlstand der Bewohner. Nach Jahren zähen Ringens um Land und Überleben hat die träge Normalisierung, die über dem Dörfchen liegt, etwas beruhigend Unideologisches. In „Filhos de Sepé“ ist man der Realisierung der eigenen Träume relativ nah gekommen, da geht man nicht mehr auf Demonstrationen gegen die Regierung, sondern lebt sein bescheidenes Leben. Für MST-Aktionen wird höchstens noch gespendet.

Aussteigerprogramm für Arme

Wie weit muss sich ein Versuch, alternative Lebens- und Wirtschaftsformen zu entwickeln, ein „Aussteigerprogramm“ für Ausgegrenzte sozusagen, von Staat und Gesellschaft abgrenzen? Diese Frage spielt auch in der Gesundheitsdiskussion der Landlosenbewegung eine Rolle. Brasilianische MST-Medizinstudenten auf Kuba – ist das der Versuch, ein autarkes



Gesundheitssystem aufzubauen? Gislei Siqueira, Mitglied im nationalen Gesundheitskollektiv, verneint nicht, dass solche Überlegungen existierten. Nicht ohne Grund, denn mit kaum einem anderen Dienstleistungsangebot kann man in Brasilien mehr Unterstützung erhalten wie mit kostenlosen ärztlichen Leistungen. Kein Wunder, dass auch mancher MSTler von einer eigenen Ärzteriege träumte. Doch die Gesundheitscrew der Landlosenbewegung hat dazu eine klare Position. Das brasilianische Gesundheitssystem (SUS - Sistema Única de Saúde) sei eine der größten Errungenschaften der sozialen Bewegung der 1980er Jahre. Es müsse darum gehen, seine Leistungen zu verbessern und für die Ärmsten der Armen zugänglich zu machen. Deshalb lernen die „Educadores de Saúde“ in ihrer Ausbildung nicht nur, wie man Gesundheitsrisiken vor Ort erkennt und Lösungsstrategien entwickelt. Eingebettet in das Ausbildungsprogramm ist auch die Beschäftigung mit dem SUS, den darin verankerten Patientenrechten und Möglichkeiten der Partizipation und gesellschaftlichen Kontrolle, die auf lokaler, bundesstaatlicher und staatlicher Ebene vorgesehen sind. Dagegen steht eine geradezu übermächtige Ärztelobby, die ihre Privilegien und das private Gesundheitssystem mit aller Macht verteidigt. Und damit das dramatische soziale Gefälle innerhalb Brasiliens.

MST-Welt II

Wir erleben diese Unterschiede bei unserem Besuch im nördlichen Bundesstaat Ceará. Im Gegensatz zu Rio Grande do Sul haben hier die Latifundisten das Sagen. Die Regierung des Staates, erklärt uns der örtliche MST-Sprecher, über-

nehme nur die schlechten Ideen aus der Hauptstadt. Das Agrobusiness werde mit aller Macht gefördert. Denn aus dem Export von Agrarprodukten begleicht Brasilien einen wichtigen Teil seiner Auslandsschulden. Ceará verfüge über 50 Prozent der Wasservorräte des Nordostens. Aber die Infrastrukturmaßnahmen, die durchgeführt werden, dienen nur dem Agrobusiness. Kleinbauern und MST-Siedlungen würde der Hahn bewusst abgedreht. Keine Wasserleitung führt in ihre Dörfer.

In der MST-Siedlung „Agua Clara“ können wir die Folgen dieser „Trockenheitspolitik“ mit eigenen Augen sehen. Das Assentamento, 20 Kilometer vom nächst größeren Ort entfernt, beherbergt 40 Familien. Genauso wie in „Filhos de Sepé“ besitzen die Bewohner seit über vier Jahren Landtitel. Doch das Dorf führt eine Randexistenz. Vor drei Monaten kam zum letzten Mal ein Arzt. Es gibt kaum Verkehrsmittel. Die meisten besitzen höchstens ein Fahrrad oder einen Eselkarren. Ein Bauer verfügt über ein Motorrad. Es kommt selten zum Einsatz. Ihm fehlt das Geld für die Tankfüllung. Die meisten Häuser sind schmucklos, die Ackerflächen an den Gebäuden sind größten Teils überwuchert von Unkraut. Nur am Rande des Dorfes gibt es zwei natürliche Wasserreservoirs, die von Menschen und Tieren gleichermaßen benutzt werden, zum Wäschewaschen, zum Baden, zum Pinkeln. Eine gute Quelle für Krankheiten.

Die 26jährige Liduina Ramos de Pavlo ist die regionale Gesundheitsverantwortliche. Sie kommt selbst aus einer Familie mit 10 Kindern. Ohne das MST wäre sie Hausangestellte geworden. Die Begegnung mit der Landlosenbewegung sei das Beste gewesen, was ihr habe passieren können. Begeistert erzählt sie, wie großartig es gewesen sei, an einer Demonstration in Brasilia oder am Weltsozialforum in Porto Alegre teilzunehmen. Liduina ist eine glühende Anhängerin. Aber wie bringt man den Bauern in „Agua Clara“ bei, Zisternen zu bauen, um den Regen aufzufangen? Wie soll sie Menschen, die müde sind von einem langen harten Leben als Landarbeiter, dazu animieren, noch einmal die Kraft für Veränderungen aufzubringen? In „Agua Clara“ wird deutlich, dass es nicht nur mehrere Welten in Brasilien, sondern auch im MST gibt.

Das bestätigen uns auch die Kollegen des nationalen Gesundheitskollektivs, die wir am Ende der Reise noch einmal treffen. Es fehle, meint Gislei, vielfach die Qualifikation, um Probleme zu erkennen und Lösungsstrategien zu entwickeln. Deshalb plant die Organisation, die Ausbildung von Gesundheitserziehern auszuweiten. Im nordöstlichen Bundesstaat Maranhão wird es noch in diesem Jahr einen Kurs für 60 weitere MSTler geben. Denn das Wasser ist ein zentraler krankmachender Faktor in den Siedlungen und Besetzungen.

Katja Maurer, medico international

Weiterführende Links:

MST Brasilien (englisch): www.mstbrazil.org

MST Brasilien (portugiesisch): www.mst.org.br

Es geht uns um die soziale Entwicklung unserer selbst

Ein Gespräch mit Delwek Matheus von der brasilianischen Landlosenbewegung

Jahrzehntelang stritten sich Linke um die Macht im Staat: War sie für SozialdemokratInnen wie LeninistInnen das wichtigste Medium der Gesellschaftsveränderung, sahen AnarchistInnen und LinkskommunistInnen in ihr das Böse schlechthin. Wenn die Landlosenbewegung Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra (MST) zu den avanciertesten sozialen Bewegungen der Gegenwart gehört, dann vor allem deshalb, weil sie sich dem Entweder-oder von Etatismus und Antietatismus entzieht.

Fantômas: Kannst Du uns zunächst etwas zur gegenwärtigen Situation Brasiliens und des MST sagen?

Delwek Matheus: Obwohl die Lula-Regierung gerade eben im Amt bestätigt wurde, ist die brasilianische Situation durch die umfassende Enttäuschung über ihre Politik geprägt. Die Präsidentschaft Lulas war der Höhepunkt eines rund dreißigjährigen Prozesses, in dem die Arbeiterpartei PT, die Gewerkschaft CUT und das MST zu einer gesellschaftlich relevanten Macht wurden. Von der Präsidentschaft Lulas erwarteten wir strukturelle Veränderungen auf der Grundlage eines Dialogs zwischen der Regierung, der PT, dem MST und allen anderen Volksbewegungen. Bis heute ist es jedoch zu keiner ernsthaften Verbesserung der sozialen Situation gekommen. Die Regierung betreibt eine exportorientierte Hochzinspolitik, räumt dem Schuldendienst erste Priorität ein und orientiert sich an den Interessen der in der Soya- und Zuckerrohrproduktion sowie in der Rindermassenzucht engagierten transnationalen Konzerne. Sie stützt sich auf ein Bündnis mit dem Industrie- und Finanzkapital und dem Großgrundbesitz, das die Technologie und das Land unter die alleinige Verfügung des herrschenden Blocks bringen will. Das funktioniert nur auf der Grundlage einer strategischen Schwächung der Volksbewegungen.

Während sie derart die neoliberale Politik der Vorgängerregierung fortführt, behauptet sie zugleich, eine Agrarreform durchführen zu wollen. Dem entspricht dann, dass sie die Landwirtschaftspolitik zwei Ministerien übertragen hat: Das eine bedient das Agrobusiness und verfügt über 80% des Landwirtschaftsbudgets, das andere soll sich um die familiäre Kleinproduktion kümmern und verfügt über die restlichen 20%. Die Folgen dieser Politik drücken sich, auf den Punkt gebracht, in der zunehmenden Erwerbslosigkeit und der ökologischen Verwüstung des Landes durch die Agrochemie aus. Beides führt zu einer immer stärker werdenden Landflucht.

Wie ist diese Politik zu verstehen? Ist das Festhalten am eigenen Programm bloße Rhetorik oder erliegt die Regierung einem strategischen Irrtum?

Beides. Sie hofft offenbar, die kapitalistische Industrialisierung der Landwirtschaft mit einer an den Leuten orientierten Agrarreform zusammenbringen zu können. Die tatsächlichen Prioritäten zeigen sich darin, dass die Regierung mit ihrer Agrarreform 500.000 Familien begünstigen will, während es tatsächlich um fünf Millionen Familien

geht. Dazu passt dann, dass selbst nach Regierungsangaben bisher nur 350.000 Familien erreicht wurden, wobei sich die Maßnahmen im Wesentlichen auf den Norden beschränken, wo viel Land in öffentlichem Besitz ist. Die Regierung wagt es nicht, den privaten Landbesitz anzugreifen.

Aber ist denn die kleinfamiliär-genossenschaftliche Landwirtschaft, auf die das Programm der Agrarreform zielt, überhaupt eine tragende Option?

Das ist ein schwerwiegendes Problem und kann nur durch ein radikal anderes Entwicklungsmodell gelöst werden: Ein Entwicklungsmodell, dass gegen das Privateigentum durchgesetzt werden muss und der Selbstversorgung der Leute, dem internen Markt, der genossenschaftlichen und agro-ökologischen Produktion und der regionalen Verarbeitung und Vermarktung der Produkte den Vorrang einräumt. Das ist unsere Position auch im Dialog mit Regierung und PT, in dem wir dazu die ersten Schritte einfordern: eine systematische Verbesserung der Infrastruktur der kleinfamiliär-genossenschaftlichen Produktion, umfassende Beratung, ein entsprechendes Kreditsystem.

Ihr haltet also am Dialog mit der Regierung fest?

Zuerst und vor allem halten wir an unserer eigenen Bewegung fest, an den Besetzungen, den Siedlungen, der genossenschaftlich organisierten Produktion, am Kampf an den so genannten „Massenfronten“ ebenso wie an der alltäglichen Bewusstseinsbildung. Alles mit dem Ziel, das System zu ändern. Bisher haben wir für ca. 420.000 Familien Land erkämpft, das ist unser Ausgangspunkt, und von da aus setzen wir den Dialog fort - auch wenn wir da nach vier Jahren Lula-Regierung immer weniger Hoffnung haben. Wenn wir uns für ihre Wiederwahl eingesetzt haben, dann weil das für uns ein Mittel, ein Anlass war, unsere eigene Mobilisierung zu verstärken, mit den Besetzungen fortzufahren und das Bündnis mit den anderen sozialen Bewegungen zu vertiefen.

Wäre da die Ausweitung der Kämpfe über die Grenzen Brasiliens nicht eine Antwort auf diese Situation?

Doch, natürlich. Uns geht es ja um einen globalen Widerstand gegen die globale Hegemonie des Kapitals. Deshalb räumen wir dem weltweiten Netzwerk der Landbevölkerungen, der Via Campesina, oberste Priorität ein. Strategisch verbindet uns der Kampf um ein anderes Entwicklungsprojekt, mit radikal anderen Parametern als denen des Profits und des Marktes. Es geht uns um die soziale Entwicklung unserer selbst, der Frauen, Männer und Kinder, um die Möglichkeiten unseres Lebens auf dem Land. Das gegenwärtig herrschende Modell gründet auf Armut und Ausschluss. Wir setzen auf Teilhabe, hier und in globaler Dimension. Und in der internationalen Perspektive fällt unsere Bewertung der Lula-Regierung günstiger aus, weil sie Bündnisse mit

den Regierungen Venezuelas, Boliviens, Argentiniens, Kubas sucht.

Das MST kämpft auf dem Land und um Land. Welche Rolle spielen für euch die sozialen Kämpfe in der Stadt und die Kämpfe in den Betrieben?

Das MST muss in Land und Stadt aktiv sein, es geht uns nicht um isolierte Teilinteressen, sondern um eine alternative gesellschaftliche Entwicklung. Deshalb arbeiten wir mit städtischen sozialen Bewegungen, vor allem mit der Obdachlosenbewegung des Movimento dos Trabalhadores Sem Teto (MTST), aber auch mit den Gewerkschaften zusammen. Dabei sind uns die Bewegungen wichtiger als die Gewerkschaften, weil deren Mehrheitsströmung eng mit Lula verbunden ist. Doch wir bleiben im Dialog, streiten auch für die Autonomie der Gewerkschaften. Unser eigener Einsatz aber liegt im Doppel von alternativer landwirtschaftlicher Produktion und autonomer Bewusstseinsbildung. Dabei sind wir nicht industrie- oder technikfeindlich. Uns geht es aber darum, dass die Technik den kleinbäuerlich und genossenschaftlich arbeitenden Leuten angepasst ist, statt ihnen die Lebensgrundlage zu entziehen! Uns geht es um eine Diversifizierung der Produktion und darum, dass den großen Agrarunternehmen auch die technischen Mittel entzogen werden.

Kannst Du ausführen, was Bewusstseinsbildung praktisch bedeutet?

Das reicht von der Grundausbildung der Kinder und Erwachsenen in unseren Gemeinden bis zur Kooperation mit Universitäten und freien Bildungsinstitutionen. Wir unterhalten unsere eigene Nationale Schule im Bundesstaat Sao Paulo und mehrere Schulen auf Länderebene, unsere StudentInnen wechseln zwischen der Gemeindearbeit, dem Studium an der Nationalen Schule und dem Besuch von Universitäten. Es gibt politischen Unterricht ebenso wie Ausbildungen in Agrarökologie und Technologie, die z. T. offiziell anerkannt werden. Wir erstellen zu allem unser eigenes Lehrmaterial, ausgerichtet auf unser Modell einer sozial und ökologisch nachhaltigen Entwicklung.

Mit euren Bildungs- wie mit euren Gesundheitsprojekten deckt ihr im Prinzip genuin staatliche Aufgaben ab. Wollt ihr den Staat durch eure Selbsttätigkeit und Eigeninitiative ersetzen?

Nein, keinesfalls. Wir meinen unbedingt, dass die ganze Gesellschaft, dass der Staat für Gesundheit und Bildung aufkommen muss – das wollen wir ihm nicht abnehmen! Mit unseren Projekten geben wir Beispiele – für die Regierung, aber vor allem für die Leute, die in diesen Projekten arbeiten oder von ihnen profitieren. Wir wollen, dass die Leute gute Erfahrungen mit andern Gesundheits- und Bildungsprojekten machen und dann dafür kämpfen, dass der Staat das übernimmt und ausweitet. Bei den Bildungseinrichtungen funkti-

oniert das schon, bei den Gesundheitsprojekten stehen wir erst am Anfang. Wir wollen, dass diese Projekte gefördert werden, und wir fordern zugleich mehr Mittel für das staatliche Gesundheitssystem SUS, denn die Egalität und Universalität von Gesundheit muss ebenso gesellschaftlich garantiert werden wie die der Bildung. Übrigens überschreiten wir auch hier die nationalen Grenzen, kooperieren mit Kuba und Venezuela. Aktivisten des MST beteiligen sich am Aufbau eines medizinischen Studiengangs in Venezuela, der Leute für den ganzen Kontinent ausbilden wird.

Wie sieht es mit dem Geschlechterverhältnis im MST aus?

Das ist ein Kern dessen, was wir unter Bewusstseinsbildung verstehen, und zugleich ein Grund dafür, dass wir unsere Arbeit in eine zeitlich lange Perspektive stellen: Es gibt hier unendlich viel zu tun, wie ihr euch vorstellen könnt, und wir fangen damit in den Kindergärten an – und in unseren eigenen Gremien: Es ist unser Ziel, jede Position mit einem Mann und einer Frau zu besetzen. Zentral ist die Kinderbetreuung bei Versammlungen und Kongressen – nur dann erreichen wir, dass sich viele Frauen an den politischen Prozessen beteiligen. Wichtig ist aber auch die Eigenständigkeit der Frauenbewegungen: Deshalb gibt es in Via Campesina eine autonome Bewegung der Landarbeiterinnen und hier bei uns den brasilianischen Zweig des Weltfrauenmarschs.

Wie bezieht sich eure Bewusstseinsarbeit auf die Religiosität der Leute, auf die katholische Kirche und die evangelikalen Kirchen?

Wir sind eine Volksbewegung und lehnen jede Form der Diskriminierung ab, der Hautfarbe, des Geschlechts und auch des Glaubens. Die Mehrzahl der Leute ist katholisch, doch wir haben es auch mit dem Wachstum der Evangelikalen zu tun – in den Siedlungen gibt es oft beide Kirchen. Die Evangelikalen sind für die politische Mobilisierung natürlich der schwierigere Faktor, weil sie massiv mit ihrem jenseitigen Heilsversprechen arbeiten. Sie werden von vielen Leuten anerkannt, weil sie Therapien vor allem für das dramatische Alkohol- und das Drogenproblem anbieten. Aber all das spielt sich eher in den Städten ab, in der Perspektivlosigkeit der Favelas. Womit wir wieder bei der Notwendigkeit einer anderen Entwicklung sind, in der Stadt und auf dem Land, zwischen beiden.

Delwek Matheus ist Mitglied der Nationalen Koordination des MST. Er ist zuständig für die Organisations- und Projektentwicklung im Bundesstaat Sao Paulo und lebt in Itapera, eine der ältesten Siedlungen des MST. Das Gespräch führten Frauke Banse und Thomas Seibert. Wir danken Christoph Goldmann und Thomas Schmidt.

Der Durchbruch bleibt aus

Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen in Deutschland

Immer wieder verzögert sich die Überarbeitung des noch unter Rot-Grün beschlossenen Gentechnikgesetzes. In der Koalitionsvereinbarung ist festgelegt, dass der Anbau genmanipulierter Pflanzen weiter vereinfacht werden soll, und der Druck der Gentechnikkonzerne auf die Bundespolitik ist groß. Doch gleichzeitig wachsen auch die Kritik und der Widerstand der GentechnikgegnerInnen.

So befürchten BiobäuerInnen und die meisten ihrer konventionellen KollegInnen ein Ende der gentechnikfreien Landwirtschaft. Die meisten von ihnen wollen sich jedoch nicht in die Abhängigkeit der Gentechnikkonzerne begeben, die mit ihrer Patentpolitik nichts anderes bezwecken, als darüber zu entscheiden, wer, wann, wo und wie welche Pflanzen angebaut wird. In Kanada ist es z.B. nicht mehr möglich, gentechnikfreien Raps bzw. Rapshonig zu produzieren, alles ist bereits großflächig mit genmanipuliertem Raps verseucht. Die Natur- und Umweltschutzorganisationen sorgen sich vor allem darum, dass einmal in die Natur entlassene genmanipulierte Organismen nie wieder rückholbar sind und dadurch einen enormen Schaden anrichten können. Der Bt-Mais z.B. enthält ein Gen des *Bacillus thuringiensis*, weshalb er in allen Pflanzenteilen ein Insektizid produziert, das gegen den Fraßschädling Maiszünsler wirken soll. Allerdings wirkt der Bt-Mais nicht nur gegen den Maiszünsler, sondern auch gegen zahlreiche andere Insekten. Das wiederum hat Auswirkungen auf die Vogelwelt. Die ImkerInnen ihrerseits können nicht mehr garantieren, dass sie gentechnikfreien Honig produzieren. Außerdem werden die Bienenvölker durch die Bt-Pflanzen geschädigt. Das würde zu weniger Bienen und damit zu enormen Bestäubungsproblemen in Landwirtschaft, Garten- und Obstbau führen. Und schließlich wissen Entwicklungshilfeorganisationen, dass die Länder des Südens dem Druck der USA und der Gentechnikkonzerne nur Stand halten werden, wenn bei Einsatz der Gentechnik der Verlust des Absatzmarktes in Europa droht. Befürchtet werden bei einem Einsatz der Gentechnik im Süden vor allem eine weitere Vertreibung der KleinbäuerInnen, eine steigende Abhängigkeit vom Norden und die Zunahme von Hunger und Armut.

Durch dieses breite Bündnis, dass sich Gentechnikkonzernen wie Monsanto, Pioneer, BASF, Bayer oder Syngenta entgegenstellt, bleibt wie überall in Europa auch in Deutschland der große Durchbruch für die Gentechnikkonzerne aus. Während in den USA, Kanada, Argentinien und Brasilien genmanipulierter Mais, Soja, Raps oder Baumwolle im großen Stil angebaut werden, stoßen die Gentechnikkonzerne sonst überall auf erheblichen Widerstand.

Derzeit (Januar 2007) füllt sich das Standortregister mit den Anmeldungen für den Gentechnikanbau in Deutschland im Jahr 2007. Jeder und jede hat hier die Möglichkeit, im Internet zu recherchieren, ob und wo in der Umgebung

Genpflanzen wachsen werden. Dabei wird vor allem eines deutlich: Es bleibt alles beim Alten. Die einzige Pflanze, die kommerziell angebaut wird, ist der Bt-Mais Mon810 der Firma Monsanto, der auch von der DuPont-Tochter Pioneer Hi-Bred vertrieben wird.. Es bleibt auch dabei, dass sich der Anbau auf die Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg beschränkt. In den alten Bundesländern kommt der Genmais nur auf kleinen Flächen diverser Versuchsanstalten zum Einsatz.

Durchsetzung der Gentechnik mit unlauteren

Mitteln

Dass es beim Anbau von Bt-Mais gar nicht darum geht, ob der Maiszünsler überhaupt Schaden anrichtet und wie groß dieser ist, darauf deuten zahlreiche konventionelle Methoden zur Bekämpfung des Fraßinsektes hin. Hinter den Anbauvorhaben einiger weniger Landwirtschaftsunternehmen – nicht einmal 0,1% der Anbauflächen sind betroffen – stecken vielmehr die Interessen der Gentechnikkonzerne, die versuchen, sich endlich auch in Europa einen Absatzmarkt zu schaffen. Eine Untersuchung über den Genmaisbau im Oderbruch hat hingegen verdeutlicht, dass es sich kommerziell überhaupt nicht lohnt, Bt-Mais anzubauen, da die potenzielle Vergrößerung der Ernteerträge sofort vom höheren Preis des Saatgutes wieder aufgefressen wird.

Nach dem letzten Regierungswechsel hat der Bt-Mais in Deutschland auf Anweisung des Landwirtschaftsministers Horst Seehofer (CSU) eine Sortenzulassung bekommen. In den Jahren davor beruhte der Genmaisbau noch auf einer in jedem Jahr wieder neu erteilten Sondergenehmigung der damals rot-grünen Bundesregierung. Ob Seehofers Sortenzulassung wirklich rechtskonform ist, bleibt unklar. Ein im Auftrag der Bundestagsfraktion der Grünen erstelltes Gutachten weist auf Verfahrensfehler im europäischen Zulassungsverfahren hin und hält den Anbau deswegen für gesetzeswidrig. Bisher ohne Folgen.

Genmais landet entweder in einer nahe gelegenen Biogasanlage oder wird direkt an die betriebseigenen Kühe verfüttert. Das wird durch die so genannte Kennzeichnungslücke ermöglicht. Während Lebensmittel, die gentechnisch manipulierte Inhaltsstoffe enthalten, grundsätzlich gekennzeichnet werden müssen, unterbleibt entsprechendes bei Produkten von Tieren, die mit Genmais oder -soja gefüttert wurden. Bei Eiern, Fleisch, Wurst und Milchprodukten werden die VerbraucherInnen also bewusst hinters Licht geführt. Sicherheit bietet hier nur der Kauf von Bioprodukten.

Eine besondere Bedeutung für die Durchsetzung der Gentechnik in Deutschland hat die Kooperation zwischen Monsanto und der Märka (Märkische Kraftfutter GmbH) mit Sitz in Eberswalde. Die Märka hat in den letzten Jahren fast monopolartige Strukturen in Brandenburg und Umgebung geschaffen. Es gibt kaum ein landwirtschaftlicher Betrieb, der nicht direkt oder indirekt von ihr abhängig ist. Im letzten Jahr schickte sie allen Kunden ein Fax, in dem Genmaissaatgut angepriesen wurde. Verbunden war die unaufgeforderte Werbung mit allen Informationen zur ordnungsgemäßen Anmeldung von Flächen für den Anbau von transgenem Mais beim Standortregister. Wenige Tage später folgten dann persönliche Anrufe. Die Märka ist auch Namensgeber eines zweifelhaften Koexistenz-Modells: Demnach kauft sie in Kooperation mit Monsanto die Ernten der Gentech-Bauern und -bäuerinnen sowie von deren Nachbarn. Immer wieder auftkommende Berichte, dass die Märka das Saatgut teilweise verschenkt oder deutlich verbilligt abgibt, konnten bisher nicht belegt werden, wurden aber auch nicht dementiert. Kaum ein Landwirt wagt, offen über die Geschäftspraktiken der Märka zu reden. Bei einer Treckerdemonstration im März 2006 vor dem Hauptsitz drohte ein leitender Mitarbeiter den anwesenden Bauern und Bäuerinnen mit „ernsten Konsequenzen“.



Der Widerstand zeigt Wirkung

Anfang des Jahres 2006 fanden sich zunächst über 2.000 Hektar Anbauflächen mit Genmais im Standortregister. Davon sind jedoch nur 953 Hektar tatsächlich angebaut worden. Zahlreiche Unternehmen haben ihre gemeldeten Flächen deutlich verkleinert oder ganz abgemeldet. Zum Teil ist dies sicherlich eine Folge veränderter Planungen, zum wesentlichen Teil aber ein Ergebnis der zahlreichen Proteste, die im Frühling an vielen Orten stattgefunden haben. Denn wie auch im Jahr 2005 zogen viele Landwirtschaftsunternehmen nach Protesten ihre Anmeldung wieder zurück. Manchmal reichte schon ein Telefonanruf oder ein Gespräch zwischen NachbarbäuerInnen, um den Anbau abzuwenden. An anderen Orten wirkte vor allem das „Öffentlichmachen“. Ein Anruf bei der Regionalpresse oder kleine Aktionen führten zu Veröffentlichungen in den Zeitungen. Landwirte mussten sich auf gut besuchten Diskussionsveranstaltungen rechtfertigen. Unterschriften wurden gesammelt und es bildeten sich kleine und große Bündnisse von GentechnikgegnerInnen. An einigen Orten verboten die LandbesitzerInnen den Pächtern den Anbau. Und hinzu kam die Angst vor einem frühzeitigen Abernten der Pflanzen durch GentechnikgegnerInnen. Nach Informationen der FDP passierte das im Jahr 2006 immerhin 23 mal.

Der erfolgreiche Widerstand zeigt eins: Das Ergebnis der Auseinandersetzung um den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen ist weiterhin offen und bleibt spannend. Mischen wir uns ein!

*Thomas Janoschka,
Mitglied im Barnimer Aktionsbündnis gegen
Gentechnik*

Weiterführende Links:

Barnimer Aktionsbündnis gegen Gentechnik: www.dosto.de/gengruppe

Gentechnik Standortregister: www.standortregister.de

Informationsdienst Gentechnik: www.keine-gentechnik.de

Gendreck weg: www.gendreck-weg.de

Grassroots gegen Gentech-Grün

Saatgut, Gentechnik, Konzerninteressen und Widerstand

Das letzte Wochenende im Juli ist Polizeigroßeinsatz im Landkreis Oberhavel. Polizeisperren stellen sicher, dass niemand von der genehmigten Demonstration in dem brandenburgischen Dorf Badingen bis zum Genmaisfeld vordringen kann. Die „Freiwilligen FeldbefreierInnen“ haben seit Monaten angekündigt, an diesem Wochenende eine große Feldbefreiungsaktion vornehmen zu wollen. Seit der Ort bekannt ist, ist die Aufregung groß. Ortsbürgermeister und Gentechanbauer Jörg Eickmann hat Ordnungshüter, Monsanto-Anwalt, FDP-Bundestagsabgeordnete und einen bekannten Pro-Gentechnik-Professor zur Verhinderung der Protestaktion versammelt.

Im Internet kündigten Hunderte Gentechnikgegnerinnen und -gegner ihre Teilnahme an der Aktion an. Am Aktionstag starten sie vom Zeitplatz in Miltenberg mit zwei Bussen, etlichen PKWs und Dutzenden Fahrrädern. Langsam schleicht die Kolonne auf den Kundgebungsort zu – und hält dann einige Hundert Meter vor dem Dorf an. Innerhalb weniger Minuten steigen alle aus den Bussen, ketten ihre Fahrräder an die Bäume oder stellen die Autos ab und marschieren entschlossen durch die kleine Polizeisperre an der Kreuzung. Die Überraschungstaktik geht auf: über 150 Menschen nähern sich dem Maisfeld. Polizeipferde, Hunde und Beamte können nur knapp die Hälfte der FeldbefreierInnen daran hindern, das Feld von Süden aus zu betreten und dort zügig mit der Feldbefreiung zu beginnen...

Die neue Entschlossenheit

Der Widerstand gegen die Gentechnik hat auch in Deutschland an Entschlossenheit gewonnen und mit den angekündigten öffentlichen Feldbefreiungen eine neue Aktionsform gefunden. Initiiert wurden die Freiwilligen Feldbefreiungen 2005 von einigen Imkern und Bauern aus Süddeutschland. Imker gehören zu den ersten Opfern der Gentechnik-Pflanzen, denn ihre Bienen tragen den gentechnisch verunreinigten Pollen in die Waben und damit in den Honig – den möchte dann niemand mehr kaufen.

Ziviler Ungehorsam wie z.B. die Zerstörung eines Feldes mit gentechnisch veränderten Pflanzen wird notwendig, wenn andere Mittel ausgeschöpft sind. In Sachen Gentechnik streitet eine breite Bewegung von Umwelt- und VerbraucherschützerInnen, developmentspolitischen Initiativen und BäuerInnen gegen die gefährliche Technologie auf Feldern und Tellern. Sie findet Unterstützung: Laut Umfragen lehnen 70 bis 80 Prozent der Menschen in Deutschland Genfood entschieden ab. Dennoch schaffen Politik und Konzerne Tatsachen. Anders als in der Schweiz, wo im November 2005 trotz breiter Werbekampagnen der Gentechnikindustrie ein neues

5-jähriges Anbaumoratorium beschlossen wurde, gibt es in der Bundesrepublik keine Abstimmungsmöglichkeiten über diese Frage. Und das, obwohl einmal freigesetzte Organismen nicht wieder „einzufangen“ sind und einmal eingeführte Gentechnik-Pflanzen nachhaltig die biologische Vielfalt, die bäuerliche Landwirtschaft und unsere zukünftige Ernährung gefährden.

Internationale Vorbilder

International sind Feldbefreiungen seit über 15 Jahren eine starke und unübersehbare Form des Widerstandes gegen Agro-Gentechnik. Schon in den 90er Jahren erstritten indische Bäuerinnen und Bauern einen (Teil-)Abzug Monsantos, nachdem sie über Monate nach vorheriger Ankündigung Felder mit gentechnisch veränderter Baumwolle abernteten und die Gentechnik-Pflanzen an Ort und Stelle verbrannten. Organisiert wurde dieser Widerstand von der Bauernorganisation Karnatakas, KRRS, mit über 10 Millionen Mitgliedern. Sie berichtete im Vorfeld des G8-Gipfels 1999 in Köln im Rahmen einer Europatournee von ihren Erlebnissen und Erfolgen.

Die internationale, vor allem im globalen Süden verankerte, Kleinbauernorganisation La Via Campesina wählt ebenfalls immer wieder direkte Aktionen, um auf die heftigsten Angriffe der großen Agrarkonzerne zu reagieren und öffentlichen Druck aufzubauen.

Mächtigen Interessen entgegenstemmen

Zunächst einmal spricht einiges dafür, dass die großen Agrarkonzerne den zweifelhaften „Sieg“ davontragen werden. Sie verfügen über unglaubliche Ressourcen und eine ausgeprägte Skrupellosigkeit. Der bekannteste Gentechnikkonzern Monsanto hat beispielsweise allein an seinem Firmensitz in Missouri in den USA mehr biotechnologische Laborkapazitäten als alle US-Universitäten zusammen. Nach einem jahrzehntelangen Verdrängungswettbewerb im Agrobusiness sind nur etwa zwei Handvoll großer Konzerne übrig geblieben, die das internationale Geschäft mit dem Saatgut und den dazu gehörigen Pestiziden und Düngemitteln unter sich aufteilen.

Die Top 10 der internationalen Agro-Chemie- und Saatgut-Konzerne

[Nummer 3, Monsanto, ist der absolute Marktführer für Gentech-Saatgut, aber auch seine Konkurrenten arbeiten mit der Risikotechnologie]

Firma	Umsatz Saatgut, 2003 in Mio US \$	Umsatz Agrochemie 2003 in Mio US \$	Summe in Mio US \$
1. Syngenta (Schweiz)	1,071	5.507	6.578
2. Bayer Crop Science (Deutschland)	311	5.394	5.705
3. Monsanto (USA)	1,879	3.031	4.910
4. Dupont /Pioneer, (USA)	2,240	2.024	4.264
5. BASF (Deutschland)		3.569	3.569
6. Dow (USA)	204	3.008	3.212
7. Sumitomo Chemical (Japan)		1.141	1.141
8. MAI (Israel)		1.035	1.035
9. Nufarm (Australien)		801	801
10. Arysta (Japan)		711	711

Quelle: Buch „Grüne Beute – Biopiraterie und Widerstand“, trotzdem-Verlag 2005, Zahlen von Agro World Crop Protection News, PJB Publications Ltd., 25. August 2004

Die neoliberale Globalisierung hat den Konzernen optimale Arbeitsbedingungen geschaffen. Sie können international agieren und pflegen gute Kontakte zu den wichtigen Institutionen. Internationale Handelsabkommen sichern ihre Expansionsbestrebungen ab, deregulierte Finanzmärkte können innerhalb kürzester Zeit Kapital zur Verfügung stellen, weltweit durchgedrückte Patentgesetze ermöglichen es ihnen, die Kontrolle auch über bereits verkauftes Saatgut zu behalten. Viele dieser Regelungen sind Ergebnisse langwieriger Prozesse, in die sich die Konzerne stets mit Nachdruck und Erfolg einzubringen verstanden. Monsanto hat regelmäßig direkte Kontaktleute in der US-Regierung und auch in Europa ist die Landwirtschaftslobby eng mit den ganz Großen im Agrobusiness verflochten.

Darüber hinaus scheuen die Gentech-Konzerne auch vor Regelbrüchen nicht zurück. Wiederholt wurden WissenschaftlerInnen, die kritische Studien zu den Folgen der Gentechnik erarbeiteten, mit Schmutzkampagnen überzogen. Und Anbau-Verbote lassen sich mit einigen Tricks aushöhlen. Dass sich der brasilianische Präsident Lula da Silva 2004 gezwungen sah, den Gentech-Anbau in seinem Land zu erlauben, lag daran, dass durch gezielten heimlichen Anbau von Gentech-Soja auf immer mehr Feldern bereits Tatsachen geschaffen worden waren.

Die Versprechungen über die Anbauerfolge mit Gentech-Saatgut erwiesen sich dagegen regelmäßig als Lügen – für viele Bauern und Bäuerinnen begann der Ruin mit dem ersten Anbau der manipulierten Pflanzen. Aus Indien werden Tausende von Selbstmorden hochverschuldeter Baumwollbauern und -bäuerinnen gemeldet, viele geben die Kostenentwicklung der Gentech-Baumwolle als Grund für ihren Freitod an. Die Konzerne kümmert das wenig.

Regierungen gegen die Bevölkerung

Leider finden die Konzerne in der Politik viele UnterstützerInnen ihres Kurses. Die Regierungen der USA und Europas stellen nur zu leichtfertig Weichen zugunsten hochgradig industrialisierter, weltweit monopolisierter Landwirtschaft. Während selbst konventionelle Gentech-Farmer aus Kanada und den USA heute vor Gentech-Anbau warnen und deutlich machen, dass die Entscheidung in Europa für oder gegen die verhängnisvollen Pflanzen noch nicht endgültig gefallen ist, will man in Brüssel den Vorsprung der US-Technologie aufholen. In Berlin schreibt die schwarz-rote Koalition auf expliziten Wunsch der Kanzlerin die Förderung der Agro-Gentechnik

in ihre Koalitionsvereinbarung. Notwendig wäre dagegen eine entschiedene Eindämmung der Agro-Monopolisten, die sich immer weitergehender die Kontrolle über die weltweite Ernährung unter den Nagel reißen. Unter diesen Umständen ist der Widerstand von unten umso wichtiger.

Es war die Bauernbewegung La Via Campesina, die den europäischen Agro-Konzern Syngenta 2006 in Brasilien das Fürchten lehrte. Die Regierung hatte zwar festgestellt, dass Syngenta mit seinen Gentechnikauplänen gegen Gesetze verstoßen würde, war aber selbst nicht zum Handeln gekommen. Nur vier Kilometer vom Naturschutzgebiet entfernt plante der Gentechnik-Konzern eine große Versuchsfläche mit gentechnisch manipulierten Pflanzen. Tatort: Parana in Brasilien. Empörte Menschen machten Syngenta jedoch einen Strich durch die Rechnung. Im März 2006 besetzten brasilianische Familien, organisiert bei La Via Campesina, die anvisierten Flächen. Sie kündigten an, die Felder nicht zu verlassen, bevor Syngenta nicht seine gefährlichen Pläne aufgegeben habe. Ihre Forderung: Auf den Flächen sollten Versuchsanbau für ökologisch verträglichen Biolandbau entstehen und Schulungen für ökologischen Anbau angeboten werden. Monatlang blieben die GentechnikgegnerInnen wo sie waren. Auch polizeiliche Räumungen hielten sie nicht davon ab. Anfang November zwang die Polizei 65 Familien, die Flächen zu verlassen – doch wenige Tage später waren sie zurück und schließlich verkündete Gouverneur Roberto Requiao, dass die Forderungen der Bäuerinnen und Bauern erfüllt und das Gelände dem ökologischen Landbau gewidmet werden sollte.

Mit Feldbefreiungen die Bewegung bewegen

Schon in den vergangenen Jahren hat so manches Genmaissfeld, so manches Versuchsfeld für Gentech-Pflanzen die Erntezeit nicht erreicht. Immer wieder kamen nächtens GentechnikgegnerInnen dazwischen, die das Wachstum vor der Blüte stoppten. Das wurde bislang sehr häufig von Medien, Unternehmen und Politik totgeschwiegen. Ihnen gefallen solche Berichte nicht und heimliche Akteure können nur sehr begrenzt ihr Tun einer breiteren Öffentlichkeit bekannt machen.

Öffentlich Hand anzulegen und die Aktion mit guten Argumenten zu begründen, eröffnet eine neue Form der Auseinandersetzung. Es erhöht den Erklärungsnotstand der Gentech-Befürworter immens. Nach dem Vorbild der Inderinnen und Inder ist die Idee auch in Europa immer wichtiger geworden. In Frankreich sind weit über 5000 Menschen als „Faucheurs volontaires“, als „freiwillige Mäher“ organisiert. Zum Ende der Saison 2006 meldeten sie die erfolgreiche

Befreiung von rund 70% der Versuchsflächen in Frankreich. Seit einigen heftigen Polizeiübergriffen kündigen sie nicht mehr jede Feldbefreiung an, sondern veröffentlichen nach Abschluss der Arbeiten ihre Aktion. Die Faucheurs scheuen nicht die juristische Auseinandersetzung und gehen für ihre Überzeugung auch ins Gefängnis. Allerdings nicht immer. Gleich zwei Gerichte, in Orleans und Versailles, urteilten 2005 und 2006, dass die Feldbefreier unschuldig seien, da sie nicht aus Eigennutz, sondern zum Schutz der Umwelt und der Landwirtschaft gehandelt hätten. Da die Gegenseite mit den Freisprüchen nicht einverstanden war, ist das letzte Wort aber noch nicht gesprochen.

In Deutschland kündigten GentechnikgegnerInnen 2005 überregional eine öffentliche freiwillige Feldbefreiung an und landeten mit der Aktion in Strausberg bei Berlin und ihrem Slogan „Gendreck-weg“ in der Tagesschau und vielen anderen Nachrichten. 2006 unternahm verschiedene, voneinander unabhängige, Gruppen vorher angekündigte Feldbefreiungen. Zu Pfingsten hatte ein Bioimker in Baden-Württemberg eine „Feldbegehung“ und die Entfernung von drei Genmais-Pflanzen von einem Acker in Oberboihingen angekündigt. Dass ihm über 30 Menschen spontan folgten, freute ihn höchstwahrscheinlich. Ein beachtlicher Teil des Feldes war anschließend vom Mais befreit. Ebenfalls zu Pfingsten befreite eine Gruppe von Gentechnikgegnern das erste Versuchsfeld mit Gentech-Gerste. An der Uni Gießen befand sich ein sehr kleines, gut bewachtes Feld. Dennoch gelang es den Aktiven, bis zu den Pflanzen vorzudringen und etliche zu zerstören. Die Hessenschau filmte live und sendete die Feldbefreiung, den Zugriff der Polizei sowie die Erläuterungen der Aktivisten. Im Juli fand dann - erneut im Brandenburgischen – das eingangs beschriebene „Gendreck-weg“-Wochenende statt.



Es geht weiter – auf den Feldern und Straßen, aber auch vor Gericht

Die Auseinandersetzung wird weiter gehen. Spektakuläre Aktionen wie Feldbefreiungen können das Thema zuspitzen und erfreuten sich bislang großer Medienresonanz. Die Aktionsform der Feldbefreiung wird in der Bewegung durchaus kontrovers diskutiert, scheint aber ihren Platz in der Reihe der Handlungs-Optionen zu finden. Sie bietet viele Chancen und kann noch weiter entwickelt werden. Die mutigen öffentlichen Absichtserklärungen geben in jedem Falle dem Widerstand Gesichter und erleichtern vielen Menschen die Auseinandersetzung mit dem Protest und seinen Hintergründen.

Die Initiative Gendreck-weg wurde von Imkern und Bäuerinnen und Bauern gestartet. Aus der Landwirtschaft gibt es zahlreiche UnterstützerInnen, obwohl die Konfrontation und die Zerstörung von Feldern keinesfalls leichtfertig in Kauf genommen werden. Darüber hinaus geben die großen Aktionen in Strausberg und Badingen einen Eindruck davon, dass es der Freiwilligen Feldbefreiung gelingt, sehr verschiedene Menschen zusammen zu bringen und an einem Strang ziehen zu lassen: Hochbetagte Hobbyimker und engagierte Vollerwerbs-Bäuerinnen kamen zusammen mit Umwelt- und Gesundheits-Bewegten und mit politischen Linken, die eher selten „auf Ökothemen abfahren“. Gleichzeitig war das Wochenende ein Ort der Begegnung internationaler Aktiver: FeldbefreierInnen aus Frankreich und Polen waren tatkräftig dabei, Kontakte nach England, Österreich, in die Schweiz und in andere Länder werden gepflegt.

Es ist und bleibt also spannend. Auch im Vorfeld des G8 Gipfels wird die Auseinandersetzung um die Gentechnik eine wichtige Rolle spielen. Vielleicht kommt es in Mecklenburg-Vorpommern oder anderswo auch verstärkt zu Feldbefreiungen.

Jutta Sundermann



Weiterführende Links:

Gendreck weg! www.gendreck-weg.de

Via Campesina: www.viacampesina.org

Confederation paysanne: www.confederationpaysanne.fr

Construire un monde solidaire: www.monde-solidaire.org

Gehört der Mais von morgen komplett Monsanto?

Konzerne sichern sich den Zugriff auf das Saatgut



Maisvielfalt - Ein Ratespiel auf dem Infostand der BUKO-Kampagne gegen Biopiraterie beim Kirchentag 2005 in Hannover.

Alle Maiskolben sind gleich? Von wegen! In Mexiko, dem Ursprungsland des Maises, wachsen über 2000 verschiedene Mais-Sorten: Gelbe, rote, schwarze und bunte, große und kleine, runde und lange Kolben stellen nicht nur eine Ernährungsgrundlage für Millionen dar, sondern auch einen Genpool, in dem ganz verschiedene Stärken der alten Kulturpflanze festgehalten sind. Dieser Schatz ist die Grundlage für den Mais der Zukunft.

Schon die alten Inkas bauten Mais an und züchteten ihn immer nahrhafter. Bevor die Menschen sich mit dieser Pflanze befassten, waren Maiskörner viel kleiner. Viele gingen vor der Ernte verloren, weil sie selbst aussamten. Ähnlich wie mit dem Mais verhält es sich mit vielen anderen Pflanzen. Generationen von AnbauerInnen haben sie entwickelt. Sie tauschten untereinander Saatgut aus besonders erfolgreichen Ernten und passten nach und nach die Nutzpflanzen verschiedenen Boden- und Klimaverhältnissen an. Diese Züchtungsleistung über Jahrhunderte macht aus den landwirtschaftlichen Sorten so etwas wie ein Erbe der Menschheit oder zumindest sehr vieler Menschen großer Anbauregionen.

Wem gehört die Saat von morgen?

Schon lange entscheiden der Zugang zu Land, die Qualität des Bodens, das Klima und vieles mehr darüber, wie gut BäuerInnen dieses Erbe nutzen können. Feudale und postfeudale Kolonialisierungspraktiken, die fortschreitende Industrialisierung der Landwirtschaft und kapitalistische Konzentrationsprozesse haben einige wohlhabende Großbauern hervorgebracht. Die wenigen großen Agrarkonzerne, verkaufen mittlerweile nicht nur Pestizide und Düngemittel, sondern auch Saatgut. In den letzten Jahren verschärft sich dabei der Kampf um die Kontrolle über das Saatgut. Das Agrobusiness hat gemeinsam mit der Computer- und Pharmabranche das Loblied der geistigen Eigentumsrechte angestimmt und erreicht, dass weltweit Patent- und Sortenschutzrechte massiv ausgeweitet worden sind und werden. Besonders für die KleinbäuerInnen in ärmeren Ländern drohen daraus schwerwiegende Konsequenzen.

Die so genannten geistigen Eigentumsrechte wurden ursprünglich einmal entwickelt, um zu Erfindungen von Maschinen zu motivieren und diese zu belohnen. Heute reicht ihre Ausbreitung und Bedeutung jedoch viel weiter. Mit der Biotechnologie als Vehikel gelang es den großen

Agrarkonzernen, ihre biotechnologisch weiterentwickelten Pflanzen und Verfahren patentierbar zu machen. Vor allem in den USA werden landwirtschaftliche Sorten massiv mit Patenten belegt. Immer weniger Konzerne haben Monopolrechte auf immer mehr Pflanzen.

Landwirtschaft in den Ketten geistiger

Eigentumsrechte

Der Patent-Boom in den USA gab den großen Züchtern in Europa die Munition, eine drastische Verschärfung des Sortenschutzrechtes einzufordern. Sie haben sie mittlerweile bekommen; das neue Sortenschutzrecht ist in seiner Wirkung kaum noch vom Patentrecht zu unterscheiden. Das uralte, weltweit bekannte Recht der Bauern und Bäuerinnen, Teile der eigenen Ernte wieder zu verwenden oder auch mit anderen zu tauschen, ist in Europa für die geschützten Sorten aufgehoben worden. In Deutschland müssen LandwirtInnen für die Teile ihrer eigenen Ernte, die sie wieder aussäen möchten, Lizenzgebühren (so genannte „Nachbauggebühren“) an den Züchter-Konzern bezahlen. Doch sie wehren sich dagegen. In der „Interessengemeinschaft gegen Nachbauggebühren“ haben sich diejenigen zusammengetan, die den Züchtern die Stirn bieten wollen. Erfolgreich klagte die Gruppe vor dem Europäischen Gerichtshof gegen die umfassenden Auskunftsforderungen der Züchter. Im Auftrag der Züchter hatte die Saatgut-Treuhand-Verwaltungsstelle 200.000 Bauernhöfe einer umfangreichen Befragung unterziehen wollen und Klagen gegen diejenigen erhoben, die sich weigerten, so zu gläsernen Landwirten zu werden. Trotz verschiedener gerichtlicher Siege vor dem Europäischen Gerichtshof sind die Nachbauggebühren nicht vom Tisch. Bundesregierung und Bundestag müssen sich nun mit gesetzlichen Details zur Nachbaufrage beschäftigen. Während die gut informierten und wütenden LandwirtInnen die Prozess-Ergebnisse und ihre Kritikpunkte einbringen wollen, steht auch die interessierte Agrarindustrie mit gut bezahlten Lobbyisten in Berlin schon bereit.

In den USA und Kanada hat die Agro-Gentechnik sich bereits massiv ausgebreitet. Unter Berufung auf ihre Patentrechte schickt der größte Gensojakonzern Monsanto Schnüffler auf die Felder, die überprüfen, ob irgendwo unbezahlte Monsanto-pflanzen wachsen und gedeihen. Diese Praxis führte zu einem heftigen Skandal, als die Konzerndetektive den Gentechnik-Gegner und Rapsbauern Percy Schmeiser in Kanada „überführten“, patentierte Saat auf seinem Acker zu haben. Der fiel aus allen Wolken, denn er wollte die manipulierten Pflanzen nie auf seinen Feldern haben. Der Wind

und der nachlässige Nachbar mit seinem nicht abgedeckten Erntewagen waren dafür verantwortlich, dass sein Acker mit Genpflanzen kontaminiert wurde. Trotz seiner Klage gegen Monsanto wurde der Bauer verurteilt, weil sich die patentierten Rapspflanzen auf seinem Boden befanden, ohne dass er Lizenzen entrichtete. Percy Schmeiser ist zu einem weltweit bekannten Aktivist gegen die Agro-Gentechnik und die Patent-Strategien der Konzerne geworden. Er betont, dass in Europa, ebenso wie in vielen Ländern der Welt das letzte Wort in Sachen Patent-Unrecht noch nicht gesprochen sei.

Die Regierungen kommen den

Konzerninteressen entgegen

Fast durchweg sind die Industrieländer Befürworter geistiger Eigentumsrechte. Die Monopolrechte verschaffen ihnen den Vorsprung vor anderen Ländern. Gleichzeitig sichern sie ihren Konzernen den Durchgriff bis auf die Äcker und Scheunen der Höfe und auf unsere Teller.

Eine zentrale Rolle spielt dabei die Welthandelsorganisation WTO und ihr Abkommen über geistige Eigentumsrechte, das TRIPS (Trade related intellectual property rights, handelsbezogene Aspekte geistiger Eigentumsrechte). Das Abkommen ist sehr einseitig zu Gunsten der Konzerne der reichen Länder gestrickt und zwingt alle WTO-Mitgliedsländer, im eigenen Land strenge Patentgesetze, Sortenschutz, Urheberrecht und Co gesetzlich festzulegen. In vielen Ländern des Südens laufen in den nächsten Jahren die letzten Übergangsfristen aus, dann müssen Patenterteilungen in jedem Land möglich sein und der strenge Schutz durchgesetzt werden.

Die mächtigsten Industrieländer treiben die Geltungsbereiche und -zeiträume für geistige Eigentumsrechte immer weiter. Sie haben in ihren eigenen Ländern Rahmenbedingungen geschaffen, die den Agrarkonzernen sehr gefallen. Diese reichen vom strengen Sortenschutz der EU bis hin zur EU-Biopatentrichtlinie, die erst nach vielen Jahren heftiger Auseinandersetzungen verabschiedet und später unter Strafandrohungen aus Brüssel von den Ländern umgesetzt wurde. Kaum etwas Lebendiges ist danach noch zuverlässig vor der Patentierung geschützt. Vor allem Gentechniker können sich die Hände reiben.

In der EU wird mittlerweile daran gearbeitet, Verletzungen geistiger Eigentumsrechte einheitlich unter Strafe zu stellen. Waren bislang derartige Handlungen in vielen Ländern nur nach Zivilrecht mit Schadensersatzforderungen zu verfolgen, könnten Urheberrechtsverletzer strafrechtlich mit Freiheitsstrafen und Betriebsschließungen bedroht werden. Geht es für die breite Öffentlichkeit dabei eher um Imitate

von Markenprodukten und illegales Kopieren urheberrechtlich geschützter Werke, werden durch die Verschärfungen auch LandwirtInnen bedroht, die an den alten Praktiken von Wiederaussaat und Weiterzüchtung von Pflanzen festhalten. An andere Länder gewandt fordert der Club der G8 ebenfalls die Ausweitung geistiger Eigentumsrechte. Bundeskanzlerin Merkel betonte schon Anfang 2006, dass diese einen wichtigen Tagesordnungspunkt für Heiligendamm darstellen würden. Auf dem G8-Gipfel in St. Petersburg verabschiedeten die Regierungschefs eine Erklärung, die die Förderung der Intellectual Property Rights (IPRs) zum Inhalt hat. Hierbei sind auch finanzielle Hilfen für Entwicklungsländer vorgesehen, allerdings insbesondere für die Verabschiedung von scharfen Patentgesetzen.

Private vs. öffentliche Saatgut-Sammlungen („Genbanken“)

Nicht nur mittels rechtlicher Instrumente, sondern auch durch die Verfügung über den Genpool versuchen Agrarkonzerne, die Zukunft landwirtschaftlicher Nutzpflanzen unter ihre Kontrolle zu bekommen. Insbesondere im großen Maßstab genutzte Pflanzensorten sind immer wieder von neu auftretenden oder sich ausbreitenden Pflanzenkrankheiten oder Schädlingen bedroht. Diese können die entsprechende Sorte nahezu unbrauchbar machen – es muss dann möglichst schnell eine resistente Sorte gezüchtet werden. Dazu ist der Zugriff auf einen großen Pool von alten Sorten von höchstem Wert. Öffentliche Saatgutsammlungen („Gen-Banken“) können Zehntausende von Sorten einer landwirtschaftlichen Nutzpflanze umfassen und bieten vielen Züchtern gute Möglichkeiten, neue Sorten zu entwickeln. Im Trend der letzten Jahre liegt es jedoch, diese öffentlichen Saatgutsammlungen durch Unterfinanzierung, Umorientierung (wie in Gatersleben/BRD) oder gar Auflösung (St. Petersburg) zu schwächen. Gewinnen tun dadurch mal wieder die Agrarkonzerne, die mittlerweile riesige eigene Saatgutsammlungen aufgebaut haben. Jede Sorte, die wegen Vernachlässigung öffentlicher Saatgutbanken dort verschwindet aber in Konzernsammlungen enthalten bleibt, geht faktisch in das Eigentum der Konzerne über. Die Folgen dieser Privatisierung durch die Hintertür können noch gar nicht abgesehen werden, da niemand weiß, welche Sorten für die Ernährung künftig wichtig sein werden.

Die Vielfalt der gesammelten alten Pflanzensorten ist auch bei Alternativen zur industrialisierten Produktion von großer Bedeutung. Buschbohnen zum Beispiel, die alle zum gleichen Zeitpunkt reif werden, mögen einer mechanischen Ernte mit dem Roder entgegen kommen. Dem energetisch viel günstigeren Anbau im Hausgarten entspricht jedoch eher

eine Sorte, bei der die Bohnen nach und nach reif werden, sodass sie über Wochen hin geerntet werden können.

Grundsätzlich ist die Erhaltung alter Sorten auch ein Wert an sich. Jede Sorte hat eine eigene Kombination von Geschmack, Form, Farbe und anderen Eigenschaften, die zur Vielfalt der Welt beiträgt, erhalten werden und öffentlich zugänglich sein sollte. Dazu sind neben der Förderung öffentlicher Saatgutsammlungen auch Gesetzesänderungen nötig, denn derzeit ist es sehr schwer, alte Sorten (wieder) in den Verkehr zu bringen und damit ihre Erhaltung auf den Äckern und Speisezetteln der Menschen zu ermöglichen.

Heute setzen die großen Handelskonzerne voll auf die Homogenisierung der Märkte. Sie zeigen kein Interesse an genaueren Sortenbezeichnungen und planen am liebsten mit uniformen Einkaufenden. Das muss nicht so bleiben – zu fordern wären Sortenbezeichnungen im Handel für alle Gemüse-, Obst- und Getreidearten. Als Sorten-Detektive verschiedenen Geschmäckern auf die Spur zu kommen, wäre eine Aufgabe für Familien, Schulen, Kindergärten – und könnte ein verändertes Bewusstsein über unsere Lebensmittel fördern.

Proteste im globalen Süden

Mit großer Sorge betrachten (Klein)BäuerInnen im globalen Süden diese Entwicklungen. Sie werden immer wieder vor vollendete Tatsachen gestellt. So erfuhr die mexikanische Regierung, dass die US-Firma DuPont ein Patent auf „Ölmais“ erhalten hatte, eine Maissorte mit erhöhtem Öl- und Ölsäuregehalt. Das Patent galt für alle Maispflanzen mit dieser Eigenschaft – weltweit, heute und zukünftig. Nur: derartigen Mais gab es in Mexiko bereits. Greenpeace und Misereor wurden zu Partnern der mexikanischen Regierung. Sie fochten das Patent vor dem Europäischen Patentamt in München an – und errangen 2003 einen Sieg.

Große Demonstrationen fanden in den letzten Jahren immer wieder in Thailand statt. „Save our rice“ forderten die Reisbauern und -bäuerinnen Thailands, die meist auf kleinen Flächen den edlen Duftreis anbauen und dadurch eine Einkommensquelle für ihre Familien haben. Die Duftreis-Exporte stellen auch eine erhebliche Devisenquelle für Thailand dar. Das Internationale Reisinstitut hatte jedoch Keimplasma des Duftreises an US-amerikanische Forscher weitergegeben und „vergessen“, einen Vertrag über die Nicht-Patentierung der Forschungsergebnisse abzuschließen. Die thailändische Kampagne brachte Tausende auf die Straßen. Sie warnt vor den Folgen von Patenten und massiver Duftreisproduktion in den USA.

Der Zynismus der Agrarkonzerne geht noch weiter. Vor laufender Fernsehkamera erläuterte ein europäischer Monsanto-Sprecher, dass es durch Gesetze kaum möglich



Abschlussaktion der Kampagne gegen Nachbaugebühren „Widerstand keimt auf“, Oktober 2004 in Berlin

sei, den Nachbau in den Ländern des Südens zu unterbinden. Monsanto und Co haben deshalb vorgesorgt: Mittels gentechnischer Manipulationen entwickelten sie „GURTs“, „Genetic Use Restriction Technologies“, auch „Terminator-Technologie“ genannt. Dabei werden Pflanzen so manipuliert, dass die Wiederaussaat unmöglich wird, weil die produzierten Samen steril sind. Die BäuerInnen sind also gezwungen, jedes Jahr neu das „Einmal-Saatgut“ zu kaufen. Breite Proteste führten schon nach Bekanntwerden der Patente Ende der 90er Jahre dazu, dass die Unternehmen beteuerten, nicht weiter forschen zu wollen. Die Mitgliedsstaaten der UN-Konvention über Biologische Vielfalt CBD sprachen ein Moratorium aus. Die Agro-Multis können es dennoch nicht lassen, entwickeln die Pflanzen weiter und versuchten 2006 erneut, das Moratorium zu knacken. Diesmal hatten sie ihre Argumentation geschickt modifiziert und betonten die Möglichkeit, mittels Terminator-Technologie die unerwünschte Ausbreitung gentechnisch manipulierter Pflanzen verhindern zu können. Eine erneute internationale Kampagne konnte im März vergangenen Jahres wiederum ein „Nein“ der Regierungen feiern. Dass damit das Gespenst der Pflanzen-Selbstmord-Technologie endgültig aus der Welt

ist, ist leider nicht zu erwarten, da die Konzerne dort große Gewinnchancen wittern.

Es ist also dringend nötig, den Biopiraten Einhalt zu gebieten. Ernährungssouveränität ist nur erreichbar, wenn der Durchgriff der Konzerne auf Saatgut und auf die Entscheidungs-Möglichkeiten der BäuerInnen zurückgedrängt wird. Daher lehnen wir Patente auf Leben, auf Saatgut in jeder Form ebenso ab wie strengen Sortenschutz. Hier werden Vorteile für wenige geschaffen zu Lasten der Agrobiodiversität, der Bauernrechte und damit der Zukunft unserer Ernährung weltweit.

Diesen kritischen Blick auf geistige Eigentumsrechte teilen auch Bündnispartner aus anderen Zusammenhängen: die AktivistInnen der Freien Software kämpfen gegen Softwarepatente, entwicklungspolitische Organisationen und Initiativen aus dem Süden warnen vor den Folgen der Patente auf Medikamente, die Kampagne „Fair-Sharing“ wehrt sich gegen die Kriminalisierung derer, die Files im Internet tauschen. Der „interdisziplinäre“ Austausch hat den bisher Beteiligten schon etliche spannende Erkenntnisse gebracht. Vielleicht stellt sich bald eine starke Koalition den Monopolrechts-Verfechtern entgegen.

Buko-Kampagne gegen Biopiraterie

Weiterführende Links:

Buko-Kampagne gegen Biopiraterie: www.biopiraterie.de

Grain: www.grain.org

ETC Group: www.etcgroup.org

Netzwerk freies Wissen: www.wissensallmende.de

Migration, Ausbeutung und Widerstand in der industriellen Landwirtschaft am**Beispiel El Ejido/Spanien**

Im Dezember geht die Tomatenernte los. Wenn im restlichen Europa die Temperaturen in den Minusbereich wandern, scheint in Almería bei durchschnittlich 16° Celsius die Sonne auf rund 35.000 Hektar Polyethylen, das wie ein zweites Meer vor dem Mittelmeer liegt. Die Innentemperaturen in den Plastiktunneln steigen auf bis zu 50°C und lassen das Gemüse innerhalb kürzester Zeit erntereif werden. Der letzte Schritt der Reifung findet erst auf der Fahrt statt, auf der die FernfahrerInnen das Gemüse in alle Regionen Europas transportieren.

Gazpacho im Dezember, Caprese im Januar, und im Februar Erdbeeren mit Schlagobers. Der Europäische (Super)Markt hat sich längst an ein Angebot gewöhnt, das einer konstruierten Nachfrage folgend nur unter bestimmten Konditionen möglich ist: dem quasi uneingeschränkten und regulationsfreien Zugang zu Wasser, Land, Erdöl, Saatgut, Agrochemie und vor allem, billigen Arbeitskräften.

Almería ist nur das offensichtlichste, bei weitem aber nicht das einzige Beispiel für die menschenverachtende Logik des industriellen Obst- und Gemüsebaus. In Kalifornien, Mexiko, Österreich oder den Niederlanden ist das gleiche Phänomen zu beobachten. Die andalusische Provinz soll hier exemplarisch analysiert werden, um zu einem Verständnis jener Strukturen zu kommen, die dieses landwirtschaftliche Versorgungswunder möglich machen. Und beispielhaft soll auch gezeigt werden, wie sich in einer rücksichtslos industrialisierten, von scharf bewachten politischen Grenzen gekennzeichneten Region Widerstand formiert.



Verfaulte Paprika am Strauch in einem Gewächshaus.

Foto: ©Angel Garcia/Greenpeace

Der Artikel stützt sich auf Fakten, die in einer mittlerweile sechsjährigen Solidaritätskampagne des Europäischen BürgerInnenforums (EBF) mit der andalusischen Landarbeiter Innengewerkschaft SOC (Sindicato des Obrer@s del Campo) zusammengetragen wurden.

Vom Brachland zum regionalen Wirtschaftswunder: El Ejido und die Provinz Almería

Bis in die Sechziger Jahre war El Ejido, heute die zweitgrößte Stadt der andalusischen Provinz Almería und die drittreichste Stadt Spaniens, ein kleines FischerInnenort, ohne besondere ökonomische Bedeutung. Almería, das sich über 8.744 km² zwischen der Provinz Granada im Westen, der Region Murcia im Osten und dem Mittelmeer im Süden erstreckt, war ein damals kaum bewohntes Gebiet. Noch heute liegt die Provinz mit 70 EinwohnerInnen pro Quadratkilometer weit unter dem spanischen Durchschnitt.

Die wenigen KleinbäuerInnen, die unter der Franco-Diktatur in Almería zwangsangesiedelt wurden, bestellten das Land mit Mandeln, Orangen und Oliven, betrieben Schaf- und Ziegenzucht und fischten in den Küstengewässern. Großgrundbesitz war anders als für Restandalusien untypisch in Almería.

Ende der Sechziger, Anfang der Siebziger Jahre hielt „das Plastik“ Einzug in Almería. Obgleich eine der gebirgigsten Provinzen, bot sich die Ebene zwischen den Hochgebirgszügen (der bekannteste davon die Sierra Nevada) und dem Mittelmeer aufgrund des Klimas und der Bodenpreise für den industriellen Gemüsebau an.

In den vergangenen vierzig Jahren ist das mar del plastico, das Plastikmeer, auf rund 35.000 Hektar angewachsen. 80% der spanischen Gemüseexporte kommen mittlerweile aus Almería, von fünf Ernten pro Jahr und rund tausend LKWs täglich ist die Rede, die die Region während der Hauptsaison in Richtung Europäischer Supermärkte verlassen. Ein kleines Wirtschaftswunder im Süden Spaniens?



Illegale Mülldeponie hinter einem Gewächshaus.

Foto: ©Angel Garcia/Greenpeace

Im Februar 2000 erlangte Almería traurige Berühmtheit. In der kleinen Stadt El Ejido jagte ein zentral organisierter, von offizieller Seite unterstützter Mob tagelang marokkanische MigrantInnen durch die Straßen, zerstörte Behausungen und Geschäftslokale und verlieh damit einem rassistischen Konsens seinen brutalsten physischen Ausdruck. Sehr langsam wird einer europäischen Öffentlichkeit klar, worauf dieses regionale „Wirtschaftswunder“ beruht: auf der Logik der Ausbeutung, die bei den natürlichen Ressourcen beginnt und beim menschlichen Leben ihre brutalste Ausformung findet. Dennoch sind fünf Jahre nach den rassistischen Ausschreitungen keine wesentlichen Veränderungen spürbar: Die direkte Brutalität setzt sich fort – im März 2005 wurde Azzouz Hosni, marokkanischer Migrant und Gewerkschaftsmitglied der SOC, vor einem Café in El Ejido ermordet, im Oktober desselben Jahres fand eine Reihe gewalttätiger Übergriffe auf migrantische LandarbeiterInnen statt.

Was in Almería bisher die schier endlose Zahl an billigen, unterdrückbaren Arbeitskräften bedingt, ist seine geographische Lage am Rande Europas. Vielen MigrantInnen dient die Region als Sprungbrett in ein Europa, in dem sie ihre eigenen Lebenskosten und eventuell auch die ihrer Angehörigen decken können. Wer es von Marokko nach Melilla oder Ceuta und damit auf EU-Gebiet geschafft oder den langen Weg aus Lateinamerika hinter sich gebracht hat, verdingt sich entweder im Plastikmeer und seiner nachgelagerten Industrie, oder, was einen Großteil der Migrantinnen betrifft, in der Haushaltsarbeit und der Prostitution (vgl. Rodríguez Martínez 2004: 466ff). Migrationsströme, die nicht zuletzt durch globale ökonomische Ungleichheiten forciert werden, gekoppelt mit restriktiver Einwanderungs- und Aufenthaltspolitik, sorgen in der Region für ein Überangebot an Arbeitskräften.

Organisierter Widerstand & Gewerkschaftsarbeit

Seit sechs Jahren ist die andalusische LandarbeiterInnengewerkschaft SOC in der Region Almería aktiv. Der Beginn des Engagements war eine Reaktion auf die tagelangen rassistischen Ausschreitungen im Februar 2000. Gabriel Ataya M'Binky und Abdelkader Shasha waren von Beginn an als Gewerkschaftsaktivisten dabei und beteiligten sich an der Organisation des Streiks, den die MigrantInnen nach den Ausschreitungen ausriefen. Die SOC-Aktivisten sind beide nach Spanien migriert. Gabriel stammt aus Senegal, Abdelkader aus Marokko. Sie haben selbst mehrere

Jahre hindurch in den Plastikgewächshäusern gearbeitet. Abdelkader erlitt 1998 bei der Arbeit in einem Gewächshaus einen Unfall, bei dem sein Oberschenkel von einer Maschine schwer verletzt wurde. Ihre Arbeitsbedingungen waren, genau wie die Bedingungen der MigrantInnen heute, prekär, gesundheitsschädigend und gefährlich.

Die SOC ist eine wirksame Kraft gegen den rassistischen Konsens, der von den Landwirtschaftsverbänden, von den Behörden und weiten Teilen der Bevölkerung getragen wird. Anders als die großen Gewerkschaftsverbände erhält die SOC jedoch kaum öffentliche Förderungen.

Da die Treibhausregion weitläufig und arm an Infrastruktur ist und weil die MigrantInnen systematisch von den Wohnsiedlungen der SpanierInnen ferngehalten werden, sind die AktivistInnen ständig auf Achse und besuchen die ArbeiterInnen vor Ort bei ihren Barackensiedlungen. Bei rassistischen Übergriffen insistieren sie gemeinsam mit den MigrantInnen bei der Polizei auf transparente Verfahren, unterstützen Legalisierungsprozesse, helfen, Löhne und annehmbare Unterkünfte einzufordern, und planen mit ihnen den organisierten Widerstand in Form von Demonstrationen oder – gegebenenfalls – Streiks. Ein wichtiger Fokus der SOC in Almería ist der Aufbau von Gewerkschaftszentren, die den MigrantInnen als Anlaufstellen und soziale Zentren dienen sollen.

Um den grundsätzlichen Widerspruch zwischen Arbeit und Besitz an Produktionsmitteln aufzuheben, sollen selbstverwaltete landwirtschaftliche Kooperativen aufgebaut werden, wie sie in anderen Regionen Andalusiens bereits seit den Latifundienbesetzungen der 1970er und 1980er Jahre bestehen. Der Forderung der SOC nach „Tierra y Libertad“ – Land und Freiheit - wird hier Ausdruck verliehen. In naher Zukunft sollen auf einer neuen Kooperative in den Bergen nahe Sevilla biologische Lebensmittel angebaut und von dort aus vertrieben werden.

Ein Schwachpunkt der Gewerkschaft liegt in einem politischen Bereich, der auch im progressiven Syndikalismus allzu oft als Nebenwiderspruch angesehen wird: Die Selbstorganisation wie die offizielle Repräsentanz von Frauen innerhalb der Strukturen der SOC lässt zu wünschen übrig. Angesichts der Tatsache, dass in der Verpackungsindustrie und bei der Erdbeerernte zum größten Teil Migrantinnen arbeiten, wäre gewerkschaftliche Arbeit oder Unterstützung der Selbstorganisation in diesen Bereichen ebenso notwendig wie in den Treibhäusern. Feministische Fragen wurden beim Kongress im Dezember 2005 v.a. dank der Soziologin Pilar Rodríguez Martínez von der Universität Almería und Mercedes García Fornieles von der Vereinigung Mujeres Progresistas gestellt. „Es ist keine Frau hier. 35.000 sollten es sein.“, verkündete Rodríguez Martínez einem

vorwiegend männlichen Kongresspublikum. Was fehlt, ist vor allem eine Auseinandersetzung mit der stereotypgeschlechtsspezifischen Arbeitsteilung in landwirtschaftlicher und nachgelagerter Produktion und auch mit den Strukturen der Gewerkschaft selbst, sowie mit den verschiedenen Formen und Ausprägungen von psychischer, physischer und sexueller Gewalt, der vor allem Frauen bei der Arbeit und zu Hause ausgesetzt sind. Auch die zusätzliche Verantwortung für Kinder in einer ohnehin schon prekären und aufreibenden (Migrations-)Situation wird in der gewerkschaftlichen Arbeit nicht entsprechend ihrer Relevanz zum Thema gemacht, solange Frauen nicht aktiv mitorganisieren.

Seit die Sektion der Mujeres Progresistas in El Ejido unter dem Druck der rassistischen und sexistischen Öffentlichkeit nach den Ausschreitungen im Jahr 2000 die Stadt verlassen hat, ist die SOC die einzige linke und basisorientierte Vereinigung vor Ort.

Solidarität international organisieren

Parallel zur Ausweitung des SOC-Betätigungsfelds auf die Region Almería begannen im Jahr 2000 auch vielfältige Aktivitäten in anderen europäischen Ländern. Von Beginn an war klar: Wenn wir von den AbnehmerInnenländern aus aktiv werden wollen, ist es aussichtsreich, sich mit den progressiven Kräften vor Ort zu solidarisieren und in Absprache mit den AktivistInnen den Widerstand auf unterschiedlichen Ebenen zu unterstützen.

Im Zuge der Solidaritätskampagne des Europäischen BürgerInnenforums wurden mehrere internationale Menschenrechtsbeobachtungsdelegationen organisiert. Es entstanden Publikationen und Presseartikel und eine Vielzahl an Vorträgen, Pressekonferenzen und Aktionen fanden statt. In der Schweiz schrieben hunderte KonsumentInnen an die Supermarktkette Migros, um einzufordern, dass die Genossenschaft beim Einkauf die sozialen Produktionsbedingungen in Almería nicht weiterhin ignoriert. Protestbriefe aus ganz Europa gingen bei der Präfektur in Almería ein, als die Behörden im März 2005 versuchten, den Mord an Azzouz Hosni als kleinkriminelle Bagatelle ohne rassistisches Motiv hinzustellen. Internationale VertreterInnen von Gewerkschaftsverbänden, Umwelt-NGOs und MigrantInnenorganisationen wurden in die Region eingeladen, um danach in ihren eigenen Ländern eine Multiplikatorwirkung bei der Verbreitung der Information zu erzielen.

Illegalisierte Arbeit ist rentabel: Illegalisierung als Standortfaktor

Die Migrationspolitik in der Region Almería ist auf die wirtschaftliche Verwertbarkeit der Arbeitskraft der MigrantInnen ausgerichtet. Den ca. 90.000 Zugewanderten werden die elementarsten Rechte aberkannt, gleichzeitig ist die industrielle Landwirtschaft und mit ihr eine Vielzahl an Menschen in der Region unbedingt auf ihre Anwesenheit als billige und flexible Arbeitskräfte angewiesen. Enciso Ruiz, der Bürgermeister von El Ejido, brachte das in einem Fernsehauftritt auf brutale Weise zum Ausdruck: „In der Früh brauchen wir die Arbeiter, am Abend sind sie überflüssig“ (vgl. Kalcicz 2005). Mercedes von den Mujeres Progresistas formuliert es so: „Sie wollen keine Menschen, sie wollen Maschinen.“ (EBF 2005a). Die Illegalisierung der MigrantInnen ist dazu ein notwendiges Instrument.

Das Produktionsmodell in Almería funktioniert nur dann, wenn die ArbeiterInnen unorganisiert bleiben, sich nicht artikulieren oder auf ihre Rechte bestehen. Die Vorgabe der GroßverteilerInnen nach billigen Einkaufspreisen kann nur dann eingelöst werden, wenn die Unternehmen keine Sozialstandards einhalten müssen, die Löhne drücken können und nicht zu befürchten haben, dass die Ernte oder Pflege der Kulturen durch Streiks unterbrochen werden.

Seit den Ausschreitungen im Jahr 2000 und der darauf folgenden Niederlegung der Arbeit durch die Betroffenen begannen die Unternehmen, sich anderwärtig um Saisoniers umzuschauen. Die gezielte Rekrutierung von ArbeiterInnen aus Polen, den baltischen Ländern und Rumänien setzte ein. Unterschiedliche Löhne und Arbeitsrechte für konstruierte Gruppen von ArbeiterInnen aufgrund ethnischer und geschlechtlicher Segregation treten unmittelbar zueinander in Konkurrenz und setzen eine Abwärtsspirale bei Lohn- und Sozialstandards in Gang.

Für eine Verwirklichung von Bewegungsfreiheit und Solidarökonomie

Im Bezug auf den Kampf für die Rechte (illegalisierter) ArbeitsmigrantInnen in Europa spricht die Plattform für International Cooperation on Undocumented Migrants, PICUM (LeVoy & Verbruggen, 2005), von zehn notwendigen Strategien, die auch aus dem Blickwinkel der Solidaritätskampagne des EBF als sinnvoll

erachtet werden können: Öffentlichkeitsarbeit und KonsumentInnenkampagnen, Sammlung und Dokumentation von Datenmaterial, Information der ArbeiterInnen über ihre Rechte, Empowerment, Gewerkschaftliche Organisation, vorsorgende Arbeit mit den UnternehmerInnen zur Feststellung der Verantwortung für das Einhalten von fairen Arbeitsbedingungen, kollektive Aktionen gegen Ausbeutung und Missbrauch der ArbeiterInnen, Einforderung der Rechtsansprüche illegalisierter ArbeiterInnen, Zusammenarbeit mit Regierungsstellen zu diesem Zweck und Rechtsbeistand für illegalisierte ArbeiterInnen (ebd.). Um nicht nur die industrielle Produktion zu reformieren sondern parallel bereits den Aufbau von Alternativen voranzutreiben und langfristige Perspektiven für die Emanzipation der ArbeiterInnen im Blickfeld zu behalten, organisiert die SOC darüber hinaus auch Landbesetzungen und den Aufbau selbstverwalteter Kooperativen. Diese Praxis folgt der Idee der Überwindung der kapitalistischen Produktion: Wo keine Substandard-Arbeitsverhältnisse existieren, können sie auch nicht im Wettbewerb nach unten vergeben werden.

Lisa Bolyos u. Dieter Behr

[1] Aufschrift eines Demo-Transparents der internationalen Delegation beim Besuch der SOC in Almería, Dezember 2005

Eine ungekürzte Fassung des Artikels erschien in der Publikation „Zwischen Konkurrenz und Kooperation. Analysen und Alternativen zum Standortwettbewerb“, Hg: Attac, Mandelbaum Verlag 2006.

Literatur: EBF – Europäisches BürgerInnenforum, 2005a: *Internationale BeobachterInnendelegation nach Almería/El Ejido und Huelva, Andalusien, Spanien (5. - 12. März 2005)* www.civic-forum.org/index.php?lang=DE&site=MIGRATION&article=706. | EBF – Europäisches BürgerInnenforum, 2005b: www.civic-forum.org/index.php?lang=DE&site=MIGRATION&article=680. | Kalczic, Monika, 2005: *Land unter Plastik. Die soziale Wüste Andalusiens* www.civic-forum.org/index.php?lang=DE&site=MIGRATION&article=741. | LeVoy, Michele und Verbruggen, Nele, 2005: *Ten Ways to protect undocumented Migrant Workers*. PICUM, Brüssel. | Rodríguez Martínez, Pilar, 2004: *Hacia una sociología del género y las migraciones: identificaciones de sexo-género de las mujeres migrantes británicas y marroquíes en Almería*. Dissertaton, Universidad Complutense de Madrid.

Weiterführende Links:

no-racism.net, 2005: www.no-racism.net/deportatiNO.

Coop, 2005: www.coop.ch/nachhaltigkeit/social/fruit-de.htm.

Landflucht im 21. Jahrhundert endet nur noch in Ausnahmefällen in der Fabrik —

dazu vier Thesen

These 1

In Sachen Landwirtschaft sind es – jedenfalls aus europäischer Perspektive – mindestens drei Entwicklungen gewesen, welche der kapitalistischen Industrialisierung den Weg bereitet haben: erstens die systematische Zurichtung der Kolonien im Süden zu agrarischen Rohstofflieferanten (d.h. zu so genannten Extraktionsökonomien), zweitens die Privatisierung und Intensivierung der Bodennutzung (nicht zuletzt auf der Grundlage einer neu entstandenen "Landbauwissenschaft") und drittens die massenhafte Freisetzung landwirtschaftlicher Arbeitskräfte in Europa selbst. Letzteres wiederum ist vornehmlich durch die bereits im 19. Jahrhundert begonnene Industrialisierung der europäischen Landwirtschaft möglich geworden – und zwar mit Hilfe eines stetig steigenden Maschineneinsatzes, der umfassenden Verwendung chemischer Kunstprodukte (Kunstdünger, Pestizide, Herbizide etc.) sowie der Einführung moderner Transport- und Kommunikationssysteme (um einen unmittelbaren Zugang zu den überregionalen bzw. weltweiten Märkten zu gewährleisten). Was das konkret heißt, kann am Schrumpfungsprozess der Landwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg abgelesen werden: Im Jahre 1950 waren 5,35 Millionen Erwerbspersonen auf dem Lande tätig, 1960 waren es noch 3,6 Millionen und zu Beginn der 1990er Jahre sind es gerade einmal 230.000 gewesen. Das ist ein Sturz von etwa einem Viertel der Erwerbspersonen auf weniger als ein Prozent.

These 2

Spätestens seit den 1980er Jahren ist es überall im Süden zu einer systematischen Zerstörung kleinbäuerlicher Existenzgrundlagen gekommen. Nicht nur durch die Effekte neoliberaler IWF-Strukturanpassungsprogramme sowie die im Rahmen der WTO und anderer Freihandelsabkommen einmal mehr forcierte Politik systematischer Marktöffnungen, sondern auch durch exzessives Dumping seitens transnationaler Agrarkonzerne (unter anderem mittels staatlicher Exportsubventionen), sinkende Weltmarktpreise für agrarische Export-Produkte, Preisdiktate marktmächtiger Zwischenhändler und Endabnehmer, Landvertreibungen, verstärkte Ausrichtung der landwirtschaftlichen Produktion auf cash crop-Produkte, Knebelungsstrategien der Saatgutkonzerne, Bürgerkriege (um Ressourcen), Dürre etc. Zentraler Unterschied: Die in der so genannten Peripherie freigesetzten Kleinbauern und -bäuerinnen trafen nicht wie anno dazumal in Europa auf rasant wachsende Industrien,

wo sie als LohnarbeiterInnen ihr Auskommen hätten finden können (wobei es in Europa ohne die permanente Exit-Option ‚Auswanderung‘ ungleich größere Verwerfungen gegeben hätte, als das tatsächlich der Fall war). Stattdessen sind ganz eigene Überlebensstrategien erforderlich geworden

Erstens bestreiten immer mehr Familien im Süden ihr Einkommen aus einem Mix kleinbäuerlicher Produktion sowie lohnabhängiger Beschäftigung im nicht-agrarischen Bereich (so genannte Semiproletarisierung, vgl. vor allem Moyo et al. 2005 und Bryceson et al. 2000). Mit dieser Kenntnis wird deutlich, dass die Rede von Kleinbauern und -bäuerinnen nicht sonderlich realitätstauglich ist. Erwähnt sei in diesem Zusammenhang auch, dass die Strukturanpassungsprogramme des IWF nicht nur katastrophale Konsequenzen für die landwirtschaftliche Produktion nach sich zogen, sondern vielerorts auch die Verdienstmöglichkeiten im nicht-agrarischen Bereich empfindlich geschmälert haben. Kämpfe um Land sind deswegen auch der Versuch, wieder stärker in kleinbäuerlicher (Subsistenz-)Produktion Fuß zu fassen, nachdem ja ursprünglich ein mehr oder weniger unfreiwilliger Teiltrückzug aus der Landwirtschaft stattgefunden hatte. In der englischsprachigen Literatur ist diesbezüglich von "Re-Peasantization" die Rede.

Wo es nicht gelingt, durch Einkommenssplitting oder Re-Peasantization das Familieneinkommen zu sichern, kommt es zweitens zur Migration einzelner Familienmitglieder – sei es als regionale Wandermigration, Pendelmigration zwischen Stadt und Land oder transnationale Migration, etwa in die USA oder nach Europa. Hinsichtlich letzterem sollten jedoch soziale Unterschiede nicht außer Acht gelassen werden: Während z.B. die Mehrheit afrikanischer Subsahara-MigrantInnen in Europa aus Städten kommt und zu den höher qualifizierten Teilen in ihren jeweiligen Herkunftsgesellschaften gehört, sind es in Mexiko oder Guatemala überwiegend in die Armut getriebene Kleinbauern und -bäuerinnen, die sich gen Norden auf den Weg machen (Azzellini & Kanzleiter 1999). Interessant dürfte diesbezüglich sein, dass die Summe der Geldüberweisungen von MigrantInnen in Ihre Heimatländer mittlerweile mehr als das Doppelte der gesamten Entwicklungshilfe aus den reichen Industrieländern ausmacht. Dieser Umstand sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass es häufig erst die durch Rücküberweisungen ermöglichten Abfederungen sind, welche es den jeweiligen Regierungen gestatten, ihre (neoliberalen) Kahlschlagspolitiken rücksichtslos durchzusetzen.

Sind die Menschen zu arm und können noch nicht einmal die Kosten aufbringen, ein einzelnes Familienmitglied in die Migration zu schicken, bleibt drittens nichts anderes als die gemeinsame Flucht bzw. Abwanderung in die riesigen, jeder Beschreibung spottenden Slum-Cities, in welchen mittlerweile knapp eine Milliarde Menschen weltweit lebt! Hierauf hat

in jüngerer Zeit vor allem Mike Davis aufmerksam gemacht, nicht zuletzt unter Verweis darauf, dass "die vom IWF (und mittlerweile von der WTO) durchgesetzte Politik einer Deregulierung der Landwirtschaft und ‚Entbäuerlichung‘ die Abwanderung von überflüssigen landwirtschaftlichen Arbeitskräften in städtische Slums selbst dann noch beschleunigte, als die Städte aufhörten, ‚Jobmaschinen‘ zu sein" (Davis 2004).

These 3

China stellt demgegenüber die einzige oder zumindest die prominenteste Ausnahme dar. Rund 140 Millionen Bauern und Bäuerinnen, welche bereits durch Mechanisierung bzw. Kapitalisierung der Landwirtschaft ‚freigesetzt‘ wurden, finden dort in aller Regel dank des rasanten Wirtschaftswachstums ein Auskommen in den boomenden Küstenstädten – allerdings zu Bedingungen, wie sie hier zu Lande nur unter dem Schlagwort des Manchesterkapitalismus bekannt sind. „Sie werden alle in einen wahren Dschungel der Ausbeutung eingesaugt, wo ihr Arbeitsvermögen in Montagefabriken, exterritorialen Fertigungsinseln, Joint-Venture-Betrieben, gigantischen urbanistischen Neubauprojekten, Endfertigungszentren und Legionen von Zulieferer-Schwitzbuden verwertet wird" (Karl Heinz Roth 2005).

These 4

Es dürfte also deutlich geworden sein, wie grundverkehrt es ist, wenn der Kritik an der Zerstörung kleinbäuerlicher Existenzgrundlagen (projektiver) Romantizismus oder Ähnliches vorgehalten wird. Denn die damit einhergehende Landflucht endet – anders als seinerzeit in Europa – meist im (existentiellen) Nichts. Darauf weist etwa auch Samir Amin, Direktor des Dritte Welt Forums in Dakar, mit drastischen Worten hin: „Eine Forcierung der Kapitalisierung der Landwirtschaft wird nämlich nichts weniger als den sozialen Genozid der Hälfte der Menschheit nach sich ziehen. Für sie gäbe es keinen Platz mehr.“(Amin 2004)

These 5

Der Vollständigkeit halber sei noch erwähnt, dass sich in Europa ein ganz eigener Zusammenhang zwischen Flucht, Migration und Landwirtschaft herausgebildet hat. Denn das Preisniveau für landwirtschaftliche Produkte in der EU ist aus verschiedenen Gründen derart niedrig, dass landwirtschaftliche Betriebe oftmals nur überleben können, wenn sie ihren Angestellten absolute Hungerlöhne bezahlen – das ist in der ökologischen Landwirtschaft meist nicht anders als in den Treibhausplantagen Andalusiens oder den Orangenplantagen in Griechenland. Vor diesem Hintergrund sind (papierlose) MigrantInnen und Flüchtlinge nicht selten die Einzigen, die überhaupt dazu bereit sind, ihre Arbeitskraft zu derart miesen Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verkaufen – einfach deshalb, weil sie keine andere Wahl haben.

Gregor Samsa

Literatur: Amin, Samir. *Der kapitalistische Genozid*, 2004. vgl.: [www.materialien.org /agrar/SamirAmin.pdf](http://www.materialien.org/agrar/SamirAmin.pdf). | Azzellini, Dario, Kanzleiter, Boris (Hg.) *Nach Norden. Mexikanische ArbeitsmigrantInnen zwischen neoliberaler Umstrukturierung, Militarisierung der US-Grenze und amerikanischem Traum*. FFM. Berlin 1999. | Davis, Mike. *Planet der Slums*, 2004. vgl. [www.materialien.org /planet/Planetofslums.pdf](http://www.materialien.org/planet/Planetofslums.pdf) | Bryceson, Deborah u. A. (Hg.). *Dissappearing Peasantries? Rural Labour in Africa, Asia and Latin America*, Warwickshire 2000. | Moyo, Sam; Yeros, Paris (Hg.). *Reclaiming the Land. The Resurgences of Rural Movements in Africa, Asia and Latina America*, London 2005. | Roth, Karl-Heinz. *Der Zustand der Welt*, Hamburg 2005

Soja oder: Wie der Wald zur Wurst wird

Über die Rolle einer Pflanze im weltweiten Lebensmittelgeschäft

In den letzten 25 Jahren florierte die Sojaproduktion, und zwar nicht etwa, weil wir mehr Tofu essen, sondern weil Soja als Tierfutter in der Fleisch-, Eier- und Milchindustrie in Europa sowie zunehmend auch in China verwendet wird. Deutschland benötigt beispielsweise 4,7 Millionen Tonnen Soja, um den durchschnittlichen pro Kopf-Fleischverbrauch von 61,1 Kilo im Jahr zu decken. In Argentinien und Brasilien wuchs die jährliche Sojaproduktion zwischen 1974 und 2004 von 10,4 auf 83,4 Millionen Tonnen. In den letzten Jahren beschleunigte sich das Wachstum noch, insbesondere auch in Bolivien und Paraguay.

Die Probleme der großflächigen Sojaproduktion sind symptomatisch für die Globalisierung des Agrar- und Lebensmittelsystems und die Dominanz weniger transnationaler Unternehmen. Andere in Monokulturen angebaute Sorten wie Eukalyptus, Palmöl und Zuckerrohr haben vergleichbare Folgen.

Umweltprobleme

Die Explosion im Sojaanbau hat bereits Millionen Hektar Wald und Savanne in Soja-Monokultur-Wüsten verwandelt. Dadurch wurde wertvolle Biodiversität zerstört. Zudem verschmutzen die verwendeten Chemikalien Flüsse und benachbarte Gebiete. Mit der Einführung von genmanipulierter Soja steigt der Gebrauch von Pflanzenschutzmitteln weiter an. In Argentinien sind 99% der angebauten Sorten Roundup-Ready-Varianten von Monsanto. Diese sind resistent gegen das Herbizid Glyphosate (Monsantos Round-Up), das außer der Soja-Pflanze alle anderen Pflanzen vernichtet.

Seit der Einführung der genmanipulierten Sorten stieg der Verbrauch an Herbiziden in der Produktion von einem auf zehn Liter pro Hektar. In Paraguay liegt der Verbrauch sogar noch höher.

Bodenerosion durch Wasser und Wind wird durch die industrialisierte Landwirtschaft mit ihren Monokulturen und fehlendem Fruchtwechsel, d.h. der Anbau der immergleichen statt verschiedener Feldfrüchte, begünstigt. Im Schnitt gehen bei der Produktion von einem Kilo Sojabohnen zehn Kilo Boden verloren. Hinzu kommt die fortschreitende Entwaldung der Amazonasregion für die Landwirtschaft. Diese hat bereits solche Ausmaße angenommen, dass direkte Auswirkungen auf das Klima im Süden Brasiliens spürbar sind. In Europa war die Verfügbarkeit von billiger Soja einer der Faktoren für den Ausbau der industriellen Landwirtschaft und die Konzentration von Fleisch- und Milchproduktion in hafennahen Gebieten, also in den Niederlanden, Dänemark, Norddeutschland, aber auch in Spanien und Frankreich. Aufgrund des dadurch unterstützten massiven Überschusses an Dung und Tiermist haben diese Regionen mit der Verschmutzung von Böden, Grundwasser und Luft zu kämpfen. Außerdem verändert sich das Aussehen der Landschaft: Es dominiert der Anbau von Mais – das Getreide, das den meisten Dung ertragen kann – und kleinere Höfe weichen großen Fleischfabriken. Insgesamt kommt die UN-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft FAO in ihrem kürzlich erschienenen Bericht ‚Der lange Schatten der Tierhaltung‘ (Livestock’s long shadow) zu dem Schluss, dass die Fleischproduktion mehr zum Klimawandel beiträgt als der Verkehr. Diese Prozesse sind nicht einfach passiert, sondern sind Folgen politischer Entscheidungen. In der ‚Dillon Runde‘ des GATT (dem Vorläufer der WTO) kamen die USA und Europa 1962 überein,



Gerodete Waldflächen zum Soja-Anbau in Ostparaguay, Foto: Hermann Schmitz, Pro Paraguay Initiative

Einfuhrzölle auf ölhaltige Früchte wie Soja zu verbieten und die Subventionierung von Getreide in Europa zu erlauben. Für die europäische Landwirtschaft bedeutete das sowohl billige Proteine (Soja) als auch billige Kohlenhydrate (Getreide) – beide sind Zutaten für ein schnell wachsendes Stück Fleisch. Das Ergebnis war ein Anstieg der Futterimporte, der Fleischproduktion und des Fleischexports (einschließlich Dumping) in den Rest der Welt.

Repression, Arbeitslosigkeit und

Entvölkerung

In Lateinamerika wuchs die Sojaproduktion unter anderem darum so schnell, weil IWF und Weltbank die Länder in eine exportorientierte Wirtschaft trieben, damit sie ihre ‚Schulden‘ zurückzahlen konnten. Das Wachstum wurde durch die Schaffung riesiger neuer Plantagen ermöglicht, die wenigen Sojaproduzenten gehören. Ein Teil dieser Plantagen wurde in dafür eigens entwaldeten Gebieten errichtet, für andere Plantagen wurden Kleinbauern und -bäuerinnen vertrieben. Eine Sojaplantage im großen Stil braucht ein bis zwei Personen, um 400 Hektar Land zu bewirtschaften, während die gleiche Menge Land, divers und kleinräumig bewirtschaftet, schätzungsweise 80 Personen satt machen kann. Durch die wachsende Konzentration verlieren Tausende von LandwirtInnen ihr Einkommen und ziehen in die Slums der Großstädte. Dies geschieht nicht ohne Gewalt, denn viele Bauern und Bäuerinnen beharren auf die Rechte an dem Boden, auf dem ihre Familien oft schon seit Generationen lebten. Doch diese Rechte werden oft ignoriert. Die Bauern werden gezwungen, lächerlich kleine Abfindungen zu akzeptieren, und Großgrundstücksbesitzer benutzen ihre eigenen Milizen oder werden von Polizeikräften gestützt, um die Bauern einzuschüchtern und schließlich zu vertreiben. In Paraguay wurden in den letzten 17 Jahren über 100 bäuerliche AktivistInnen ermordet.

In Europa sind die Probleme vielleicht weniger dramatisch als in Südamerika, aber auch hier schafft die wachsende Größe der Fleischproduktion Probleme. In Ostdeutschland betreiben Investoren Ställe für Zehntausende von Schweinen. Damit können kleinere Betriebe nicht konkurrieren. Die BewohnerInnen dieser ländlichen Gebiete müssen in einer stinkenden Industriezone mit erhöhtem Verkehr für Futter, Dung und Tiere leben. Ähnliches geschieht in Ländern wie Polen und Rumänien.

Gesundheitsprobleme und der Verlust von Ernährungssouveränität

Die massive Verwendung von Herbiziden beeinträchtigt die Gesundheit der Arbeitenden auf den Sojaplantagen und der Menschen, die in der Umgebung wohnen. Oft schalten Flugzeuge ihre Sprühanlage nicht ab, wenn sie über ein Haus oder ein Dorf fliegen oder der Wind trägt die Chemikalien in die Nachbarschaft. In vom Sojaanbau geprägten Regionen liegen sowohl Krebs- als auch Todesraten weit über dem jeweiligen Landesdurchschnitt.

Die steigende Produktion von Exportprodukten wie Soja verdrängt zunehmend den Anbau von Nahrungsmitteln für die lokale Bevölkerung. So hat Argentinien früher Linsen, Bohnen, Obst und Gemüse für die eigene Bevölkerung und den Export angebaut, heute müssen diese Produkte importiert werden.

Achtung vor Tieren

In der industriellen Landwirtschaft werden Tiere als reine Ware angesehen, nicht aber als lebende Wesen. Sie sind nicht länger Nahrungsmittel oder Nährstoffquelle für den Menschen, sondern Produktionseinheiten, mit denen Geld zu machen ist. Die Größenordnungen sind dabei immens: Allein in den Niederlanden werden bereits vier Millionen Kühe, elf Millionen Schweine, 86 Millionen Hühnchen und anderes Geflügel, eineinhalb Millionen Schafe und Ziegen sowie viele Millionen Fische gehalten. Auch für Wildtiere hat die Produktion von Tierfutter zerstörerische Konsequenzen, wenn dafür Wald und Savanne gerodet werden und ihre Lebensräume durch Monokulturen und Herbizide zerstört werden.

„Survival of the fattest“

Die geschilderten Probleme der Fleischproduktion sind nicht losgelöst zu sehen von der Globalisierung der Landwirtschaft. Unternehmen werden größer und mächtiger, Aktienbesitzer und das kapitalistische Wirtschaftssystem zwingen Unternehmen dazu, ihre Kurzzeit-Profite zu maximieren, miteinander zu konkurrieren und dauerhaft zu wachsen. Händler fordern größere Lieferungen von den Höfen und die Mehrzahl der KonsumentInnen ist nicht bereit, einen fairen Preis für ihre Lebensmittel zu zahlen. Viele Landwirte gingen daher in den letzten Jahrzehnten bankrott, und der Konzentrationsprozess ist noch nicht am Ende.

Erbsen gegen die WTO

Kleine Betriebe und Kooperativen sollten unterstützt werden, z.B. durch faire Preise für ihre Produkte. Strenge Gesetze gegen Luft- und Wasserverschmutzung sollten die Wirtschaftsweise der Megafarmen erschweren. Die Einrechnung der Transportkosten in die Preise könnte kleineren Betrieben helfen, ihre Produkte in der Region abzusetzen. Neben der notwendigen Senkung des Verbrauchs an Milch- und Fleischprodukten gibt es auch Alternativen zu deren Produktion. So sollte Tierfutter nur lokal produziert werden. In Europa können Erbsen, Klee und Lupinen den Proteinbedarf für Menschen und Tierfutter decken, zumindest, wenn Europa den Fleischexport in andere Kontinente massiv einschränken würde. Doch das ist nicht im Sinne der derzeitigen Politik der Europäischen Union und der WTO. Deshalb benutzen Millionen Bauern und Bäuerinnen in der Welt schon seit Jahren den Slogan „WTO out of Agriculture!“, „WTO, Hände weg von der Landwirtschaft!“.



Aktion mit Transparent und „zivilen Inspektoren“ gegen den Tierfutter-Multi Provimi in Rotterdam 2005

Und was isst Du?

Letztendlich können wir selbst entscheiden, was wir essen. Es ist zwar schwierig, Gewohnheiten zu ändern und sozialem Druck von den Leuten um uns herum stand zu halten, aber jeder und jede kann aufhören, Fleisch zu essen oder wenigstens den eigenen Fleischkonsum drastisch reduzieren – gesünder ist das ohnehin. Genauso wichtig ist es, jahreszeitgemäß und regional einzukaufen sowie kleine Läden und Produzenten zu unterstützen. Um andere KonsumentInnen über die Folgen ihres Verhaltens aufzuklären, eignen sich beispielsweise rote Preisaufkleber mit dem Text „Die Produktion dieses Kilos Fleisch kostete 15 m² Regenwald und das Leben eines Bauern. Guten Appetit!“

Aktionen

Es braucht vieler Kampagnen und Aktionen, um die Fleischindustrie und das aktuelle Agrarsystem zu verändern. Im Süden sind bereits Millionen von Leuten aktiv. Wir sollten ihre Forderungen nach Land und Ernährungssouveränität unterstützen und ihre lokalen Kämpfe sowie die Gewalt, die gegen sie verwendet wird, hier in Europa bekannt machen. Und wir sollten die WTO und den Ort, wo die westlichen Regierungschefs ihre Politik weitertreiben wollen, die G8, stoppen!

Flip Vonk, A SEED Europe
Übersetzung: Johanna Jäger

Weiterführende Links:

Sojakampagne von A SEED: www.aseed.net/soy

FAO-Studie 'Livestock's long shadow': www.virtualcentre.org/en/library/key_pub/longshad/A0701E00.htm

La Via Campesina: www.viacampesina.org

Foro contra los Agronegocios: www.moviments.net/resistalosagronegocios

Plattform für Ernährungssouveränität: www.foodsovereignty.org

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL): www.abl-ev.de

Grupo de Reflexion Rural: www.grr.org.ar

Mehr Soja-Anbau – mehr Bauern im Gefängnis

Die Ausweitung des Soja-Anbaus in Paraguay

Seit dem Jahr 2000 haben sich die Sojamonokulturen in Paraguay auf 2,5 Mio. Hektar verdoppelt. Laut Belarmino Balbuena von der paraguayischen Bauernbewegung MCP (Movimiento Campesino Paraguayo) dominiert der Sojaanbau den gesamten Osten und das Zentrum des Landes, so dass außer im Chaco keine Gebiete mehr ohne Sojaanbau existieren.

Die Soja breitet sich aus – die Bauern wandern ins Gefängnis. Landarbeiter und indigene Völker mussten dem Soja weichen und werden zunehmend kriminalisiert: Zwischen 1994 und 2003 gab es mehr als 170 Fälle von Vertreibungen, 2004 stieg diese Zahl sprunghaft auf 66 im Jahr an. In den vergangenen 15 Jahren wurden über 6.000 Landarbeiter verhaftet; allein in den letzten Monaten wurden 46 wegen ihrer Beteiligung an Landkonflikten zu zwei bis vier Jahren Haft verurteilt. 2.800 Menschen sind im ganzen Land angeklagt. Schon eine Stellungnahme im Radio kann Anlass genug sein.

Laut Belarmino Balbuena vom MCP sind Sojaproduzenten in fast der Hälfte der mit Land in Zusammenhang stehenden Konflikte verwickelt. Unter den Sojaproduzenten finden sich

Brasilianer, Deutsche, Italiener sowie große transnationale Unternehmen wie Cargill, Dreyfuss und ADM. 2004 unterzeichnete Präsident Nicanor Duarte Frutos ein Abkommen mit Sojaproduzenten und Militär. Seither ist Gewalt gängiges Mittel bei den unangekündigten Vertreibungen, bei denen die Bezirksrichter, Polizei, Militär und das Paramilitär der Großgrundbesitzer kooperieren. Sie überraschen die Bauern in der Nacht und verhaften alle Familienmitglieder. Schießereien, Misshandlungen, Verhaftungen – selbst von Frauen, Kindern und Verwundeten – sind keine Seltenheit. So vertrieben am 20. Oktober 2005 etwa 50 Polizisten und bewaffnete Schläger, angeführt von Bezirksrichter Vidal Francia die Bewohner der Siedlung „3. Juni“ im Department Caazapá, brannten ihre 20 Hütten nieder und raubten zwei Motorräder. Die 250 Familien waren dort vor mehr als drei Jahren angesiedelt worden. Derartige Vertreibungen sollen ländliche Gemeinschaften abschrecken, von ihren legalen Ansprüchen auf Land Gebrauch zu machen.



Soja-Monokulturen in Pariri, Paraguay

INDERT verhält sich wie ein

Grundstücksmakler

Seit den 1960er Jahren führt Paraguay ein Landreformprogramm durch. Das INDERT (Instituto Nacional de Desarrollo Rural y de la Tierra, Nationales Institut für ländliche Entwicklung und Landfragen) soll die Enteignung unproduktiver und unrechtmäßig überschriebener Ländereien koordinieren. Stattdessen agieren seine Mitarbeiter wie Grundstücksmakler, die ihre Gehälter erhöhen, indem sie, gestützt von korrupten Bezirksrichtern, mit Land spekulieren.

Die INDERT-Beauftragten bieten den Bauern für das Verlassen ihrer Parzellen Geld an und arrangieren den Verkauf von Nutzungsrechten für Dritte – obwohl dies illegal ist. In der Hoffnung auf eine bessere Zukunft lassen sich viele Familien entschädigen und wandern in Städte ab, wo sie über die Jahre jedoch oft alles verlieren. Entweder ziehen sie dann als eine der zahlreichen landlosen Familien im Land umher oder emigrieren auf der Suche nach Arbeit.

Ihr Land wird von den meisten Käufern, oft bar zahlende Brasilianer, für den Sojaanbau verwendet. Doch es gibt Widerstand gegen den Verkauf der Landnutzungsrechte. Aktivisten der Landarbeiterorganisationen setzen sich dem Verlust ihrer Parzellen entgegen, prangern die Unrechtmäßigkeit an und reokkupieren Parzellen mit landlosen Familien.

Runder Tisch zu

verantwortungsbewusstem Sojaanbau

Die Umweltorganisation WWF initiierte den Runden Tisch zu verantwortungsbewusstem Sojaanbau (www.responsibleso.org), um bestimmte Gebiete vor der Soja-Expansion zu schützen. Allerdings hat ihre Strategie, eng mit der Sojaindustrie zu kooperieren, großes Misstrauen bei Bauerorganisationen erregt. Während des ersten Runden Tisches im März 2005 hielten rund 300 Menschen eine Gegenkonferenz ab. Auch der zweite Runde Tisch im August 2006 in Paraguay stieß auf die direkte Ablehnung von Bauernbewegungen und NGOs. In einer gemeinsamen Erklärung hielten sie fest, dass die „so genannte ‚verantwortungsbewusste‘ Sojaproduktion, die der Runde Tisch bewirbt, eine Illusion ist und die Geschäftsinteressen der transnationalen Unternehmen verschleiert. Hingegen ist sich die Öffentlichkeit zunehmend bewusst, dass es nationale und regionale ökonomische Alternativen gibt, die auf Demokratie, Beteiligung, Inklusion sowie sozialer, politischer, wirtschaftlicher und ökologischer Nachhaltigkeit beruhen.“ Auch die einzige teilnehmende ‚Kleinbauern‘-Organisation, die brasilianische FETRAF, verließ den Runden Tisch als ihr klar wurde, dass die für Kleinbauern bedeutenden Themen nicht behandelt wurden. Die Ausmaße der Sojaproduktion als ein Problem an sich wurden am Runden Tisch gar nicht erst diskutiert, die zunehmende Abhängigkeit von Soja wurde stillschweigend geduldet.



“Asentamiento“ – Campesinos besetzen Land in Paraguay, Foto: Hermann Schmitz, Pro Paraguay Initiative

Kleine Siege und neue Bedrohungen

Ziel müsste es dagegen sein, die Sojaexporte zu reduzieren, Ernährungssouveränität herzustellen und Landreformen durchzuführen. 2006 wurden auf diesem Weg zwei wichtige Fälle vor Gericht gewonnen. Im ersten Fall reklamierte die Gemeinde Tekojoja den illegalen Verkauf öffentlicher Ländereien an Sojabauern. Im zweiten Fall gewann Petrona Villasboa, die Mutter von Silvino Talavera, der im Januar 2003 starb, nachdem er zweimal von benachbarten Sojabauern mit Glyphosat besprüht wurde. Während der Gerichtsverhandlungen wurde ihre Familie durch die Sojabauern bedroht. Petronas Bruder Serapio verschwand im Mai 2006 und wurde zehn Tage später erstochen aufgefunden. Die Sojabauern haben nun Gefängnisstrafen abzusitzen.

Andererseits plant nun die Europäische Union, die Produktion und den Import von Biotreibstoffen massiv voranzubringen. Dies wird eine riesige Nachfrage nach Sojaöl, Palmöl (für Biodiesel) und Zuckerrohr (für Bioethanol) aus Argentinien, Brasilien und Paraguay nach sich ziehen, die wiederum eine weitere Ausweitung der Monokulturen bedeuten. Doch Via Campesina und Movimiento Agrario Popular del Paraguay (MAP) arbeiten zusammen mit den argentinischen Gruppen Grupo de Reflexión Rural (GRR) und Grupo de Apoyo Jurídico por el Acceso a la Tierra (GAJAT) mit Unterstützung der NGO Base Investigaciones Sociales (BASE-IS) an einer internationalen Kampagne, um die Menschenrechtsverletzungen, die sich in Paraguay infolge der Expansion des Monokultur-Anbaus von Soja ereignen, anzuprangern.

*Originaltext: Javiera Rulli
javierarulli@yahoo.com,
Grupo de Reflexion Rural
www.grr.org.ar*

*Übersetzung: Pro Paraguay Initiative e.V.
www.proparaguay.de*

Dieser Artikel ist eine gekürzte und überarbeitete Version von:
Immer mehr Soja-Anbau, immer mehr Bauern ins Gefängnis
– die Expansion von Sojaanbau in Paraguay,
<http://www.proparaguay.de/html/sojaanbau.html>.

Weiterführende Links:

A SEED: www.aseed.net

La Sojamata – Soy kills: www.lasojamata.org

Le soja contra la vie: www.sojacontrelavie.org

Justicia para Silvino Talavera: www.silvinotalavera.phy.ca

Fleischfabriken boomen – Umweltstandards sinken – BäuerInnen verschwinden

Die Erzeugung von Schweinefleisch in der EU wächst rasant. Doch während 21,3 Millionen Tonnen produziert werden, liegt der Verbrauch gerade bei 19,7 Millionen Tonnen. Das entspricht einer Überproduktion von knapp 10 Prozent. Um diese zu exportieren, stehen im EU-Etat jährlich rund 200 Millionen Euro an Exportsubventionen für Schweinefleisch bereit. Sie sind Ausdruck und Beweis für die Macht der Agrarlobby in Brüssel und Berlin.

Das globalisierte Schwein hat beim Kampf der Agrarlobby um Weltmarktanteile nichts zu Lachen. Es wird in riesigen Industrieställen oft zu Zehntausenden ohne Tageslicht und ohne Frischluft gehalten. Antibiotika und Zusatzstoffe verhindern, dass die Tiere unter diesen Bedingungen vorzeitig ableben. Sie fressen Futter, das auf dem Weltmarkt zusammengekauft wurde – ein großer Teil davon sind gentechnisch verändertes Soja und GVO-Mais. Dabei lehnen 80 Prozent der Konsumenten in Europa Gentechnik auf dem Teller ab. Unterdessen fressen sich die Sojaflächen immer weiter in den Regenwald und in andere fruchtbare Gebiete. Oft werden die dort lebenden Menschen vertrieben und in absolute Armut gedrängt.

Während Europa immer mehr Schweinefleisch exportiert, bleibt die Gülle hier. Schon jetzt sind unsere Flüsse, Seen und Küstengewässer überdüngt. Schon jetzt ist Massentierhaltung die Hauptursache für Waldschäden. Um dennoch die Schweinerei ausdehnen zu können, arbeitet die Agrarlobby in Brüssel und Berlin gezielt daran, für sie hinderliche Umweltgesetze auszuhebeln. Der Deutsche Bauernverband und die Schlachthofbetreiber, die oft die Exporteure sind, spielen dabei eine treibende Rolle. Die Bäuerinnen und Bauern in Eu-

ropa dagegen geben zunehmend die Schweinehaltung auf. Und schließlich zeigte der „Skavenarbeiter-Skandal“, dass für Billigfleisch im Discount-Regal oder Burger nicht nur beim Tier- und Umweltschutz, sondern auch beim Menschen (Arbeitsrecht) gespart wird: Der Branchenriese Tönnies beschäftigte über Leihfirmen osteuropäische Schlachthofarbeiter zu Hungerlöhnen und unter extrem ausbeuterischen Verhältnissen. Einige Konzernverantwortliche wurden dafür zwar verurteilt, doch die Geldstrafen fielen so gering aus, dass sie aus der Portokasse der Leiharbeitsfirma gedeckt werden konnten.

Wachsen oder Weichen – bis das Schwein pfeift

Die durchschnittliche Zahl der Schweine pro Halter ist in Deutschland von 1992-2003 um mehr als das Doppelte angestiegen. 1992 kamen auf jeden Halter durchschnittlich 90 Schweine, zehn Jahre später waren es schon 250. Im gleichen Zeitraum ging die Zahl der Schweine haltenden Betriebe von über 290.000 auf knapp 100.000 um 65 % zurück. Das Wachstum der Tierbestände und das Verschwinden der kleinen Höfe ist bei den Schweinehaltern demnach im rasanten Tempo vorangeschritten.

Im Zeitraum 2003 bis Mitte 2005 sind in Deutschland über 1,45 Millionen neue Schweineplätze beantragt und/oder genehmigt worden. Damit ist zu erwarten, dass die Schweinebestände in den nächsten Jahren ein neues historisches Hoch von 28 Millionen Tieren erreichen werden.



„Gülle-Tsunami“ im Kommen

Die geplanten Anlagen ballen sich im Weser-Ems-Gebiet. Über die Hälfte der zusätzlich beantragten und teilweise bereits genehmigten Schweinehaltungsanlagen werden hier gebaut. Bereits im letzten Jahrzehnt sind die Schweinebestände in diesem Gebiet um 15 % angewachsen, was zu entsprechend erhöhtem Gülle- bzw. Nährstoffanfall geführt hat. Die Probleme mit Nitratüberschüssen in dieser Region werden sich in den nächsten Jahren weiter verschärfen.

In Sachsen-Anhalt und Brandenburg sind Schweinemastanlagen mit einer Kapazität zwischen 75.000 und 95.000 Tierplätzen geplant. In unterschiedlichen Stadien der Planung befinden sich solche „Megaställe“ in Mahlwinkel (Ohrekreis), in Zerbst (Anhalt-Zerbst) und in Hassleben (Uckermark) mit jeweils über 80.000 geplanten Tierplätzen. Die größte Anlage ist mit 95.000 Mastplätzen in Allstedt (Sangerhausen) geplant. Dazu kommt eine Anlage mit 75.000 Tierplätzen in Plätz bei Goldbeck im Kreis Stendal. Bereits in Betrieb sind Großmastanlagen in Sandbeiendorf, in Nordhausen und in Vetschau mit jeweils 60.000 bis 65.000 Tierplätzen.

Großanlagen in dieser Dimension bringen ein Gülleentsorgungsproblem mit sich. Wegen fehlender Richtlinien für die Genehmigungsbehörden kommt es fortgesetzt zu einer systematischen Überdüngung stallnaher Flächen. In den betroffenen Regionen spricht man von einem „Gülle-Tsunami“. Insgesamt stagniert der Stickstoffüberschuss auf landwirtschaftlichen Nutzflächen auf hohem Niveau und führt somit kontinuierlich zu Nitratbildung und Nitratbelastungen im Grundwasser im ganzen Bundesgebiet.

Niedrige Umweltstandards locken

Schweinemäster nach Deutschland

Kleinere konventionelle Betriebe folgen hinsichtlich Futterimport und Gülleexport zunehmend den gleichen Prinzipien wie denen der großindustriellen Betriebe und sind daher nicht automatisch als vorteilhaft einzustufen. Gleichwohl haben Betriebe mit eigenem Flächenbesitz jederzeit die Möglichkeit, auf eine ökologische Schweinehaltung umzustellen. In Dänemark ist es daher vorgeschrieben, dass die Gülleflächen im Besitz der Schweinehalter sein müssen. Diese Standards wurden notwendig, als Dänemark zum weltweit größten Schweinefleischexporteur mit stark überdüngtem Gülleland avancierte. In Deutschland jedoch fehlt die Bindung der Tierhaltung an Flächenbesitz.

In den Niederlanden hat sich offenbar herumgesprochen, dass die Gülle-Entsorgung in Deutschland weit billiger ist

als in anderen EU-Ländern. Einige holländische Schweinefleischproduzenten haben deshalb ihre Schweine und ihre Güllerechte, die in den Niederlanden gehandelt werden können, verkauft und bauen mit dem Geld in Deutschland weit größere Anlagen.

Die Macht der Schlachtkonzerne

2006 beherrschten drei Schlachtkonzerne (Vion, Tönnies, Weltfleisch) über 60 Prozent des Marktes in Deutschland. Diese Konzentration in der Schlachthofbranche bedeutet mehr Macht für die Konzerne. So verändern sie die Qualitätsanforderungen nach Belieben. Ob ein Bauer die richtige Qualität geliefert hat, erfährt er oft erst nach Monaten. So wurden zwar 2006 Höchstpreise von 1,75 Euro je Kilogramm Schlachtgewicht notiert, aber das heißt noch lange nicht, dass Bauern und Bäuerinnen diesen Bestpreis auch bekommen.

Obwohl die Schlachthöfe nicht ausgelastet sind, bauen die Konzerne ihre Kapazitäten derzeit noch aus. Sie setzen dabei auf den Export. Ein Sog nach Schweinefleisch geht von Ländern wie Russland, Japan und China aus. Doch das Beispiel brasilianischer Fleischexporte zeigt, wie schnell so ein Exportmarkt zusammenbrechen kann: Nach dem Ausbruch der Maul- und Klauenseuche (MKS) in einigen Regionen Brasiliens stoppten viele Länder die Einfuhr brasilianischen Schweinefleisches. Die überwiegend neuen, industriellen Mästereien blieben auf ihrem Fleisch sitzen.

Der Konzentration auf Seiten der Schlachthöfe begegnen ProduzentInnen mit verschiedenen Strategien. Unternehmen mit gigantischen Schweineställen, die auf 60.000 Plätzen von der Sau über das Ferkel bis zum Schlachtschwein kostengünstig erzeugen können, suchen sich den Schlachthof, der gerade den besten Preis zahlt. Über 70 Prozent der Mastbetriebe in Deutschland halten aber weniger als 100 Schweine. Viele von ihnen setzen auf Erzeugergemeinschaften, um ihr Angebot zu bündeln.

Internationaler Grobvergleich der Erzeugungskosten für Schweinefleisch

Land	Euro/kg Schlachtgewicht
Brasilien	0,75 – 1,00
EU, China	1,15 – 1,40

Doch langfristig können bäuerliche Betriebe den Konkurrenzkampf um die internationale Kostenführerschaft mit ihren Investitionen in einige hundert oder wenige tausend Tierplätze und Erzeugergemeinschaften nicht gewinnen. Denn die Fleischerzeugung in Deutschland konkurriert zunehmend mit international agierenden Fleischkonzernen wie Smithfield. Der größte US-Schweinefleischkonzern erweitert gerade sein Produktionsfeld in den neuen EU-Mitgliedsländern wie Polen. In seinen Anlagen mit über 100.000 Schweineplätzen wird Fleisch für nur rund 0,90 Euro je kg Schlachtgewicht erzeugt.

Eine Weltmacht: Nachfrage der

VerbraucherInnen

Kleinbetriebe können den Kampf um den niedrigsten (Weltmarkt-) Preis nur verlieren. Aber den Streit um beste Qualität können sie gewinnen. Von 2003-2005 ist die Nachfrage nach Schwein aus alternativen Haltungen gestiegen. Die eindeutige Kennzeichnung der Produkte spielt dabei eine überaus wichtige Rolle. Um die Nachfrage nach Qualitätsfleisch aus konventioneller Haltung gezielt zu aktivieren, müssen Kunden zunächst am Produkt erkennen können, ob ein Tier zum Beispiel ohne gentechnisch veränderte Futtermittel aufgezogen wurde, ob es aus Qualzucht stammt, ob besonders tierfreundliche Haltungsverfahren eingesetzt wurden oder etwa nur Betonspalten. Doch dies ist bisher nicht der Fall. Nur bei Eiern gilt seit dem 1.1.2004 eine Kennzeichnungsregel, die Herkunft und Haltung auf jedem Schalen-Ei sichtbar werden lässt. Die Entwicklung der Nachfrage nach Eiern aus Nicht-Käfighaltungen schnellte nach Einführung der neuen Eier-Kennzeichnung sichtlich hoch. Viele Supermärkte und auch einige Discounter listeten Käfigeier sogar aus. Eine brauchbare Kennzeichnung gibt es sonst nur noch bei Bioprodukten. Auch hier sind die jährlichen Zuwachsraten von 10-15 Prozent besonders bemerkenswert, weil sie im Vergleich zu konventionellen Vergleichsprodukten kaum erworben werden.

Strategien der NGOs

Es gibt leider nicht den einen Hebel, um die Fleischindustrie zu stoppen, aber...

1. Wir können Fleischfabriken vor Ort stoppen: In Ostdeutschland haben Bürgerinitiativen und BUND-Gruppen in den letzten 2 Jahren mehr Mega-Schweinemästereien verhindert als gebaut wurden! Mit frühzeitigen Protesten, mit Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und mit Lobbyarbeit bei zuständigen BürgermeisterInnen und Genehmigungsbehörden wurden Investoren aus verschiedenen Gemeinden verjagt (Leitfäden für den Widerstand auf www.bund.net).

2. Agrarreform in Europa: Umwelt-, Entwicklungs-, Tierschutz- und Bauernorganisationen haben sich zusammengetan und kämpfen dafür, dass sofort alle europäischen Agrarsubventionen offen gelegt und umverteilt werden, und zwar zugunsten von einer flächendeckenden bäuerlichen Landwirtschaft, die neben Lebensmitteln auch sauberes Trinkwasser, Biodiversität, schöne Landschaften, artgerechte Tierhaltung und regionale Vermarktung sichert. Die NGOs fordern, die staatliche Alimentierung der exportorientierten Fleischindustrie und alle Exportsubventionen zu stoppen.



3. Umweltregeln in Deutschland und der EU beibehalten und verbessern: Weil der Umweltschutz die Agrarlobby mächtig ärgert und die Fleischindustrie beim Wachsen hindert, sollen die Gesetze für Emissionsschutz (gegen den Gestank der Massentierhaltungen), für Gewässerschutz, Artenvielfalt und Naturschutz abgeschafft oder ausgehöhlt werden. Viele Verbände arbeiten daran, diesen Trend mit Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit zu stoppen.

4. Kennzeichnung tierischer Produkte:
Wir müssen Druck auf die EU machen, damit es EU-weit Pflicht wird, auf jedem tierischen Produkt zu kennzeichnen

- ob das Tier mit gentechnisch veränderten Pflanzen gefüttert wurde
- aus welcher Tierhaltung das Produkt kommt
- in welchem Land das Tier aufgezogen wurde

5. Konsum umstellen: Fleisch, Eier, Milch auf dem Speiseplan reduzieren und aus Ökolandbau oder von Neuland-Höfen kaufen!

Reinhild Benning (BUND)

Christiana Schuler (BUND, Gendreck weg!, Attac AgrarNetz)

Der Artikel basiert auf der BUND-Studie „Fleischfabriken boomen – Umweltstandards sinken. Der Boom der Massentierhaltung in Deutschland und seine Folgen für die Umwelt.“

Weiterführende Links:

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft: www.abl.de

BUND-Studie Fleischfabriken boomen – Umweltstandards sinken. Der Boom der Massentierhaltung in Deutschland und seine Folgen für die Umwelt:

<http://www.bund.net/lab/reddot2/pdf/fleischfabriken.pdf>

La Via Campesina: www.via-campesina.org

Der internationale Pestizidmarkt: Profitable Gifte

Verzweifelte indische Bauern, die ihrem Leben ein Ende setzten, weil die Versprechungen der Pestizid- und Saatgutindustrie nach guten Ernten trügerisch waren. Als menschliche „Wracks im Plastikmeer“ beschriebene afrikanische Migranten, die ohne Rechte, Schutz und Zukunft in den spanischen Treibhausplantagen Pestizide auf den für unsere Supermärkte bestimmten Tomaten- und Paprikapflanzen ausbringen. Zehntausende Opfer des Unkrautvernichtungsmittels Paraquat, zu dem es kein Gegenmittel gibt, darunter Tausende, die durch Unfälle und Suizide daran einen qualvollen Tod sterben. Weitere Zehntausende von Arbeiterinnen und Arbeitern aus den Bananen- und Ananasplantagen Lateinamerikas, Asiens und Afrikas, deren Gesundheit und Zeugungsfähigkeit durch den Kontakt mit dem Wurmbekämpfungsmittel DBCP zerstört wurde und die in den letzten fünfzehn Jahren gegen die Chemie- und Bananenkonzerne zumeist ergebnislos vor Gericht gezogen sind. Äthiopische Dorfbewohner, die nicht nur dem üblen Geruch, sondern auch zahlreichen Gesundheitsgefährdungen der in ihren Gemeinden lagernden verrottenden Pestizidaltbestände ausgesetzt sind: Sie alle, die weltweiten Opfer des Pestizideinsatzes, werden vermutlich niemals einen Blick in die Studie „Pesticides and Humanity: The Benefits of Using Pesticides“ werfen, die der internationale Verband der Agrochemie und der Gentechnik, CropLife International, in Auftrag gab. Der Titel der CropLife-Studie mag angesichts ihrer Leiden als Verhöhnung vorkommen [1].

Der Kreislauf der Gifte

Vor mehr als 25 Jahren beschrieben erstmals die investigativen Journalisten David Weir und Mark Schapiro den „Pestizid-Boomerang“ bzw. den „Kreislauf der Gifte“: Die im Norden produzierten Gifte werden in die Länder des Südens exportiert und kehren als Rückstände in den mit Hilfe dieser Pestizide produzierten Nahrungsmittel zu uns zurück [2]. Die Tatsache, dass im Süden vor allem gefährliche Mittel zum Einsatz kommen, die zum Teil in den Industrienationen verboten sind, und weitgehend ohne die erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen ausgebracht werden, ist mit verantwortlich für die hohen Zahlen an Pestizidvergiftungen und Todesfällen in Entwicklungsländern. Diese Zahlen sind seit Jahren ein Politikum. Noch immer gelten mangels neuerer Schätzungen die globalen Angaben aus der ersten Hälfte der 90er Jahre, nach denen die Anzahl der Pestizidvergiftungen zwischen 3,5 und 25 Millionen Fällen jährlich liegen, von denen 20.000 bis 40.000 im Jahr tödlich enden [3]. Die Internationale

Arbeitsorganisation (ILO) schätzt, dass Pestizidvergiftungen für 14 Prozent aller berufsbedingten Erkrankungen und für 10 Prozent aller Todesfälle in der Landwirtschaft verantwortlich sind [4]. Weltweit werden jedoch viele Pestizidvergiftungen gar nicht als solche wahrgenommen. So zum Beispiel in Mittelamerika. Dort werden Schätzungen zufolge bis zu 98 Prozent der Pestizidvergiftungen nicht erkannt [5].



Flugzeug versprüht Pestizide auf einem Sojafeld im Amazonas,
Foto: ©Daniel Beltra/Greenpeace

Die Vergiftungen betreffen nicht nur jene, die Pestizide selbst anwenden. Alle Familienmitglieder können betroffen werden, etwa wenn ihre Unterkünfte dem Sprühnebel ausgesetzt sind, wenn die Sprühgeräte zu Hause gelagert und gereinigt werden oder wenn leere Pestizidbehälter der Aufbewahrung von Wasser oder Lebensmittel dienen. Schwerwiegende Gesundheitsprobleme werden auch dadurch hervorgerufen, dass in Entwicklungsländern bzw. in Armutregionen vor allem ältere, und deshalb billigere und giftigere Mittel zum Einsatz kommen. Fehlende Informationen über die Gefährlichkeit der Pestizide, keine oder nur eine mangelhafte Ausbildung im Umgang mit gefährlichen Stoffen und auch ein Mangel an angemessener Schutzkleidung sind mit dafür verantwortlich, dass sich in der Dritten Welt überproportional viele Pestizidvergiftungen ereignen. Während nur ein Viertel des globalen Pestizidmarktes auf die Entwicklungsländer fällt (vergleiche Tabelle 1), sind dort die Gesundheits- und Umweltprobleme dennoch am schwerwiegendsten.

Seit im Jahre 1962 Rachel Carsons Klassiker „Der stumme Frühling“ über das Verschwinden der Vögel durch massive Pestizidsprühungen veröffentlicht wurde, sind zahlreiche weitere Umweltauswirkungen bekannt geworden. Pestizide belasten alle Umweltmedien. Sie sind im Boden, im Wasser und in der Luft nachgewiesen worden, sie sind ubiquitär vorhanden und haben inzwischen über Wind und Wasser auch

Regionen erreicht, in denen sie niemals eingesetzt wurden. Sie reichern sich über Nahrungsketten an, und sie treffen nicht nur vermeintliche Schädlinge, sondern auch Nutzpflanzen und Nutztiere sowie die wildlebende Flora und Fauna.

Tabelle 1: Globaler Pestizidmarkt nach Regionen (2005)

Region	Umsatz (in Mio. US-\$)	Wachstum zu 2004
NAFTA (Kanada, USA, Mexiko)	7792	3,00%
Latein-Amerika	5348	-2,30%
Asien	7772	2,10%
Europa	9119	1,20%
Mittlerer Osten / Afrika	1209	9,10%
Summe	31190	1,50%

Quelle: CropLife International 2006

Hinter dem massiven globalen Pestizideinsatz steckt eine agrochemische Industrie mit hoher Marktkonzentration. Sechs Firmen dominieren mit einem gemeinsamen Marktanteil von rund 80 Prozent den mehr als 30 Milliarden US-Dollar umfassenden Pestizidmarkt: Zu den beiden deutschen Unternehmen Bayer und BASF gesellen sich die US-Firmen Dow, DuPont und Monsanto, hinzu kommt das Schweizer Unternehmen Syngenta (vgl. Tabelle 2). Der Markt hat sich in den letzten Jahren stark verdichtet, dafür werden vor allem die hohen Entwicklungskosten verantwortlich gemacht, die nur noch wenige Unternehmen aufbringen können. Vorreiter sind deutsche, schweizer, aber auch amerikanische Firmen. Firmen wie Hoechst, Schering, Ciba-Geigy,

Sandoz, Shell, ICI, Union Carbide, die noch in den achtziger Jahren die Riege des Weltmarktes der Agrargifte anführten und für zahlreiche Pestizidskandale sorgten, sind inzwischen nicht mehr in diesem Geschäftsbereich aktiv und durch Aufkäufe in andere Unternehmen aufgegangen. Gleichzeitig wurde das Saatgutgeschäft integriert und hin zu global beherrschenden Marktpositionen ausgebaut. Die derzeitigen sechs Pestizidmarktführer haben inzwischen auch ein Viertel des Saatgutmarktes unter Kontrolle und stellen vermutlich bis zu 95 Prozent des kommerziellen gentechnisch-veränderten Saatguts her (vor allem Monsanto). Letzteres soll nach den Werbeaussagen der Firmen mit weniger Pestiziden auskommen, was jedoch durch zahlreiche Studien widerlegt ist.



Illegale Deponie in Almeria (Spanien), auf der Kanister mit Pestizidresten, Chemikalien, Plastikplanen und vergammeltes Gemüse lagert.
Foto: ©Angel Garcia/Greenpeace

Tabelle 2: Umsatz der sechs führenden Pestizidunternehmen (2005)

Rang	Unternehmen	Hauptsitz	Mio. US-\$
1	Bayer	Deutschland	6960
2	Syngenta	Schweiz	6307
3	BASF	Deutschland	4123
4	Dow	USA	3364
5	Monsanto	USA	3042
6	DuPont	USA	2302

Quelle: Agrow No 500 (21 July 2006)

Konzerninteressen und Patente

CropLife International, der internationale Interessenverband der global agierenden Pestizidfirmen und der in der pflanzlichen Gentechnik aktiven Industrie, besetzt geschickt Begriffe und Ereignisse für seine Interessen. Mit „Working together for sustainable agriculture“ beschreibt er recht blumig seine Aufgabe und okkupiert den Begriff „Nachhaltige Landwirtschaft“. Internationale UN-Jahrestage wie der Tag der Umwelt, der Tag des Wasser, der Welternährungstag oder der Tag der Rechte des geistigen Eigentums werden von CropLife International benutzt, um auf die vermeintlichen Segnungen des Pestizideinsatz hinzuweisen. Zum Thema Patente, sprich Schutz der Rechte des geistigen Eigentums, hat CropLife International mehre Positionspapiere verfasst und unter anderem die Welthandelsorganisation (WTO) aufgefordert, Forderungen nach der verpflichtenden Herkunftsangabe von genetischen Material oder nach der Berücksichtigung von Umweltabkommen im Handelsrecht nicht stattzugeben.

Alternativen sind vorhanden

Die Existenz der modernen ökologischen wie auch der traditionellen pestizidfreien Landwirtschaft beweist, dass eine Nahrungsmittelproduktion auch ohne den Einsatz von synthetischen Pestiziden möglich ist (siehe dazu auch www.oisat.org). Gleichzeitig versuchen internationalen Regelungen, die Auswüchse des Pestizideinsatzes zu begrenzen. Mit der Rotterdam Konvention (PIC Konvention) liegt ein Instrument zur Begrenzung des internationalen Handels mit gefährlichen Pestiziden vor. Länder haben danach das Recht, die Einfuhr von bestimmten gefährlichen Pestiziden zu verbieten. Die Stockholm Konvention (POPs Konvention) ist eine international verbindliche Regelung zur weltweiten Beseitigung von extrem gefährlichen Dauergiften, zu denen ausgewählte Pestizide wie DDT und Dieldrin sowie Industriechemikalien wie PCBs, Dioxine und Furane zählen. Die Basler Konvention regelt die grenzüberschreitenden Transporte gefährlicher Abfälle und deren Verwertung sowie Entsorgung. Das älteste und umfassendste Instrument ist der Pestizid-Verhaltenskodex der FAO, der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen. Der Pestizid-Verhaltenskodex enthält seit 1985 umfassende Vorgaben für den Umgang mit Pestiziden, deren Durchsetzung jedoch bisher mit viel zu wenig Nachdruck erfolgt, obwohl alle, auch zum Beispiel NGOs oder Nahrungsmittel-Konzerne aufgerufen sind, für die Implementierung des FAO-Verhaltenskodex Sorge zu tragen. Das kann sich ändern. Unter www.fao-code-action.info gibt es Tipps, um aktiv zu werden.

Anmerkungen und Literatur

[1] Siehe u. A die Artikelserie „Seeds of Suicide“ des indischen Journalisten P. Sainath unter www.indiatogether.org/2004/jul/psa-seeds1.htm und den Artikel Jürgen Knirsch: Exportierte Unfruchtbarkeit Sterilität und Mißbildungen durch das Wurmgift DBCP, in BUKO-Agrar-Dossier Nr. 22 (2000), S. 33 – 38. | [2] Siehe David Weir with Mark Schapiro & Terry Jacobs: *The Boomerang Crime*. In: Mother Jones, November 1979 und David Weir & Mark Schapiro: *Circle of Poison. Pesticides and People in a Hungry World*. Institut for Food and Development Policy, San Francisco, 1981. | [3] Siehe UNEP & FAO: *Public health impact of pesticides used in agriculture*. UNEP, FAO, 1990; J. Jeyaratnam: *Acute pesticide poisoning: a major global health problem*, in: *World Health Statistics Quarterly* 43(3), 139-144, 1990; *International Labour Office: World Labour Report 1994*. Geneva, 1994. | [4] *International Labour Conference: Safety and Health in Agriculture [88th Session 2000, Report VI (1)]*. Geneva, 1999. | [5] Murray D, Wesseling C, Keifer M, Corriols M, *Surveillance of pesticide-related illness in the developing world: putting the data to work*, in: *International Journal of Occupational and Environmental Health* 8(3):243-8, 2002.

Carina Webe, Pestizid Aktions-Netzwerk (PAN)
Jürgen Knirsch, Greenpeace

Weiterführende Links:

Pestizid Aktions-Netzwerk (PAN)

www.pan-germany.org

www.pestizidreduktion.de

www.pan-international.org

Greenpeace

www.greenpeace.de/themen/chemie/pestizide_lebensmittel/

www.greenpeace.org/international/campaigns/toxics

Internationale Organisationen

Erährungs- und Landwirtschaftsorgansiation der Vereinten Nationen (FAO)

www.fao.org/ag/AGP/AGPP/Pesticid/Default.htm

Weltgesundheitsorganisation (WHO)

Agrochemicals, health and environment – directory of resources (WHO)

www.who.int/heli/risks/toxics/chemicals/en/index.html

PIC, POPs und Basler Konvention

www.pic.int; www.pops.int; www.basel.int

Pestizid-Lobby

national - Industrieverband Agrar e.V.: www.iva.de

europäisch - European Crop Protection Association (ECPA): www.ecpa.be

international - CropLife International: www.croplife.org

42 Von ‚Ernährerinnen der Welt‘ und flexiblen Arbeitskräften im Agro-Exportsektor – Geschlechtergerechtigkeit als Ausgangspunkt einer kritisch-feministischen Perspektive auf globale Landwirtschaft

Grundnahrungsmittel wie Weizen, Reis und Mais werden weltweit hauptsächlich von Frauen produziert. Schenkt man den Zahlen Glauben, so sind es in Afrika und der Karibik 80 Prozent, in Asien 60 Prozent und in Lateinamerika immerhin noch 40 Prozent der einheimischen Lebensmittel, für deren Herstellung Frauen verantwortlich sind. Es ist wichtig, die geschlechterspezifische Schieflage in der Größe und Ausrichtung landwirtschaftlicher Tätigkeiten zu erkennen. Dass Frauen in ihrer Funktion als ‚Ernährerinnen der Welt‘ durch Handelsregeln und -praktiken, die sich negativ auf die lokalen Märkte auswirken, besonders getroffen sind, während Männer von der Exportexpansion profitieren, greift allerdings genau so kurz für eine kritische Analyse globaler Landwirtschaft wie das Bild vom bösen Norden, der den armen Süden ausbeutet. Das von Fraser ausgearbeitete Konzept der Geschlechtergerechtigkeit, das auf den Zusammenhang von materieller ‚Umverteilung‘ und kultureller ‚Anerkennung‘ verweist, soll im Folgenden als Ausgangspunkt einer kritisch-feministischen Perspektive auf globale Landwirtschaft dienen.

Die Dichotomie „männliche Cashcrop-Produktion versus weibliche Subsistenzlandwirtschaft und Nahrungsmittelanbau“ kann die Komplexität geschlechtlicher Arbeitsteilung in der Landwirtschaft nicht erfassen. Bestimmte Tätigkeiten beziehungsweise unterschiedliche Feldfrüchte werden oftmals ausschließlich als männlich oder weiblich projiziert. Der sozial und symbolisch konstruierte Charakter dieser Zuschreibungen wird dadurch deutlich, dass sie regional unterschiedlich sind und ständigen Prozessen der Aushandlung und Reinterpretation unterliegen. Dabei muss die Zuschreibung bestimmter Tätigkeiten als Männer- oder Frauendomäne sich nicht mit der tatsächlich in diesem Bereich geleisteten Arbeit decken. Beispielsweise wurden trotz vorherrschender Frauenarbeit im Kaffee- und Tabaksektor nach Einführung der kommerziellen Landwirtschaft in Kenia durch die Kolonialmächte diese Produkte nie als „weiblich“ angesehen.



Mühle, in der der Mais gemahlen wird, um die typischen Tortillas (Maisfladen) herzustellen, eine Mädchen- oder Frauenaufgabe dreimal am Tag (El Salvador).

Kulturelle Konstruktionen von Männlichkeit und Weiblichkeit sind somit grundlegend für die Entstehung und das Fortbestehen ungleicher Machtverhältnisse zwischen den Geschlechtern.

Problematisch ist bei den Zuschreibungen von ‚männlich‘ und ‚weiblich‘, dass sie mit gesellschaftlichen Wertungen verbunden sind, die wiederum über den Zugang zu materiellen Ressourcen sowie wie über die eigene Verhandlungsmacht bestimmen.

Viele Tätigkeiten von Bäuerinnen und Landfrauen wie Tierzucht, Gartenbau oder Aktivitäten im landwirtschaftlichen Familienbetrieb werden der Reproduktionssphäre zugerechnet und deshalb nicht als ‚Arbeit‘ anerkannt. So werden auf Grund von Fremd- und Selbstzuschreibungen der Großteil ländlicher Bewohnerinnen im Süden statistisch als ökonomisch inaktive ‚Hausfrauen‘ erfasst. Weibliche Arbeit im Agrarsektor wird demnach grundsätzlich unterschätzt. Dies hat dramatische Auswirkungen, wenn das erklärte Ziel ist, durch die Einbindung bislang ‚unproduktiver‘ Menschen in den Akkumulationsprozess, den wirtschaftlichen Ertrag zu steigern. Die von Weltbank und Internationalem Währungsfonds (IWF) seit den 1980er Jahren geförderte Strategie, Kleinbäuerinnen und -bauern über Vertragsarbeit in globale landwirtschaftliche Wertschöpfungsketten einzubinden, stützt sich vor allem auf diese ‚unsichtbare‘ weibliche Arbeit. Durch das Outsourcing der Erzeugung landwirtschaftlicher Güter in kleinbäuerliche Betriebe in Ländern der Peripherie kann das Agrobusiness Produktionsrisiken auf diese abwälzen. Patriarchale Gesellschaftsstrukturen erlauben es außerdem, dass sich Agrarunternehmen unbezahlte Familienarbeit von Frauen und Kindern aneignen. So werden z.B. im Meru-Distrikt in Kenia über 90 Prozent der Verträge für den Obst- und Gemüseanbau mit Männern abgeschlossen. Dies geschieht nicht etwa, weil die Unternehmen davon ausgehen, dass Männer die eigentlichen Bauern seien. Vielmehr nutzen sie bewusst die Tatsache aus, dass sie über den Vertragsabschluss mit Männern Zugriff auf weitere Arbeitskraft und Land haben. Frauen sind schon deshalb von den Verträgen ausgeschlossen, weil sie meist nicht über formelle Landtitel verfügen. Dies bedeutet für sie, dass sie für die Bezahlung solcher auf Vertragsbasis geleisteter Arbeit für das Agrobusiness auf die Zuteilung durch den männlichen ‚Haushaltsvorstand‘ angewiesen sind.

Grundsätzlich sind die positiven Auswirkungen einer Kommerzialisierung kleinbäuerlicher Betriebe über Vertragsarbeit zu hinterfragen. Die Verflechtung kapitalistischer und patriarchaler Strukturen bewirkt, dass Frauen bei dem stattfindenden Austausch „Geld gegen Arbeitskraft“ zusätzlich benachteiligt werden. Für den Bohnenexportsektor in Kenia beispielsweise erhalten die Frauen für 72 Prozent der Arbeit gerade einmal 38 Prozent des Einkommens.

Schon lange weist die feministische Forschung in diesem Zusammenhang auf die Tatsache hin, dass die Beziehungen innerhalb eines Haushalts von ungleichen Machtverhältnissen geprägt sind. Entwicklungsmodelle, die den Haushalt als geschlossen handelnde Entität annehmen, verschleiern deshalb mögliche Auswirkungen in Bezug auf Umverteilung und Anerkennung zwischen den Haushaltsmitgliedern.



Kaffeernte in El Salvador. Wenn sie Glück haben, bekommen die KaffeepflückerInnen 1 US-Dollar pro gefüllten Korb gezahlt.

Weniger die Sorge um Geschlechtergerechtigkeit als die Erfahrung, dass vielfach Projekte zur Produktionssteigerung an Konflikten zwischen Männern und Frauen scheiterten, hat inzwischen auch Mainstream-ÖkonomInnen dazu gebracht, ihre Scheu zu überwinden, in die Haushalte hinein zu schauen. Besorgt wird von weltbanknahen AutorInnen geschätzt, dass auf Grund von ineffizienter Faktorallokation innerhalb der Haushalte zehn bis fünfzehn Prozent des Outputs verloren gehe. Gender-Normen können nämlich bewirken, dass Landstücke, die Frauen gehören, weniger intensiv bewirtschaftet werden als Land, das von Männern kontrolliert wird. Durch diese ‚verfehlte‘ Allokation von Produktionsfaktoren sinke die Effizienz. Ganz anders als das ideale nutzenmaximierende Individuum, das für Cash bringende Exportproduktion sofort die nörgelnden Kinder und den unproduktiven Gemüsegarten sich selbst überlässt, handeln Menschen anders, vor allem wenn sie weiblich sozialisiert wurden. Insgesamt wurde erkannt, dass Frauen auf Grund ihrer Verantwortung für die Reproduktionsarbeit oft nicht in der Lage sind oder keine materiellen Anreize haben, zusätzliche Arbeit in Tätigkeiten zur Exportproduktion zu stecken. Die häufig geforderte ‚Gendersensibilität‘ von Entwicklungsprojekten läuft in diesem Zusammenhang Gefahr, vor allem auf eine bessere Verwertung weiblicher Arbeitskraft zu zielen.

Wo wirtschaftliche Restrukturierungen zusammen mit gesellschaftlichen Geschlechternormen dazu führen, dass Frauen auf dem Lande bessere Verdienstmöglichkeiten haben, kann es zu Umbrüchen im Geschlechterverhältnis kommen. Die

wirkmächtige Norm des männlichen Ernährers nicht mehr erfüllen zu können, erleben Männer häufig als Krise. Das Einkommen von Frauen wird dann nicht unbedingt als willkommenen Beitrag begrüßt, sondern als Bedrohung empfunden.

Die Einbindung von Kleinbäuerinnen und -bauern in die globale Landwirtschaft geschieht nicht nur über Vertragsarbeit, sondern auch über Lohnarbeit in industrieähnlicher Agrarproduktion. Ein wichtiger wiederum von Weltbank und IWF geförderter Trend in Afrika, Lateinamerika und zunehmend auch in Asien ist hierbei der Anbau so genannter nicht-traditioneller Agrarexportgüter (NTAEs) wie Frischobst, Gemüse und Schnittblumen für den europäischen und nordamerikanischen Markt. Wie im Textilsektor sind die globalen Wertschöpfungsketten für NTAEs buyer-driven, das heißt, sie werden von einer Handvoll mächtiger Käufer, in diesem Falle Supermärkte in Nordamerika und Europa, kontrolliert. Als das schwächste Glied in den globalen Wertschöpfungsketten profitieren die SaisonarbeiterInnen in den Produktionsländern wenig vom Exportboom. In Chile machte beispielsweise bei kernlosen Trauben die Produktion Mitte der 1990er Jahre elf Prozent der Kosten aus, wovon fünf Prozent auf Löhne fielen. Exporteure, Importeure und der Einzelhandel im Norden erhielten hingegen 28 bis 35 Prozent des Geldes.

Für die NTAEs kann eine ähnliche Feminisierung der Beschäftigung festgestellt werden wie für die auf Lohn basierende Veredelungsindustrie ein paar Jahre zuvor. Frauen stellen etwa 60 bis 80 Prozent der Arbeitskraft in diesem schnell wachsenden Sektor. Ähnlich wie in der Textil- und Elektroindustrie, werden vom ‚Agrobusiness‘ den Frauen zuträgliche Eigenschaften zur Erreichung der Produktionsziele zugeschrieben. Wie der Vorsitzende der Kenianischen Gemüseexporteure sagte: „Women are better bean pickers. Their hands are smaller and they have more patience for the work than the men“.



Kaffeebohnen und Faust. Wandgemälde in der staatlichen Universität in San Salvador, El Salvador.

Welche Auswirkungen die bezahlte weibliche Beschäftigung im Agrarexportsektor auf Geschlechterrollen hat, lässt sich nicht pauschal beantworten, sondern hängt stark vom jeweiligen Kontext ab. Innerhalb einer kapitalistischen Logik argumentierend fällt es schwer, abzuwägen, ob Billigjobs durch ihre teils katastrophalen Arbeitsbedingungen angesichts mangelnder Alternativen zu begrüßen oder abzulehnen sind. Für Frauen stellen sie teilweise die einzige Möglichkeit zur Lohnarbeit dar. Ein eigenes Einkommen bedeutet dabei gewöhnlich gesteigerte Verhandlungsmacht innerhalb des Haushaltes und trägt zur Emanzipation der Frauen bei. Andererseits zeigen die vorhandenen Untersuchungen auch, dass selbst wenn Frauen einen bedeutenden Anteil zum Haushaltseinkommen beitragen, alte Rollenmuster männlicher Dominanz und weiblicher Zuständigkeit für reproduktive Tätigkeiten wie Haushalt und Kinder sich nicht oder nur sehr langsam ändern. Im Agrarexportsektor sind die negativen Aspekte der Lohnarbeit besonders schwerwiegend. Pestizideinsatz, niedrige Bezahlung und saisonaler Charakter der Beschäftigung führen zu gesundheitsschädlichen und prekären Arbeitsverhältnissen.

Doch nicht nur im Süden werden Menschen für das Agrobusiness ausgebeutet. Auch im Lebensmittelhandel in Nordamerika und Europa arbeiten Menschen unter prekären Bedingungen. Eine Studie, die den Weg von Tomaten von den Feldern in Mexiko bis in die Supermärkte und Fast-Food-Ketten in Kanada verfolgt hat, zeigt, dass die große Mehrzahl temporärer Arbeitskräfte in Kanada Frauen sind, die sich mit den selben Problemen wie niedrige Löhne und unsichere Arbeitsverhältnisse konfrontiert sehen wie die Arbeiterinnen in Mexiko.

Angesichts dieser verheerenden Bilanz landwirtschaftlicher Massenproduktion ist es verständlich, wenn kleinbäuerliche

Subsistenzlandwirtschaft immer wieder als Gegenmodell und Widerstandsform gepriesen wird. Dagegen lässt sich allerdings einwenden, dass es kaum (mehr) autark agierende Subsistenzbäuerinnen und -bauern gibt. Bielefelder SoziologInnen zeigten schon in den 1970er Jahren, dass ‚traditionelle‘ Subsistenzlandwirtschaft keinesfalls ein Relikt aus vorkapitalistischer Zeit ist, sondern funktionaler Bestandteil des kapitalistischen Akkumulationsregimes. Das ‚weibliche‘ Festhalten an Subsistenzproduktion und das Ersinnen vielfältiger Strategien der Existenzsicherung sollte dabei weder romantisiert noch essentialisiert werden. Eine kritisch-feministische Perspektive muss auch die kleinbäuerliche Idylle hinterfragen. Denn nicht erst die oben beschriebene Vertrags- oder Lohnarbeit im Agrarsektor wirft Fragen der Umverteilung und Anerkennung innerhalb eines ländlichen Haushalts auf.

Dies darf nicht als ein Plädoyer missverstanden werden, Frauen stärker an den ‚Gewinnen‘ einer zunehmenden Kommerzialisierung landwirtschaftlicher Produktion zu beteiligen. Auch geht es bei der Frage zur Rolle von kleinbäuerlicher Landwirtschaft und Subsistenzproduktion in Zeiten eines globalen Kapitalismus nicht darum, die „armen Frauen“ zu schützen, deren Arbeit so wichtig ist, um die Ernährung der Welt sicher zu stellen.

Vielmehr stellt sich aus kritisch-feministischer Perspektive die übergeordnete Frage des Verhältnisses von Reproduktion und Produktion und wie wir unsere Ernährung organisieren wollen. Wenn man davon ausgeht, dass aktuelle Entwicklungsmodelle patriarchale Strukturen funktionalisieren, so kann Geschlechtergerechtigkeit innerhalb des bestehenden Systems nicht verwirklicht werden.

Helen Rupp

Literatur: Arbeitsgruppe Bielefelder Entwicklungssoziologen (1981): *Subsistenzproduktion und Akkumulation*, Breitenbach, Saarbrücken, Fort Lauderdale. | Bee, Anna (2000): *Globalization, grapes and gender: Women's work in traditional and agro-export production in northern Chile*, in: *The Geographical Journal*, 166 (3), 255-265. | Carr, Marilyn, Martha Alter Chen und Jane Tate (2000): *Globalization and home-based workers*, in: *Feminist Economics*, 6 (3), 123-142. | Dolan, Catherine (2001): *The ‚good wife‘: struggles over resources in the Kenyan horticultural sector*, in: *Journal of Development Studies*, 37 (3), 39-70. | Dolan, Catherine (2005): *Benevolent intent? The development encounter in Kenya's horticulture industry*, in: *Journal of Asian and African Studies*, 40 (6), 411-437. | Fraser, Nancy (2003): *Soziale Gerechtigkeit im Zeitalter der Identitätspolitik: Umverteilung, Anerkennung und Beteiligung*, in: N. Fraser und A. Honneth, *Umverteilung oder Anerkennung? Eine politisch-philosophische Kontroverse*, Frankfurt am Main, 13-128. | García-Frías, Zoraida (2005): *La igualdad de género y la agricultura en la época de la globalización económica*, in: *Land reform, land settlement and cooperatives* (2), 40-48. | Liepins, Ruth (1998): *The gendering of farming and agricultural politics: a matter of discourse and power*, in: *Australian Geographer*, 29 (3), 371-388. | Manji, Ambreena (2003): *Capital, labour and land relations in Africa: a gender analysis of the world bank's policy research report on land institutions and land policy*, in: *Third World Quarterly*, 24 (1), 97-114. | Udry, Christopher, John Hoddinott, Harold Aldermann und Lawrence Haddad (1995): *Gender differentials in farm productivity: implications for household efficiency and agricultural policy*, in: *Food Policy*, 20 (5), 407-423. | Wiggerthale, Marita (2004): *Ernährungssicherheit und Agrarhandel im Kontext der WTO: eine Einführung*, November 2004. www.fairer-agrarhandel.de

Biokraftstoffe – Chance oder Schande für die globale Landwirtschaft?

Die Verbrennung fossiler Rohstoffe in Automotoren und Heizwerken forciert den Klimawandel mit bekannten katastrophalen Folgen für Mensch und Natur. Der globale Hunger nach Öl und anderen fossilen Brennstoffen ist dagegen ungebremst und wird vor allem durch die aufstrebenden Wirtschaftsmächte China und Indien weiter zunehmen.

Die Sorge um den Klimawandel und um die zukünftige Energie-Versorgungssicherheit hat den Biokraftstoffen als scheinbar wichtigste Alternative zum Mineralöl einen ungeheuren Boom beschert. Sie gelten als sauber, weil nur das CO₂ verbrannt wird, was vorher auf landwirtschaftlicher Fläche durch den Anbau nachwachsender Rohstoffe fixiert wurde. Zudem sind viele Protagonisten der Meinung, dass die Landwirtschaft durch den Anbau nachwachsender Rohstoffe stark profitieren wird. In den Industrieländern ergäben sich alternative Einkommensmöglichkeiten für Landwirtinnen und Landwirte und die ärmeren Länder könnten als wichtige Kraftstoff- oder Rohstoffexporteure aufsteigen, somit ihre wirtschaftliche Entwicklung vorantreiben und die Armut bekämpfen. So verwundert es nicht, dass die EU in ihrer Energiepolitik auf Biokraftstoffe setzt. Bis zum Jahre 2010 will sie 5,75% ihres Kraftstoffbedarfs durch „Biofuels“ decken.

Trotz dieser vermeintlichen Chancen hat sich in den letzten Jahren eine Protestfront aus Umweltaktivisten, Globalisierungskritikern, Menschenrechtsorganisationen und bäuerlichen Zusammenschlüssen gegen die Biokraftstoffe formiert. „Kein Kahlschlagdiesel in den Tank“, „Menschen ernähren, nicht Autos!“ und ähnliche Überschriften geben Aufschluss über das immense Konfliktpotenzial, was dem Boom der Biokraftstoffe innewohnt. Zuletzt richteten sich brasilianische NGOs in einem offenen Brief an die EU, in dem sie auf die verheerenden Folgen der von der Union gepushten Biofuels für Umwelt und Ernährungssouveränität hinweisen.

Ungebremster Flächenhunger

Wenn von Biokraftstoffen die Rede ist, sind heute vorwiegend Biodiesel und Bioethanol gemeint. Biodiesel wird aus ölhaltigen Anbaupflanzen wie Soja, Raps, Palmöl und Jatropha verestert, wodurch ein Äquivalent zu Dieselmotorkraftstoff entsteht. Bioethanol wird hingegen durch Vergärung zucker- und stärkehaltiger Pflanzen wie Zuckerrohr, Mais und Getreide gewonnen. Dieser kann herkömmlichem Ottokraftstoff, also Benzin und Super, beigemischt werden.

Anders als Mineralöl, das man tief aus dem Erdboden zutage fördert, werden für Biokraftstoffe Anbauflächen für die nachwachsenden Rohstoffe benötigt. Doch Fläche ist knapp. Für die meisten Länder in Europa zeigen Studien, dass nicht

einmal das von der EU anvisierte Ziel, 5,75% des Kraftstoffbedarfs durch Biofuels zu decken, auf europäischen Flächen erreicht werden kann – ganz zu schweigen von größeren Anteilen. Zudem lassen sich die höchsten Energieerträge pro Hektar Landfläche ohnehin am besten in Äquatornähe produzieren, allen voran mit Zuckerrohr und Palmöl. Die USA brauchen für die gleiche Menge hergestellten Ethanol aus Mais fast doppelt so viel Fläche (5 Mio. ha) wie Brasilien, das Zuckerrohr verwendet (2,7-3 Mio. ha). Die Kosten sind in den südlichen Ländern nicht zuletzt aufgrund der Billiglöhne geringer als bei Anbaukulturen wie Raps und Getreide, die in Europa zur Biokraftstoffherstellung angebaut werden.

Ambitionierte Biofuel-Ziele bedeuten, dass Biomasse importiert werden muss und damit die Flächenbeanspruchung Europas im Rest der Welt erheblich wachsen wird. Berechnungen zeigen, dass die EU 15 schon heute ein Fünftel zusätzliche landwirtschaftliche Fläche im Ausland nutzt, um die eigenen Bedürfnisse zu befriedigen. Um das Ziel von 5,75% Biofuels-Anteil zu erreichen, müsste diese Flächenbeanspruchung auf rund 30% ansteigen.

In den zukünftigen Exportländern wittert man nun das große Geld und fühlt sich schon als „Bio-OPEC“ der Zukunft. Brasilien plant beim Zuckerrohr eine Ausweitung der Anbaufläche von derzeit 6 auf 9 Mio. ha bis 2014. Beim Soja sollen die Anbauflächen sogar von derzeit 22 Mio. ha auf 100 Mio. ha ausgeweitet werden. Dabei verfügt Brasilien derzeit insgesamt nur über 60 Mio. ha Ackergesamtfläche.

Hehre Ziele verfolgt auch Indonesien mit dem Ausbau der Palmölplantagen für die Biodieselproduktion. Heute stehen auf 5 Mio. ha Ölpalmen, 1985 waren es noch 600.000 ha. Bereits in der Planung befinden sich weitere 20 Mio. ha. Auch viele afrikanische Länder wie Mali, Senegal, Südafrika und Tansania bauen bereits Energiepflanzen an.

Doch der pikante Cocktail aus wachsendem Druck, für Mineralölersatz zu sorgen, den Devisenträumen der potenziellen Exporteure von Biokraftstoffen und dem weit verbreiteten Öko-Image von Ethanol und Biodiesel hat verheerende soziale und ökologische Konsequenzen.

Paradiesische Bedingungen für das Agrobusiness

Beim Anbau von nachwachsenden Rohstoffen kommt es vor allem darauf an, den Biomasseertrag zu steigern und den Energiegehalt der Pflanzen zu erhöhen. Dazu werden in hohem Maße Düngemittel und Pestizide eingesetzt, und es wird in riesigen Monokulturen angebaut – insbesondere bei Soja, Mais und Zuckerrohr. Der Anbau nachwachsender Rohstoffe folgt also den gleichen Prinzipien industrialisierter

Landwirtschaft wie beispielsweise die Futtermittelproduktion, die zu Umweltverschmutzung, Landdegradierung und Landenteignungen führt. Zudem ist die Verarbeitung der Energiepflanzen ebenso wie der Handel in der Regel stark zentralisiert. Das ermöglicht Konzernen, Preise zu kontrollieren und Druck auf kleinere Erzeuger aufzubauen. Doch damit nicht genug. Konzerne wie BP, DuPont und Syngenta wittern ihre Chance, mit den nachwachsenden Rohstoffen der Gentechnik zum Durchbruch zu verhelfen. Allein BP investiert eine halbe Milliarde Dollar in die Erforschung genetisch veränderter Rohstoffe zur Herstellung von Biodiesel.

Flächenkonkurrenz und Landkämpfe

Die Futtermittelimporte aus den Ländern des Südens, die den reichen Ländern ihren hohen Fleischkonsum sichern und in den Exportländern Hunger und Armut hervorrufen, werden nun von Biomasseexporten zur Stillung des Energiehungers im Norden ergänzt. Auf makabre Art und Weise stehen sich seit dem Boom der Energiepflanzen verstärkt zwei Grundbedürfnisse gegenüber: Energie gegen Ernährung.

Der Kampf um die Fläche führt schon jetzt zu Landkonflikten und Widerstandsbewegungen. In Indonesien sind 40 Mio. indigene Bewohner von Landenteignungen bedroht. Große Ölpalmsfirmen schrecken vor Schmiergeldern und Gewalt nicht zurück, um an wertvollen Regenwald und Ackerland zu kommen. Doch die Gebiete werden von der indigenen Bevölkerung bewohnt, das Land ist ihre Existenzgrundlage. Die Landkämpfe in Indonesien nehmen stetig zu.

In Brasilien versucht die Regierung Lula da Silva, kleinbäuerliche Strukturen mit einem Biodieselprogramm in die Biokraftstoffproduktion mit einzubinden, um Konflikte zu entschärfen. Den Kleinbäuerinnen und Kleinbauern werden finanzielle Unterstützungen für den Anbau von Rizinus und

Palmen angeboten. Doch trotz der Subventionen kann der klein strukturierte Rizinusanbau mit der Massenware Soja nicht konkurrieren. Die sozialen Bewegungen Brasiliens befürchten deshalb, dass durch das Biodieselprogramm die Einkommens- und Bodenkonzentration und damit die Landflucht zunehmen und die Produktion von Grundnahrungsmitteln abnehmen wird.

Vom Klimaretter zum Klimakiller

Auch die ökologischen Vorzüge der Biokraftstoffe sind höchst umstritten. Je nach Anbaubedingungen, Produktionsverfahren, Transportentfernungen und Effizienzgrad der Verbrennungsmotoren kann die CO₂-Bilanz von Biokraftstoffen auch negativ ausfallen. Das heißt, dass mit dem Energieverbrauch bei der Herstellung und dem Einsatz von Dünger und Pestiziden, dem Maschinenaufwand während des Anbaus und Transportes mehr CO₂ in die Luft emittiert werden kann, als vorher durch die Pflanzen festgesetzt wurde. Die CO₂-Bilanz fällt uferlos ins Negative, wenn das Land, auf dem die Energiepflanzen angebaut werden, gerodet oder abgebrannt wird. In Indonesien wird für Palmölplantagen nicht nur Regenwald verbrannt, sondern es werden auch gigantische Moore entwässert, auf denen der Regenwald fußt. Allein durch die Trockenlegung der Moore geraten für eine produzierte Tonne Palmöl 10-30 Tonnen CO₂ in die Atmosphäre. Werden diese Gebiete auch noch abgebrannt, sind die Emissionen um ein Vielfaches höher. Tatsächlich machen illegale Brandrodungen für Palmölplantagen den größten Teil der Waldbrände in Indonesien aus. Es ist davon auszugehen, dass große Agrarkonzerne für viele Brände verantwortlich sind.



In Indonesien, Borneo und Malaysia wird im zunehmenden Maße wertvoller Regenwald für Palmölplantagen gerodet und abgebrannt.

Foto: Marcel Silvius

Biofuels zur Hölle?

Unter diesen Bedingungen fällt es schwer, Biokraftstoffen überhaupt etwas Positives abzugewinnen. Dennoch wäre eine pauschale Ablehnung zu voreilig, denn fast alle Länder des Südens sind genauso abhängig von Erdölimporten wie große Teile der westlichen Welt. Unter dem Anstieg des Ölpreises leiden diese Länder aufgrund ihrer geringen Finanzkraft ungleich mehr, denn auch dort ist Erdöl der Grundstoff der Mobilität und wird häufig in einem stärkeren Maße als bei uns zur Erzeugung von Elektrizität verwendet.

Eine grundsätzliche Verteufelung der Biokraftstoffe würde Chancen verbauen, die Ressource Biomasse umweltschonend und in weniger zentralisierten Strukturen wie es derzeit der Fall ist, zu nutzen. Aufgrund der Vielfältigkeit der Anbauprodukte sind Feld- oder Waldbewirtschaftungen denkbar, die regionale Wertschöpfungen erhöhen und keine Konkurrenz zum Nahrungsmittelanbau darstellen. Ein Beispiel ist die Verwendung von Öl aus Kokosnusspalmen. Hieraus lässt

sich Biodiesel herstellen, was kleine Inselstaaten in Ozeanien bereits hilft, unabhängiger von teuren Erdölimporten zu werden, die teilweise mehr als ein Viertel der gesamten Importkosten ausmachen. Anders als die gängigen Massenkulturen ist die Kokosnuss eine weitgehend nachhaltig genutzte und vielfältig verwendbare Ressource der Äquatorialländer.

Ein anderes Beispiel ist Jatropha, eine Pflanze, die in trockenen Gebieten und auch auf degradierten Böden wächst, wodurch ungenutztes Land für die landwirtschaftliche Produktion kultiviert werden kann. Ähnlich wie die Kokospalme zeichnet sich Jatropha durch eine Vielzahl von Nutzungsmöglichkeiten aus. In vielen Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas laufen Projekte zu umwelt- und sozialverträglichem Anbau von Jatropha.

Und eines darf im Gesamtkontext nicht vergessen werden: Auch wenn die meisten Entwicklungstendenzen der Biokraftstoffe derzeit katastrophal sind – wer es mit dem Klimaschutz ernst meint und das Autofahren nicht gänzlich verbieten will, sollte sich bemühen, Alternativen zum Mineralölverbrauch im gleichen Atemzug mit der Fundamentalkritik zu Biokraftstoffen zu äußern, so schwer dies auch ist...

Timo Kaphengst (attac Agrametz)

Weiterführende Links:

Biofuel Watch: www.biofuelwatch.org.uk/index.php

Informationen zur Jatropha-Pflanze: www.jatropha.de

Friends of the Earth-Studie zu Ölpalmlantagen:

www.foe.co.uk/resource/reports/greasy_palms_summary.pdf

Offener Brief brasilianischer NGOs an die EU:

www.regenwald.org/news.php?id=568

Dick im Geschäft

Die Rolle des Agrobusiness in der globalisierten Landwirtschaft

„Wir sind das Mehl in eurem Brot, der Weizen in den Nudeln, das Salz auf den Fritten. Wir sind das Getreide in den Tortillas, die Schokolade im Dessert, der Zucker im Erfrischungsgetränk. Wir sind das Öl im Saladdressing und das Rind, Schwein und Huhn, das ihr zum Abendbrot esst. Wir sind die Baumwolle in eurer Kleidung, das Gewebe in Eurem Teppich und der Dünger auf eurem Feld.“

Aus einer Broschüre des US-Agrarhandelskonzerns Cargill, 2001

Bis ein landwirtschaftliches Produkt den Weg zu den VerbraucherInnen findet, durchläuft es viele Stationen der Wertschöpfungskette. Das erste Glied umfasst alle Produktionsmittel, d.h. Land, Maschinen, Saatgut oder Pestizide- und Düngemittel. Darauf folgen Anbau und Ernte, Weiterverarbeitung, Verpackung, Handel und Vermarktung bis die Produkte schließlich zum Konsum angeboten werden. In all diesen Gliedern der Nahrungsmittelkette haben sich seit den 70er Jahren gewaltige Konzentrationsprozesse vollzogen. Heute kontrollieren wenige transnationale Konzerne alle Phasen – vom Gen bis zum Supermarktregal.

Wer die Saat hat, hat das Sagen

So dominieren Monsanto und DuPont 65% des weltweiten Markts für kommerzielle Maissaat und 44% des Sojasaatguts. Die sechs Marktführer bei Pestiziden – Bayer, Syngenta, BASF, Dow, Monsanto und Dupont – machen 71% dieses Markts unter sich aus.

Diese Marktmacht nutzt das Agrobusiness, um die Preise für seine Produkte in die Höhe zu treiben. So mussten indische BäuerInnen für den Anbau von Monsantos genmanipulierter Baumwollsorte „Bt Cotton“ bis zu 300% mehr zahlen als für traditionelle Sorten. Und das, obwohl die Ernte häufig weniger ergiebig war. Insbesondere im globalen Süden, wo es keine Einkommensstützungen gibt, führen solche höheren Produktionskosten zu Verschuldung. Die Bt-Baumwollregion in Indien nennen Tageszeitungen aufgrund der zahlreichen Selbstmorde verschuldeter BäuerInnen inzwischen nur noch die „Killing Fields“.

Cargill, Nestlé & Co.

Auch im weltweiten Handel haben sich gewaltige Konzentrationsprozesse vollzogen. „Wenn jemand Getreide verkaufen möchte, hat er wirklich keine andere Wahl als zu uns zu kommen“ – so hat ein Manager des Konzerns Cargill dessen Macht einmal auf den Punkt gebracht. Tatsächlich können ProduzentInnen weltweit zwischen immer weniger Käufern wählen: Vier Firmen verarbeiten 75% des Maises, 62% des Weizens und 80% der Sojabohnen.

Konzerne in der Agrar-Wertschöpfungskette

Branche	Aktivität	Global Player
Agrochemie- & Saatgutkonzerne	Produktion von Saatgut, Pestiziden, Düngemittel & anderen Inputs	Monsanto, Du Pont, Syngenta, Bayer, Dow, BASF
Verarbeitende Industrie & Händler	Erwerb & Erstverarbeitung von Agrarprodukten, Handel	Cargill, ADM, Tyson, Louis Dreyfus, Bunge
Weiterverarbeitende Nahrungsmittelindustrie	Produktion von Lebensmitteln für Konsum; Markenentwicklung	Nestlé, Kraft Foods, Unilever, PepsiCo, ADM
Einzelhandel	Verkauf an KonsumentInnen	Wal Mart, Carrefour, Metro, Tesco, Aldi, Lidl

Ein ähnliches Bild bietet sich bei Kakao: In der Elfenbeinküste wickeln Konzerne wie ADM, Barry Callebaut und Cargill 95% der Exporte der braunen Bohne ab. Weiterverarbeitet wird der Kakao dann überwiegend von einer Handvoll Multis wie Nestlé, Mars, Hershey, Kraft Jacobs Suchard und Cadbury Schweppes. Die weiterverarbeitende Industrie ist also ebenso in der Hand von wenigen Global Playern.

Wo es Importe zum Schnäppchenpreis gibt, lassen die Multis die heimischen ProduzentInnen links liegen. Oder sie zwingen sie, jeden Preis zu akzeptieren, egal wie niedrig. Das ist ein Grund, warum das bäuerliche Einkommen weltweit sinkt – in den USA um fast 50% zwischen 1996 und 1999, in Großbritannien um ca. 75% allein zwischen 1998 und 1999. Den VerbraucherInnen kommen die niedrigen ErzeugerInnenpreise aber häufig nicht zugute. Beispiel Mexiko: Seit Inkrafttreten des nordamerikanischen Freihandelsabkommens NAFTA sind hier die Preise für

Mais um über 70% gefallen. Tortillas, die aus Mais hergestellt werden, kosten aber fast dreimal so viel – unter anderem aufgrund der Profitabschöpfung der mexikanischen Monopolisten GIMSA und MINSa.

Grenzenlos billig? Die Macht der Supermärkte

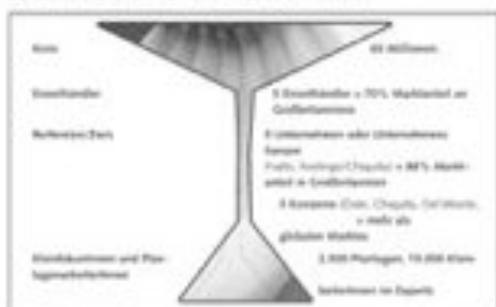
Einzelhandelsketten tragen ebenso dazu bei, dass die Preise für Agrarprodukte sinken. Discounter wie Aldi und Lidl haben sich in den letzten Jahren im Kampf um Marktanteile gegenseitig mit Dumping-Milchpreisen unterboten. Die Kosten wurden größtenteils auf die BäuerInnen abgewälzt. Die Preise, die sie von den Molkereien bekommen, decken oft noch nicht einmal die Produktionskosten. So erhalten sie durchschnittlich nur 27,7 Cent für den Liter Milch, die Erzeugerkosten liegen aber bei 32 Cent pro Liter. Ein ähnlicher Preiskrieg trieb in Großbritannien die Bananenpreise nach unten (siehe Box: Alles Banane?).

Alles Banane? – Der krumme Handel mit der gelben Frucht

Fünf Konzerne – Chiquita, Dole, Del Monte Fresh Produce, Noboa und Fyffes – kontrollieren 80% des weltweiten Bananenhandels. Vom Anbau über Ernte und Aufbereitung bis zu Verpackung und Transport dominieren sie alle Glieder der Wertschöpfungskette. An deren Ende entscheiden ebenso wenige Supermarktketten, zu welchem Preis die Frucht in den Einkaufswagen landet. In Großbritannien haben ihre Preiskriege den Ladenpreis für ein Kilo Bananen von 1,08 £ Mitte 2002 auf 0,74 p im Sommer 2004 gedrückt.

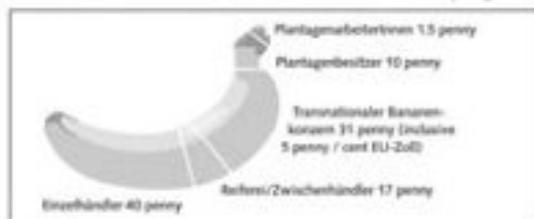
Die Folge sind niedrigere Preise an die Lieferanten und LandarbeiterInnen. Beispiel Costa Rica: Dort fielen die Tagelöhne für ArbeiterInnen auf Bananenplantagen von 12-15 £ im Jahr 2000 auf 7-8 £ drei Jahre später. In ihren Taschen landen gerade einmal 1,5% des Ladenpreises. Zusammen mit den Einnahmen der Großgrundbesitzer bleiben nur 12% in den produzierenden Ländern. Den Löwenanteil kassieren Supermärkte, verarbeitende Industrie und internationale Handelsunternehmen.

Grafik 2: Marktbeherrschung durch Konzerne: Der Bananenhandel von der Karibik nach Großbritannien



Marktbeherrschung durch Konzerne. Der Bananenhandel von der Karibik nach Großbritannien

Grafik 3: Das Bananensplit - Wie viel von 1,00 £ Verkaufswert ecuadorianischer Bananen verbleibt bei den einzelnen Gliedern der Wertschöpfungskette?



Quelle: Verby (2003): 12

Das Bananensplit – Wieviel von 1 £ Verkaufswert ecuadorianischer Bananen bleibt in den einzelnen Gliedern der Wertschöpfungskette?

Wie in den anderen Gliedern der Agrar-Wertschöpfungskette erklärt sich die Macht einiger weniger Konzerne im Einzelhandel durch Konzentrations- und Internationalisierungsprozesse seit den 80er Jahren. Die vorläufige Bilanz der „Wal Martisierung“ der Welt: Ein Drittel der weltweit verkauften Lebensmittel geht in den 30 größten Einzelhandelsketten über die Ladentheke. In Europa verkaufen sie bis zu 83% aller Lebensmittel. In Lateinamerika haben sie ihren Anteil am Verkauf von 10-20% im Jahr 1990 auf 50-60% im Jahr 2000 gesteigert.

Um Profit und Marktanteile zu erhöhen, setzen Einzelhandelsriesen wie Wal Mart oder Metro neben niedrigen Löhnen auf geringe Preise für ihre Lieferanten. Dabei gilt: Je größer die Kette, desto niedriger die Preise. So ist der weltgrößte Konzern, Wal Mart, in der Lage, Lebensmittel im Durchschnitt 14% billiger anzubieten als die Konkurrenz – bis diese irgendwann die Preissenkungen mitmacht. Dieser Preisdruck wiederum wird an die anderen Glieder der Wertschöpfungskette weitergegeben und forciert Konzentrationsprozesse bei Nestlé & Co.



Aktion gegen Lidl in Saarbrücken

Box: Lidl und die Menschenrechte

Seit fast einem Jahr heben Beschäftigte ohne Betriebsräte bei dem Discounter Lidl auch fair gehandelte Produkte von den Paletten. Sie räumen in manch unbezahlter Überstunde Transfair-Produkte in Regale und ziehen sie an der Kasse unter Akkordzwang über den Scanner. Produkte wie Schokolade, Rohrzucker, Orangensaft, Kaffee und Bananen sind unter der Lidl-Eigenmarke „Fairglobe“ eingelistet. Dies ist das Ergebnis eines Kooperationsvertrags zwischen TRANSFAIR, dem Verein zur Förderung des Fairen Handels mit der Dritten Welt e.V., und Lidl, dem deutschen Trendsetter in punkto Menschenrechtsverletzungen am Arbeitsplatz.

Der Handelsgigant aus Neckarsulm verstößt systematisch gegen Artikel 23, Absatz 4 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948. Hierin heißt es: „Jeder hat das Recht, zum Schutze seiner Interessen Gewerkschaften zu bilden und solchen beizutreten.“ Bei Lidl ist dies nicht der Fall. Betriebsratsgründungen werden verhindert und existierende Betriebsräte zerschlagen. Ver.di führt deshalb eine Kampagne gegen das Imperium des Dieter Schwarz und zog vor Gericht. Die Einhaltung der Menschenrechte bei Lidl konnte aber bis heute nicht durchgesetzt werden.

2005 startete auch das Netzwerk Attac mit Unterstützung der Fair-Handelsorganisation BanaFair, der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft AbL und der entwicklungspolitischen NGO Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung WEED eine Kampagne gegen Lidl. Die gemeinsame Kritik richtet sich gegen die Beschaffungspolitik des Konzerns. Lidl kauft riesige Mengen an Aktionswaren oder auch Lebensmitteln ein und kann durch seine starke Einkaufsmacht den Zulieferern quasi die Preise und Lieferzeiten diktieren. Diese akzeptieren die Preise aus Angst, ausgelistet zu werden und geben den Preisdruck in der Wertschöpfungskette nach unten ab. So wird Lidl für Menschenrechtsverletzungen entlang der Wertschöpfungskette mit verantwortlich. Und dafür, dass sich die Strategie „billig auf Kosten der Beschäftigten“ insgesamt im Einzelhandel durchsetzt. Die Einlistung einiger Fair-Trade-Produkte wird den gravierenden Problemen, die Lidl mit der Einhaltung von Menschenrechten hat, aus zwei Gründen nicht gerecht: Erstens ändert sich dadurch nichts an der generellen Beschaffungspolitik von Lidl. Zweitens verlangt TRANSFAIR selbst in Anlehnung an die ILO-Konventionen die Assoziationsfreiheit der Beschäftigten in der Produktion. Wenn diese Produkte nun von Frauen verkauft werden, denen selbst die Gründung von Betriebsräten verboten wird, führt dies den TRANSFAIR-Ansatz ad Absurdum. Denn hier stößt die Universalität der Menschenrechte an den Toren eines Einzelhandelsunternehmens an seine Grenzen.

*Sarah Bormann
Mitarbeiterin von WEED, www.weed-online.org, www.pcglobal.org*

The winner takes it all – Profite auf Kosten der bäuerlichen Landwirtschaft

Die Dominanz einiger Konzerne in der Nahrungsmittelkette ermöglicht ihnen enorme Profite. Da viele Konzerne ihren Sitz in Industrieländern haben und ein Großteil der Rohstoffe im Süden produziert wird, bedeutet ihr Profit eine Umverteilung von Ressourcen von Süd nach Nord. Zudem werden im großen Stil Ressourcen von den ProduzentInnen in die anderen Glieder der Wertschöpfungskette transferiert (siehe Box: Alles Banane?). So landeten in den USA 1997 gerade einmal 7 Cent von jedem Dollar, der für Nahrungsmittel ausgegeben wurde, in den Taschen der Farmer. 1910 lag dieser Anteil noch bei 40 Cent.

Vom Aussterben bedroht: kleinbäuerliche Landwirtschaft in Nord und Süd

Für Kleinbauern und -bäuerinnen wird es immer schwerer, überhaupt Zugang zur Wertschöpfungskette des Agrobusiness zu bekommen. Um Kosten zu sparen, reduzieren Nahrungsmittelindustrie und Einzelhandel die Zahl der ProduzentInnen, von denen sie ihre Ware beziehen. Die Übrigen müssen regelmäßig große Mengen einer breiten Produktpalette liefern und Standards z.B. bei Hygiene oder Verpackung einhalten. Diese Ansprüche kann nur erfüllen, wer große Mengen produzieren und die notwendigen Investitionen tätigen kann. So haben in Kenia die Auflagen europäischer Supermärkte dazu beigetragen, die Exportproduktion in den Händen weniger Großproduzenten zu konzentrieren.

Im Norden wie im Süden werden Kleinbauern und -bäuerinnen so aus der Produktion verdrängt, während immer größere Höfe immer mehr produzieren. So verlor die Hälfte der in der Landwirtschaft Beschäftigten in Europa zwischen 1980 und 2001 ihren Job. Gleichzeitig wird der Kostendruck, den Nahrungsmittelindustrie und Einzelhandel auf ihre LieferantInnen ausüben, an die ArbeiterInnen auf Plantagen und Feldern weitergegeben.

Durchkapitalisierung der Landwirtschaft

Die Dominanz des Agrobusiness in der Agrar-Wertschöpfungskette verdeutlicht zweierlei: Erstens ist der Weltagrarmarkt ein oligopolistischer Markt, in dem Bauern und Bäuerinnen ebenso wenig zu melden haben wie LandarbeiterInnen. Wenige Konzerne eignen sich hier den Löwenanteil des Mehrwerts an. Das weist, zweitens, auf die fortschreitende Durchkapitalisierung der Landwirtschaft hin. Immer weniger Menschen arbeiten als Subsistenzbauern und -bäuerinnen, sondern sind als doppelt freie ArbeiterInnen im marxischen Sinne formell dem Kapital unterworfen – ob als LandarbeiterInnen, DienstleisterInnen in den global cities oder in Maquilas.

Doch auch, wenn die Dominanz des Agrobusiness viel mit den kapitalistischen Zwangsgesetzen der Konkurrenz zu tun hat – politische Weichenstellungen haben den Aufstieg dieser Industrie gefördert und abgesichert. Zu nennen sind hier nicht nur die globale Durchsetzung von Eigentumsrechten durch Verträge wie das TRIPS-Abkommen der Welthandelsorganisation und die Liberalisierung von Handels- und Investitionspolitiken, sondern auch die Subventionsregime von USA und EU, die systematisch dem agro-industriellen Komplex in die Taschen gewirtschaftet haben. Der Kampf gegen das Agrobusiness und für eine nicht-kapitalistische Landwirtschaft ist damit immer auch ein Kampf gegen politische Regulierungen, die darauf zielen, das Modell einer allein an Kapitalakkumulation ausgerichteten Landwirtschaft weltweit durchzudrücken.

Pia Eberhardt

Der Text ist eine gekürzte und überarbeitete Version eines Kapitels der Broschüre „Dick im Geschäft. Agrarhandelspolitik im Dienste des Agrobusiness“, die bei WEED (www.weed-online.org) erschienen ist.

Weiterführende Links

Agribusiness Accountability Initiative

<http://www.agribusinessaccountability.org/bin/view.fpl/1194.html>

Action Aid (2005): Power Hungry. Six reasons to regulate global food corporations.

http://www.actionaid.org/documents/power_hungry.pdf

Bormann, Sarah/ Deckwirth, Christina/ Teepe, Saskia (2005): Grenzenlos Billig? Globalisierung und Discountierung im Einzelhandel, Berlin

http://www2.weed-online.org/uploads/grenzenlos_billig.pdf

FAO (2004): The state of agricultural commodity markets, Rom

<ftp://ftp.fao.org/docrep/fao/007/y5419e/y5419e00.pdf>

Vorley, Bill (2003): Food, Inc. Corporate Concentration from farm to consumer, London.

<http://www.ukfg.org.uk/docs/UKFG-Foodinc-Nov03.pdf>

BäuerInnen gegen Agromultis

Die Agrarexport- und Subventionspolitik der EU

Ob in der Presse, in der Wissenschaft oder am Stammtisch – es wird viel geschimpft über die europäische Agrarpolitik: „Es geht nicht an, dass in einer Industriegesellschaft über die Hälfte des EU-Haushalts für Landwirtschaft ausgegeben wird“, „Die BäuerInnen in Europa leben doch wie die Maden im Subventionsspeck“ oder „Agrarsubventionen zerstören die bäuerliche Landwirtschaft in den Ländern des Südens“ – so und ähnlich lautet die Kritik. Sie trifft in vielerlei Hinsicht ins Schwarze, aber ein Teil der Subventionsschelte geht an den sozialen, ökologischen und entwicklungspolitischen Verwerfungen der Agrarpolitik vorbei. Viele der entsprechenden Reformvorschläge würden diese Verwerfungen zementieren und verschärfen.

Die Geburtsstunde europäischer Agrarpolitik

Die Agrarpolitik der EU ist eines der ersten Politikfelder, in denen sich die EU-Mitglieder für eine gemeinsame Politik entschieden haben (Gemeinsame Agrarpolitik, GAP). Vor dem Erfahrungshintergrund von Hunger und Mangel in den Kriegsjahren ging es ihnen zunächst einmal darum, die Produktion von ausreichenden Mengen an preiswerten Lebensmitteln zu sichern. Artikel 33 der Römischen Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft von 1957 nennt daher als wichtigstes Ziel der GAP: „die Produktivität der Landwirtschaft durch Förderung des technischen Fortschritts, Rationalisierung der landwirtschaftlichen Erzeugung und den bestmöglichen Einsatz der Produktionsfaktoren, insbesondere der Arbeitskräfte, zu steigern.“

Dazu bediente sich die GAP verschiedener Instrumente: Über „Marktordnungen“ wurde für die Mehrzahl der Agrarprodukte ein gemeinsamer EU-Markt geschaffen. In diesen Marktordnungen gab es einheitliche Richtpreise, die über den Weltmarktpreisen lagen, sowie die Garantie, dass überschüssige Produkte zu einem Mindestpreis, dem „Interventionspreis“, aufgekauft und eingelagert wurden. Aufgrund des hohen Preisniveaus in der EU wurde der Binnenmarkt vor Produkten aus Drittländern abgeschottet – z.B. durch Zölle und Mengenkontingente. Gleichzeitig erhielten Agrarexporteure Exportsubventionen, damit sie ihre Produkte trotz des hohen EU-Preises auf dem Weltmarkt absetzen konnten.

Von Krisen und Reformen

Die Folge von ständig gesicherten Preisen und einem rasanten Anstieg der Produktivität war eine Explosion der Agrarproduktion in Europa – und zwar auch nachdem bei vielen Produkten in den 70ern die Selbstversorgung erreicht war. In Milch- und Getreideüberschüssen schwimmend entwickelte die EU eine aggressive Exportstrategie und wurde von einem überwiegend importierenden Akteur zu einem führenden Agrarexporteur – besonders bei Milchprodukten, Weizen und Fleisch.

Das wiederum führte zu Handelskonflikten mit anderen Exporteuren wie den USA. Aber auch intern geriet die GAP aufgrund ins Uferlose wachsender Agrarausgaben und der zunehmenden Überproduktion unter Druck. 1986 lagerten beinahe 1,3 Mio. t Butter und 15 Mio t. Getreide in Kühl- und Lagerhäusern der EU. Fast 40% der Ausgaben für die GAP flossen Mitte der 80er Jahre in Exportsubventionen, 15% wurden für die Lagerhaltung ausgegeben.

Bereits in den 80er Jahren reagierte die Union mit einer Senkung der Interventionspreise in einigen Sektoren und mit der Einführung einer Quote für Milch, durch welche die Produktion reduziert werden sollte. Eine erste grundlegende Veränderung der GAP wurde dann 1992 versucht (Mac Sharry Reform): Einzelne Marktordnungspreise – z.B. für Getreide – wurden reduziert, als Ausgleich dafür wurden Direktzahlungen für BäuerInnen eingeführt, die an die bewirtschaftete Fläche (als Ausgleich für eine Teil-Stilllegung der Produktionsfläche) oder die Zahl der Tiere gebunden waren. Diese Richtung wurde bei der nächsten Reform beibehalten: Im Rahmen der Agenda 2000 wurden die Interventionspreise weiter gesenkt und die Ausgleichszahlungen erhöht. Letztere wurden unter dem Stichwort „Modulation“ gekürzt, um mehr Mittel zur Stärkung des ländlichen Raums frei zu setzen. Diese Modulation war allerdings ebenso wenig verpflichtend wie die „Cross-Compliance“: die teilweise Entkoppelung der Direktzahlungen von der Produktion und ihre Bindung an die Einhaltung von Verbraucher-, Umwelt- und Tierschutzstandards.

Das änderte sich mit der Halbzeitbewertung der Agenda 2000 im Jahr 2003: Modulation und Cross Complicance wurden obligatorisch. Die Direktzahlungen sind damit zumindest teilweise nicht mehr produktionsgebunden, sondern wurden in – historisch berechnete – Betriebsprämien überführt. Und sie werden nur ausgezahlt, wenn gewisse ökologische und qualitative Standards eingehalten werden. Allerdings bleibt den einzelnen EU-Staaten ein weitreichender Spielraum bei der Umsetzung dieser Reformschritte – z.B. in der Frage, wie viele Zahlungen sie tatsächlich von der Produktion entkoppeln werden.

Produktivismus auf Kosten der bäuerlichen

Landwirtschaft

Reformen hin oder her – nach beinahe einem halben Jahrhundert GAP bleiben die zentralen Paradigmen europäischer Agrarpolitik unverändert. Z.B. das Primat des Produktivismus, das die Steigerung der Produktivität über alle anderen Funktionen der Landwirtschaft stellt – seien sie sozialer, gesundheitspolitischer oder ökologischer Natur. Dass die GAP weiterhin daran ausgerichtet ist, zeigt z.B. der Entwurf für eine Verfassung Europas, im dem die Steigerung der Produktivität erneut als oberstes Ziel der GAP festgehalten ist.

Doch genau diese Produktivitätsfixierung hat fatale Nebenwirkungen für ProduzentInnen, KonsumentInnen und die Umwelt. Letztere bezahlt für die Monokulturen, Dünger, Herbizide und Pestizide einer intensiven Landwirtschaft einen hohen Preis. Auch für den Menschen entpuppt sich die industrielle Landwirtschaft durch Schweinepest, Rinderwahnsinn & Co. immer mehr als Gefahr – vom Vormarsch der Agrotechnik ganz zu schweigen. Und frei nach dem Motto „wachsen oder weichen“ brachte die kapitalintensive Rationalisierung und Spezialisierung der landwirtschaftlichen Produktion eine Konzentration der Betriebe und einen rapiden Rückgang der Beschäftigten auf dem Land mit sich: In Europa verlor die Hälfte der Vollzeitbeschäftigten in der Landwirtschaft zwischen 1980 und 2001 ihren Job; in Deutschland ging die Zahl allein im letzten Jahrzehnt um ein Viertel zurück.

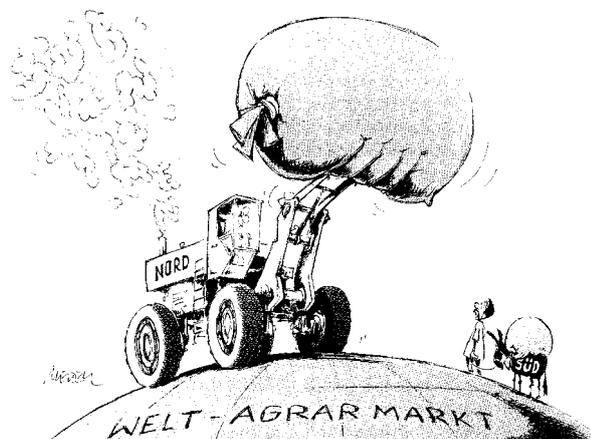
Eine weitere Folge der Produktivitätsfixierung ist die anhaltende Überproduktion bei einzelnen Produkten wie z.B. Milch. Seit der Abkehr von der Preisstützung durch die MacSharry-Reform geht sie für die BäuerInnen mit sinkenden Preisen für ihre Produkte einher. An dieser Misere wird sich auch durch die jüngste Agrarreform wenig ändern. Im Gegenteil: Die Milchquote wurde jüngst sogar erhöht, so dass hier mit einem weiteren Preisverfall zu rechnen ist. Er wird noch mehr MilchbäuerInnen in den Ruin treiben. Bei anderen Produkten wie Obst und Gemüse sind neben den BäuerInnen insbesondere LandarbeiterInnen die Leidtragenden dieses Kostendrucks.

Wo Agrarsubventionen wirklich landen

Nach Maden im Subventionsspeck hört sich dieses Szenario so gar nicht an. Tatsächlich landet ein Großteil der EU-Agrarsubventionen gar nicht in den Taschen von BäuerInnen, geschweige denn LandarbeiterInnen. Im Falle von Exportsubventionen leuchtet das ein, denn die kassieren weiterverarbeitende Industrie und große Handelsunternehmen mit Namen wie Nordmilch-EG oder Südfleisch GmbH.

Aber auch von anderen Unterstützungen der Landwirtschaft profitierte bislang überwiegend die verarbeitende Industrie (z.B. Molkereien oder Schlachthöfen). Nicht für Milch galten nämlich Mindestpreise, sondern für Butter, Magermilchpulver und Käse. Nicht Mastbullen wurden subventioniert, sondern Schlachthälften. Auch heute noch kassieren 20% der Höfe 80% der Subventionen. 78% der Höfe erhalten noch nicht einmal 5.000€ Zuschüsse im Jahr. Daran wird auch die letzte Agrarreform wenig ändern, da sie Subventionen vor allem an die Fläche bindet und damit große Ackerbaubetriebe begünstigt. Zudem werden die Prämien historisch berechnet – an der bisherigen Verteilung der Zahlungen auf die Betriebe wird sich also wenig ändern. Außerdem werden soziale Kriterien wie die Zahl der Beschäftigten in einem Betrieb auch in Zukunft keine Rolle bei der Verteilung der Gelder spielen, was weiterhin die rationalisierte Produktion begünstigt wird.

Dagegen habe viele BäuerInnen in Europa finanzielle Unterstützung bitter nötig. Konventionell wie ökologisch wirtschaftende Betriebe können aufgrund der niedrigen Agrarpreise ihre Kosten nicht allein durch die Einnahmen aus dem Verkauf decken. Solange die Preise nicht steigen, wäre ein Abbau der Direktzahlungen das Ende vieler Betriebe.



Entwicklungspolitische Negativbilanz

Brachte die Entwicklung der GAP für viele europäische BäuerInnen die Verdrängung aus ihrem Beruf, so konnten viele von ihnen doch durch soziale Sicherungsnetze aufgefangen werden. In den Ländern des Südens bedeutet Verdrängung kleinbäuerlicher Strukturen dagegen den Kampf gegen Hunger und Tod.

Die GAP hat in diesem Kampf in der Vergangenheit eine große Rolle gespielt, denn die europäische Subventions- und Exportpolitik hat im Süden erheblich zur Verdrängung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft beigetragen. So z.B. in einigen westafrikanischen Ländern, deren Märkte mit tiefgefrorenen Hähnchenteilen aus Europa geradezu überschwemmt wurden. Und das zu Preisen, die unterhalb der Produktionskosten in den afrikanischen Ländern lagen. Möglich ist das durch Exportsubventionen, die es europäischen Exporteuren ermöglichen, Hähnchen zu Dumpingpreisen auf den Weltmarkt zu schleudern, aber auch durch das massive Überangebot von Hähnchenteilen, die auf dem europäischen Markt keine AbnehmerInnen finden. Die Folge: Allein in der ersten Hälfte 2002 stellten 40% der senegalesischen GeflügelbäuerInnen ihre Zucht ein, weil sie mit den europäischen Billigprodukten nicht konkurrieren konnten. In Kamerun gaben zwischen 1996 und 2002 ganze 92% der GeflügelbäuerInnen mit einem Viehbestand von unter 500 Hühnern auf!

Kein Ende des Dumpings in Sicht

Kein Wunder, dass die EU international aufgrund dieser Praktiken am Pranger steht – insbesondere im Rahmen der Verhandlungen in der Welthandelsorganisation WTO. Nun beginnt sie, auf diese Kritik mit einer Restrukturierung der GAP zu reagieren – eingekleidet in entwicklungspolitische Rhetorik, aber mit wenig Substanz.

So hat sie sich zwar bereit erklärt, ihre Exportsubventionen, und damit eine der Hauptursachen von Dumping, abzuschaffen. Allerdings relativiert sich dieses Zugeständnis, wenn mensch bedenkt, dass die EU dabei ist, die Preise für gerade diejenigen Produkte zu senken, für die Exporteure bisher aufgrund des hohen EU-internen Preisniveaus am meisten auf Exportsubventionen angewiesen sind: Bei Zucker geschieht das durch direkte Preissenkungen, bei Milchprodukten durch die Ausweitung der Milchquote und die damit einhergehende Überproduktion, die den Milchpreis weiter in den Keller

treiben wird. Die europäischen ProduzentInnen werden zumindest teilweise für ihre Einkommenseinbußen finanziell entschädigt. Ergo: Auch ohne Exportsubventionen können diese Produkte in Zukunft spottbillig auf dem Weltmarkt abgesetzt werden und dort den weltweiten Verdrängungswettbewerb zwischen den ProduzentInnen anheizen.

Für den Weltmarkt und insbesondere die kleinbäuerliche Landwirtschaft im Süden bleibt die GAP damit problematisch. Und auch innerhalb der EU wird sich die Dynamik des Produktionssystems nicht ändern: Mit dem Festhalten am Modell des Produktivismus und der Zementierung eines ungerechten Subventionssystems wird die Konzentration der Betriebe und der Rückgang der Stückkosten weitergehen.

Konkurrierende Konzepte für eine GAP-Reform

Dass die wesentlichen Prinzipien der GAP – Produktivismus, Überschussproduktion und Exportorientierung – von den Reformen der letzten Jahrzehnte unberührt bleiben konnten, erklärt sich mit der anhaltenden Dominanz zweier Konzepte für die Zukunft europäischer Agrarpolitik: Das ist auf der einen Seite das konservative Modell, das darauf zielt, die Regeln der GAP durch minimale Korrekturen WTO-kompatibel zu gestalten, aber sie im wesentlichen so zu lassen, wie sie derzeit ist. Dieses Modell wird von denen vertreten, die von dieser Politik bisher profitieren – Nahrungsmittelindustrie, große Agrarhandelskonzerne und der Deutsche Bauernverband (DBV).

Ein zweites Reformkonzept hat erst in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen: das grün-liberale. Demnach soll die Konkurrenz mit den ausländischen Wettbewerbern den Strukturwandel in der europäischen Landwirtschaft herbeiführen, inklusive dem teilweisen Abbau von Agrarsubventionen. Funktionen wie Umweltschutz und Landschaftspflege soll eine umweltfreundliche europäische Restlandwirtschaft erfüllen, und zwar durchaus mit finanzieller Unterstützung der öffentlichen Hand. Die restliche Landwirtschaft – hochindustrialisiert und wettbewerbsfähig – soll volle Aktionsfreiheit auf den Märkten dieser Welt haben.

Ein drittes Konzept (bäuerlich-zivil) wird vertreten vom internationalen KleinbäuerInnen-Verband Via Campesina und seinem europäischen Ableger, der Coordination Paysanne Européenne. Sie fordern einen Paradigmenwechsel in der europäischen Landwirtschaft: Die Abkehr von der Exportorientierung und die Orientierung auf lokale und regionale Märkte soll einhergehen mit der Extensivierung der Landwirtschaft und einer Neuausrichtung des Subventionssystems. Der Faktor Arbeit soll stärker unter-



stützt werden und die Produktionsmenge sowie die Preise für landwirtschaftliche Produkte sollen kontrolliert werden. Gebündelt werden viele dieser Forderungen im Konzept „Ernährungssouveränität“. Die wiederum setzt das Recht jeder Gemeinschaft voraus, ihren Markt zu schützen, insbesondere vor Produkten, die unterhalb der Produktionskosten angeboten werden. Damit erteilt das bäuerlich-zivile Modell den Agro-Export-Ambitionen sowohl des konservativen Modells als auch der liberal-grünen Variante eine klare Absage. Es bleibt viel zu tun, damit diese bäuerlich-zivile Alternative zur derzeitigen EU-Agrarpolitik Wirklichkeit wird.

Pia Eberhardt

Weiterführende Links:

Agrarbündnis: www.agrarbuendnis.de

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft: www.abl-ev.de

Coordination Paysanne Européenne: www.cpefarmers.org

La Via Campesina: www.viacampesina.org

Wer profitiert? Initiative für Transparenz bei EU-Agrarsubventionen: www.wer-profitiert.de

Super Märkte für Agrarprodukte

Die Rolle von WTO, Weltbank und IWF in der globalen Landwirtschaft

WTO raus aus dem Agrarsektor!¹⁶ In dieser Forderung drückt sich die grundsätzliche Ablehnung der Unterwerfung der Landwirtschaft unter die Regeln der Welthandelsorganisation (WTO) aus. Die Agrarverhandlungen der WTO sind durch die Proteste von GlobalisierungskritikerInnen sowie durch die Konflikte zwischen den WTO-Mitgliedsstaaten in diesem Bereich – die bis zum Aussetzen der aktuellen Doha-Runde führten – ins Licht der Aufmerksamkeit gerückt. Die Freihandelsagenda der WTO wurde dabei einerseits durch die Politiken der multilateralen Finanzinstitutionen Weltbank und Internationaler Währungsfonds vorbereitet und ist nur im Zusammenhang mit diesen zu verstehen. Andererseits haben die veränderten Agrarhandelsregeln das Hervorkommen neuer mächtiger Akteure in der globalen Landwirtschaft ermöglicht. Bei der Frage, welche Rolle WTO, Weltbank und IWF im Agrarsektor spielen, dürfen weder Staaten noch Supermärkte aus dem Blickfeld geraten.

Nur ein geringer Teil der weltweit produzierten Agrargüter wird überhaupt grenzüberschreitend gehandelt. Der globale Agrarhandel wird dabei durch die Industrieländer dominiert, besonders die Europäische Union und die USA. Gleichzeitig ist die Landwirtschaft jedoch für einen Großteil der Menschen in Ländern des Südens Existenzgrundlage. Deren ‚Lebensmittel‘ werden durch Handelspolitiken gefährdet, die auf eine Ausweitung der Operationen und eine Steigerung der Profite des globalen Agro-Ernährungskapitals zielen.

Lange Zeit war der Handel landwirtschaftlicher Güter von den Regeln des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens GATT ausgeschlossen. Erst mit der Uruguay-Verhandlungsrunde, die 1995 zur Gründung der Welthandelsorganisation (WTO) führte, vereinbarten die Mitgliedsstaaten auch im Agrarsektor Liberalisierungsmaßnahmen. Das Agrarabkommen (AoA) der WTO enthält Regelungen über interne Stützungsmaßnahmen, Marktzugang sowie Exportsubventionen. Kurz gefasst erlaubt es den Industriestaaten, die Unterstützungszahlungen an ihre ProduzentInnen fortzuführen, während Maßnahmen der Entwicklungsländer zum Schutz ihrer eigenen Landwirtschaft (hierzu gehören vor allem Zölle und mengenmäßige Einfuhrbeschränkungen) unterbunden werden.

Die Unausgewogenheit der Restrukturierung globaler Landwirtschaft geht jedoch tiefer als die jüngeren Veränderungen, die mit multilateralen Handelspolitiken in Zusammenhang stehen. Neben Handelsliberalisierungen im Rahmen der WTO gibt es zahlreiche bilaterale oder regionale Freihandelsabkommen, auf die an dieser Stelle nur verwiesen sein soll. Um die durch das Agrarabkommen der WTO entstandenen Verzerrungen zu verstehen, sind vor allem Kenntnisse über vorausgehende unilaterale Politiken der Länder des Südens notwendig. Ein Beispiel hierfür sind so genannte Strukturanpassungsprogramme, die während

der letzten Jahrzehnte zu radikalen Umstrukturierungen des Agrarsektors in vielen Entwicklungsländern geführt haben. Weltbank und Internationaler Währungsfonds (IWF) diagnostizierten als Ursache für die wirtschaftliche Krise der 1980er Jahre das Erbe eines fehlgeschlagenen Keynesianismus. Sie sahen ineffiziente, aufgeblähte Staatsapparate und die Unterdrückung wirtschaftlicher Anreize vor allem im Agrarsektor als die Hauptprobleme an. Als Lösung propagierten sie eine Reihe neoliberaler Reformen, um die Entwicklung durch Stärkung des Privatsektors und durch Exportdiversifizierung anzukurbeln. Die meist hoch verschuldeten Staaten wurden deshalb durch konditionierte Kredite der multilateralen Finanzinstitutionen zu Strukturanpassungsprogrammen (SAPs) verpflichtet oder zumindest darin unterstützt. Die meisten Anleihen für den Agrarsektor geschahen dabei im Rahmen so genannter Sectoral Adjustment Loans (SECALs). Die landwirtschaftliche Restrukturierung war meist Teil des Übergangs von einer binnenorientierten Politik der importsostituierenden Industrialisierung hin zu einer nach außen gerichteten, marktorientierten Wachstumsstrategie.

In Mexiko beispielsweise beinhalteten die neoliberalen Wirtschaftspolitiken im Agrarsektor Handelsliberalisierung, den Rückzug des Staates aus der Vermarktung und Finanzierung landwirtschaftlicher Inputs und Erzeugnisse, Abbau staatlicher Dienstleistungen für ProduzentInnen sowie die Reform von Landgesetzen, die zu einer Privatisierung und Konzentration von Landbesitz führte.

Schon seit den 1970er Jahren hat die Weltbank auch in Afrika eine Schlüsselrolle bei der Umstrukturierung der Landbesitzverhältnisse gespielt. Um die Landwirtschaft besser kapitalistisch verwertbar zu machen, wurde auf die Privatisierung von Land und die Schaffung von Landmärkten gedrängt. Außerdem sollten ländliche Kreditmärkte aufgebaut werden.



Ein wichtiges Element der seit den 1980er Jahren von IWF und Weltbank unterstützten Entwicklungsstrategien ist die Förderung nicht-traditioneller Agrarexporte in Afrika, Lateinamerika und zunehmend auch in Asien. Durch hochwertige Nischenprodukte wie Schnittblumen, Gewürze, Frischobst und Gemüse sollen komparative Vorteile von Klima, Land und billiger ungebildeter Arbeitskraft genutzt werden.

1996 lieh der IWF Kenia umgerechnet ungefähr 218 Millionen US-Dollar zur Unterstützung landwirtschaftlichen Exportanbaus. US AID alleine hat im Jahr 2000 weltweit über 25 Programme landwirtschaftlicher Diversifizierung in nicht-traditionelle Agrarexporte gefördert.

Die landwirtschaftliche Diversifizierung in nicht-traditionelle Exportgüter wurde dabei über Vertragsschemata mit landwirtschaftlichen ProduzentInnen unterschiedlicher Größe verbreitet. Vertragslandwirtschaft ermöglicht es transnationalen Unternehmen, Kontrolle über den Produktionsprozess auszuüben und gleichzeitig Kosten und Risiken wie Ernteausfälle auf die ProduzentInnen abzuwälzen.

Zudem sahen Weltbank und Co in industrieähnlicher Großproduktion von NTAEs ein großes Beschäftigungspotential. Die Steigerung von Lohnarbeitsverhältnissen – vor allem auch für Frauen – passte in den „freundlicheren“ Entwicklungsdiskurs der Armutsreduzierung und sozialen Inklusion, der in den 1990er Jahren den strikten Neoliberalismus des Washington Consensus ablöste.

Diese unilateralen Maßnahmen, zu denen viele Entwicklungsländer gezwungen wurden, wurden schließlich durch die multilateralen Regelungen der WTO festgeschrieben. Im Durchschnitt waren Zölle im Rahmen der SAPs auf die Hälfte reduziert worden. Währenddessen hatten die meisten OECD-Staaten weiterhin ihre Landwirtschaft stark geschützt. Zwar sind die Transferzahlungen an den Agrarsektor in OECD-Ländern von 2,3 Prozent des gesamten OECD-Bruttoinlandsprodukts in der Zeit 1986-88 auf 1,3 Prozent im Jahr 2001 gesunken. Sie machen jedoch immer noch ungefähr ein Drittel des gesamten bäuerlichen Einkommens in der OECD aus und sind ungefähr sechs Mal die gesamte Entwicklungshilfe, die die OECD-Länder zahlen.

Noch wichtiger für die Bevölkerung in den Ländern des Südens ist die Tatsache, dass bei anhaltend hoher Agrarproduktion in den Industrieländern massiv billige subventionierte landwirtschaftliche Erzeugnisse importiert werden. Dies macht einerseits die heimische Agrarproduktion kaputt, andererseits profitieren auch KonsumentInnen meist nicht von billigen Importen. Auf Grund der oligopolistischen Marktstrukturen machen lediglich große Importfirmen oder der Lebensmittelhandel Gewinne während die Konsumentenpreise gleich bleiben oder sogar steigen.

Angesichts des beschriebenen Abbaus staatlicher Unterstützungsmaßnahmen kann man behaupten, dass der Niedergang kleinbäuerlicher Landwirtschaft in vielen Ländern des Südens eine politische Entscheidung und nicht das Ergebnis unvermeidbarer Kräfte der „Globalisierung“ war. Die Politiken von Weltbank und IWF haben die Ausgangslage geschaffen, in denen auf multilateraler Ebene Agrarhandelsregeln vereinbart wurden. Weiterhin arbeitet die Weltbank durch ihre Forschungs- und Trainingsprogramme in Kohärenz mit der Freihandelsagenda der WTO.

Seit Mitte der 1990er Jahre verhandeln die WTO-Mitgliedsstaaten ergebnislos über ein neues Agrarabkommen. Die Forderung, die Agrarmärkte zu öffnen und Handelsverzerrungen abzubauen, steht im Widerspruch zum Recht, die nationale Landwirtschaft zu schützen. Die Konfliktlinien verlaufen dabei im Agrarbereich immer weniger einfach zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Große Agrarexporteure wie Brasilien und Indien fordern Zugang zu den Märkten der Industrieländer während die EU und die USA ihre internen Stützungsmaßnahmen und Subventionen nur gegen Zugeständnisse in anderen Bereichen wie geistige Eigentumsrechte und Dienstleistungen abbauen wollen. Die Forderungen weniger mächtiger Staaten, durch die Benennung spezieller Produkte und spezieller Schutzmechanismen, ausgewählte landwirtschaftliche Erzeugnisse von der Liberalisierung auszunehmen, können sich dagegen nicht durchsetzen.

Die durch die WTO-Mitgliedsstaaten beschlossenen Agrarhandelsliberalisierungen haben gleichzeitig das Hervorkommen anderer mächtiger Akteure in der globalen Landwirtschaft ermöglicht beziehungsweise gefördert. Vor allem Supermarktketten haben von den neuen Handelsregeln profitiert. Durch unterschiedliche Strategien konnten sie die geographische Reichweite ihrer Operationen deutlich vergrößern. Die Macht des Lebensmittelhandelskapitals ist





damit inzwischen so stark gewachsen, dass es als Käufer die globalen Agrar-Wertschöpfungsketten bestimmt. Sogar transnationale Lebensmittelhersteller wie Nestlé und Heinz, die bisher die Vertragsbedingungen diktierten, müssen sich nach den Vorgaben der Supermärkte richten. Private Akteure, besonders der Lebensmittelhandel, bilden somit den Kern der Restrukturierung des globalen Agrar- und Ernährungsregimes. Diese Veränderungen in der globalen Landwirtschaft stützen sich jedoch auf die Entscheidungen von Staaten etwa im Rahmen der Welthandelsorganisation. „WTO raus aus dem Agrarsektor“ wäre deshalb immerhin schon ein guter Anfang.

Die Bilder zeigen Szenen einer Protestaktion gegen den Besuch von Pascal Lamy (WTO-Chef) in Manila/ Philippinen im Februar 2007.

Helen Rupp

Literatur: Busch, Lawrence und Carmen Bain (2004): *New! Improved? The transformation of the global agrifood system*, in: *Rural Sociology*, 69 (3), 321–346. \ \ Dolan, Catherine (2001): *The ‘good wife’: struggles over resources in the Kenyan horticultural sector*, in: *Journal of Development Studies*, 37 (3), 39-70. \ \ Echánove, Flavia (2005): *Globalisation and restructuring in rural Mexico: the case of fruit growers*, in: *Tijdschrift voor Economische en Sociale Geografie*, 96 (1), 15-30. \ \ FAO, Food and Agricultural Organization (2003): *Trade reforms and food security: conceptualizing the linkages*, FAO, Rom. \ \ Manji, Ambreena (2003): *Capital, labour and land relations in Africa: a gender analysis of the world bank’s policy research report on land institutions and land policy*, in: *Third World Quarterly*, 24 (1), 97-114.

Stationen einer wechselhaften Beziehung

Das Verhältnis der (bewegungspolitischen) Linken zur globalen Landwirtschaft klart wieder auf

These 1

Insbesondere in den 1980er Jahren hat der Themenkomplex globale Landwirtschaft eine prominente Rolle in der westdeutschen (Bewegungs-)Linken gespielt. Hintergrund war nicht zuletzt ein weithin geteiltes Selbstverständnis in Sachen ‚Internationalistischer Solidarität‘. Konkreter: Durch unmittelbare Bezugnahmen auf einzelne Länder, Regionen und Kontinente ist die mehrheitlich städtisch geprägte Linke in den reichen Industrieländern geradezu zwangsläufig auf die Macht-, Abhängigkeits- und Ausbeutungsverhältnisse im Kontext globaler Landwirtschaft gestoßen (worden) – schlicht deshalb, weil nahezu sämtliche Länder der damaligen Peripherie mehr oder weniger stark agrarisch geprägte Gesellschaften gewesen sind.

In dieser Zeit sind unzählige Informations- und Aufklärungsmaterialien, ob Bücher und Broschüren, Unterrichtshilfen, Ausstellungen oder Filme entstanden. Exemplarisch erwähnt seien der 1975 erstmalig veröffentlichte Klassiker „Vom Mythos des Hungers“, die Film-Doku „Septemberweizen“ und das heute noch in vielen Abschnitten aktuelle BUKO-Handbuch „Wer Hunger pflanzt und Überschuss erntet“. Eingebettet war dies stets in konkrete politische Arbeit, nicht nur kampagnenförmig wie im Falle der von der BUKO lancierten Kampagne „Stoppt Futtermittelimporte“, sondern auch praktisch-solidarisch, sei es beim Brigadeneinsatz auf dem Feld in Nicaragua oder durch den Aufbau direkter Vermarktungsstrukturen für Kaffee und andere Produkte (Stichwort: Sandino-Dröhnung). Politischer Höhepunkt dürfte die Anti-IWF-Kampagne 1988 gewesen sein; die unmittelbaren Auswirkungen der IWF-Strukturanpassungsprogramme wurden seinerzeit insbesondere anhand der (Ernährungs-) Situation sowohl von Kleinbauern und -bäuerinnen als auch der subalternen Klassen in den Städten bzw. slum-cities verdeutlicht.

These 2

Ein Großteil dieser Projekte, Initiativen und Zusammenhänge hat zu Beginn der 1990er Jahre eine tiefgreifende Transformation durchlaufen oder ist zusammengebrochen, letzteres vor allem deshalb, weil das bewegungspolitische Milieu fast ausnahmslos seine internationalistische Ausrichtung aufgegeben hat. Stattdessen ist das Feld ‚globaler Landwirtschaft‘ fortan von einer zahlenmäßig deutlich geschrumpften sowie neu zusammengesetzten Akteurskonstellation bestellt worden. Hierzu gehö(r)ten erstens die über 800 Weltläden und Direktvermarkter wie das

„Fair Handelshaus gepa“, zweitens Nord-Süd-NGOs und Umweltverbände (etliche von ihnen hervorgegangen aus der internationalistischen Konkursmasse), drittens kleinbäuerliche Interessenvertretungen wie die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V., viertens Biobauern und -bäuerinnen (nebst Anbauverbänden wie Bioland, Demeter, Naturland etc.), fünftens Institutionen und Läden, welche ökologische Produkte an die KonsumentInnen bringen, insbesondere Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaften, Food-Coops, Bioläden und mittlerweile auch Biosupermärkte, sechstens Kirchen und kirchliche Gruppen wie die „Katholische Landjugendbewegung“, siebtens Hilfswerke und achtens versprengte Reste jener Zusammenhänge, welche in den 1980er Jahren an den einschlägigen Aktivitäten beteiligt gewesen sind, etwa die „BUKO-Agrarkoordination“ oder die „Informationsstelle Lateinamerika“.

These 3

Durch den weitgehenden Wegfall linker Bewegungsmilieus ist es rund um den Themenkomplex ‚globale Landwirtschaft‘ nicht nur stiller geworden. Auch die Art und Weise der Auseinandersetzung hat sich geändert: Erstens ist es durch NGOs und große Verbände zur inhaltlichen Domestizierung bzw. Entschärfung der Analyse gekommen, was an der Logik zivilgesellschaftlicher Praxis liegt und auf keinen Fall in Bausch und Bogen verdammt werden sollte. Die Beschäftigung mit globaler Landwirtschaft ist nicht mehr automatisch mit einer Kritik des kapitalistischen Weltmarkts, ja kapitalistischer Vergesellschaftung insgesamt einhergegangen (nebst nicht-kapitalistischer Gegenentwürfe). Stattdessen hat zunehmend die immanent bzw. kleinteilig angelegte Kritik Einzug erhalten, etwa an Exportsubventionen, Schutzzöllen und dergleichen Ungerechtigkeiten mehr. Eine weitere, eng hiermit verknüpfte Tendenz ist zweitens gewesen, dass der Vertrieb fair gehandelter Produkte immer weniger mit grundsätzlichen Perspektiven kurzgeschlossen wurde, etwa was die Notwendigkeit einer (partiellen) Herauslösung der armen Länder aus dem Weltmarkt betrifft – dies zugunsten einer Regionalisierung von Wirtschaftskreisläufen, der Diversifizierung landwirtschaftlicher Produktion sowie importsubstituierender Entwicklungsstrategien. Stattdessen herrscht seit den 1990er Jahren oftmals die Tendenz vor, fairen Handel auf die bloße Tatsache eines leicht erhöhten Einkaufspreises zu reduzieren. Dies kommt etwa darin zum Ausdruck, dass Lidl und die Siegelorganisation TransFair im März 2006 ein Kooperationsabkommen geschlossen haben – unter Ausblendung der Tatsache, dass Lidl in seiner Eigenschaft als marktmächtiger Endabnehmer

einen entscheidenden Anteil daran trägt, dass die ProduzentInnenpreise seit Jahren systematisch in den Keller getrieben werden. Drittens ist es nach und nach zu einer Verschiebung der Aufmerksamkeiten gekommen: Weg von der Zerstörung kleinbäuerlicher Existenzgrundlagen, Hunger etc. im Süden des Globus und hin zu den ökologischen und gesundheitlichen Konsequenzen industrialisierter Landwirtschaft hier zu Lande – eine Tendenz, die selbstredend auch mit dem Wachstum ökologischer Landwirtschaft und entsprechenden Vermarktungsstrukturen zu tun hat. Es ist deshalb kein Zufall, dass in Filmen wie „Unser täglich Brot“ oder „We feed the World“ insbesondere diese Dimensionen Niederschlag finden, während die aus den 1980er Jahren stammende Doku „Septemberweizen“ über die Marktmacht von Getreidehändlern andere Akzente setzt.

These 4

Die Gründe, weshalb die bewegungspolitische Linke ihre Aktivitäten rund um globale Landwirtschaft Anfang der 1990er Jahre ‚eingestellt‘ hat, sind vielfältig. Am wichtigsten dürfte erstens der Umstand gewesen sein, dass es im Zuge der Umwälzungen nach 1989 zu einem buchstäblichen Kollaps internationalistischer Perspektiven gekommen ist – und somit auch zu einem weitgehenden Verlust der damit verknüpften Thematiken. Warum das so gewesen ist, kann hier nicht weiter ausgeführt werden, verwiesen sei stattdessen auf einschlägige Texte u.a. von Moe Hiermeier, Bernd Hüttner, Nicaragua Infobüro und der „redaktion alaska“ (siehe www.gjpfelsoli.org/Texte/Internationalismus). In diesen Texten wird im Übrigen auch die These vertreten, dass zwar innerhalb der bewegungspolitischen Linken zu Recht eine selbstkritische Reflexion in Sachen ‚internationalistischer Solidaritätspraxis‘ erfolgt ist (was Erhöhungen von Guerilla-KämpferInnen, moralinsauere Selbstkasteiungen, platte Antiimperialismen und vieles mehr betrifft), dass dies jedoch keineswegs als Begründung dafür taugt, einer internationalistischen Ausrichtung gänzlich zu entsagen.

Durch den Rückzug des bewegungspolitischen Milieus aus dem Feld globaler Landwirtschaft ist zweitens eine verhängnisvolle Self-fulfilling-Prophesy-Schleife eröffnet worden. Denn nunmehr sind es zunehmend NGOs, Umweltverbände, Kirchen und die gesamte Transfair- und Bioprodukte-Szenerie gewesen, welche die politische Agenda rund um globale Landwirtschaft maßgeblich geprägt haben. Das hat die Abgrenzungsbedürfnisse seitens der bewegungspolitischen Linken immer größer werden lassen – um so mehr, je stärker besagtes Milieu politisch im rot-grünen Regierungsprojekt aufgegangen ist (inklusive dessen, was

das an Professionalisierungs-, Entdemokratisierungs- und Selbstdomestizierungsprozessen mit sich gebracht hat – etwa in den großen Umweltverbänden).

Drittens: Die bewegungspolitischen Stränge der Linken haben in den 1990er Jahren nicht nur ihre internationalistische Ausrichtung aufgegeben (von der Chiapas-Solidarität abgesehen), sie haben in großen Teilen auch – Ausnahmen wie die Anti-AKW-Bewegung oder Teile der Antifa bestätigen die Regel – eine Art cultural turn durchlaufen: Angesagt war nicht mehr die Kenntnis polit-ökonomischer Zusammenhänge (wie noch einige Jahre zuvor im Zuge der Mobilisierung gegen das IWF-Treffen in Berlin), tonangebend sind vielmehr – zumindest innerhalb des linken Mainstreams – (pop)kulturelle Perspektiven gewesen. Selbst die Auseinandersetzung mit Rassismen und patriarchalen Geschlechterverhältnissen (welche zu Beginn der 1990er Jahre eine vergleichsweise ‚handfeste‘ Angelegenheit gewesen ist) hat sich Ende der 1990er Jahre zunehmend auf die Dekonstruktion rassistischer bzw. sexistischer Diskurse, Bilder etc. zugespitzt, während die Auseinandersetzung mit konkreten Gewalt-, Abhängigkeits- und Ausbeutungsverhältnissen häufig als veraltet galt. Vor diesem Hintergrund war es nicht verwunderlich, dass Themen wie globale Landwirtschaft nicht den Hauch einer Chance hatten, als relevantes Praxisfeld anerkannt zu werden. Stattdessen wurden in Diskussionen regelmäßig Ressentiments gegen das Landleben bzw. gegen Bauern und Bäuerinnen beschworen, welche innerhalb der Linken (bzw. der ArbeiterInnenbewegung) bereits seit dem 19. Jahrhundert üblich sind (einschließlich eines geradezu antimaterialistischen Widerwillens, die Produktion und Verteilung von Nahrung als gesellschaftspolitische Grundsatzfrage anzuerkennen). Was das praktisch heißt, konnte mensch erst jüngst wieder in der Wochenzeitung „Jungle-World“ nachlesen: Dort wird kolportiert, dass im Rahmen des „Aktionstags globale Landwirtschaft“ (anlässlich der Proteste gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm) beabsichtigt sei, „lauthals zu beklagen, dass die Bauern aus der Idiotie des Landlebens freigesetzt werden, um Lohnarbeiter zu werden“.

These 5

Spätestens seit Beginn des neuen Jahrtausends hat sich das Blatt erneut gewendet. Die soziale Frage und somit auch der Themenkomplex globale Landwirtschaft sind auf die Agenda der bewegungspolitischen Linken zurückgekehrt bzw. auf dem besten Weg, dieses zu tun. Konkret dürfte dies mit (mindestens) fünf Gründen zusammenhängen: Erstens hat die globalisierungskritische Bewegung globale Ausbeutungs-, Abhängigkeits- und Gewaltverhältnisse

wieder stärker ins Zentrum öffentlicher und somit linker Aufmerksamkeit gerückt. Dies ist zweitens mit einem gewachsenen Interesse am WTO-Prozess einhergegangen, in dem die Agrarverhandlungen eine herausragende Rolle spielen. In diesem Zusammenhang ist vielen AktivistInnen im Norden erstmalig bewusst geworden, dass bäuerliche Bewegungen im Süden den (mit) stärksten Arm der globalen Multitude darstellen. Drittens macht sich zunehmend die Erkenntnis breit, dass gentechnisch manipuliertes Saatgut (einschließlich Genfood) immer stärker im Kommen ist – mit Konsequenzen auf ganz verschiedenen Ebenen. Viertens ist es die Hyperausbeutung migrantischer LandarbeiterInnen (insbesondere) in den Treibhäusern Andalusiens gewesen, welche in den vergangenen Jahren immer wieder für Schlagzeilen gesorgt und dadurch den Blick auch für das geschärft hat, was industrielle Landwirtschaft konkret heißt. Fünftens dürfte das bewegungspolitische Spektrum ‚materiellen‘ Fragestellungen auch deshalb wieder aufgeschlossener begegnen, weil mittlerweile viele AktivistInnen selber in die Mühlen neoliberaler Zumutungen geraten sind – an den Universitäten genauso wie auf den Arbeitsmärkten oder in den Arbeitsämtern. Dass sich der Wind gedreht hat, wird auch an ganz anderen Phänomenen deutlich, etwa daran, dass Filme wie „Unser täglich Brot“, „We feed the World“ oder „Darwins Alptraum“ keine Nischenexistenz mehr fristen, sondern sich in Mainstream-Kinos behaupten.

These 6

Im Lichte hiervon ist es folgerichtig gewesen, dass sich im Laufe des vergangenen Jahres das „Aktionsnetzwerk globale Landwirtschaft“ gegründet hat. Ausgangspunkt ist – jedenfalls auf den ersten Blick – ein im Januar 2006 in der Monatszeitung *analyse & kritik* erschienener Artikel unter der Überschrift „Über die Notwendigkeit einer Wiederentdeckung. Globale Landwirtschaft und die Macht kapitalistischer Agrarindustrie“ gewesen. Der Artikel unternimmt zum einen den Versuch, in Stichworten zu umreißen, was unter globaler Landwirtschaft zu verstehen ist. Dies wird zum anderen mit dem Vorschlag verbunden, die Proteste gegen den G8-Gipfel zu nutzen und „den Themenkomplex globale Landwirtschaft innerhalb linker Zusammenhänge zumindest wieder diskurs- und somit salonfähig zu machen.“

Anders als die zurückhaltende Formulierung befürchten lässt, hat der Artikel ein geradezu stürmisches Echo ausgelöst: Neben verschiedenen Nachdrucken (unter anderem in den „Bionachrichten“) sind hieraus genau jene Veranstaltungen und Treffen hervorgegangen, welche in die Gründung des Aktionsnetzwerks eingemündet sind. Dies macht

deutlich, dass besagter Artikel zumindest in einer Hinsicht deutlich daneben gelegen hat: Der Themenkomplex ‚globale Landwirtschaft‘ musste nicht erst salonfähig gemacht werden, er war bzw. ist es bereits – davon zeugen nicht nur all die Gruppen, welche bereits seit längerem rund um den Themenkomplex globale Landwirtschaft aktiv sind, etwa das Barnimer Aktionsbündnis gegen Gentechnik oder die „Gendreck Weg!“-Kampagne, sondern auch der Umstand, dass während des Anti-G8-Vorbereitungscamps „Campinski“ im August 2006 der Themenkomplex globale Landwirtschaft flugs zu einem seitens der bewegungspolitischen Strömungen des Anti-G8-Protestes kollektiv unterstützten Anliegen erkoren wurde.

Doch aller Euphorie zum Trotz sollten diverse Schwierigkeiten nicht aus dem Blick geraten: Es sind erstens verdammt wenige Leute, die sich konkret engagieren (können und wollen). Zweitens ist es bislang trotz beidseitiger Interessenbekundungen allenfalls in Ansätzen gelungen, einen tragfähigen Brückenschlag zwischen den im Aktionsnetzwerk versammelten Gruppen aus der bewegungspolitischen Szenerie und den anderen, zahlenmäßig ungleich größeren Akteuren herzustellen (NGOs, Bioszene etc.). Hierzu passt drittens, dass bislang kaum bewegungspolitische Kontakte bzw. Kooperationen zwischen südlichen und nördlichen Akteuren herausgebildet wurden. Diesbezüglich existieren (jenseits punktueller Verbindungen) allenfalls gute Absichten. Viertens fängt das Aktionsnetzwerk schlicht bei Null an. Das betrifft nicht nur Infrastruktur und minimale Geldmittel, sondern auch (und zuallererst) politische Debatten, etwa die Frage, worauf mensch letztlich überhaupt hinaus will (mit welchen Instrumenten analysieren wir den herrschenden Status quo, was wollen wir und welche Forderungen sind uns wichtig). Vorläufig haben wir uns gerade mal darauf verständigen können, das Konzept der Ernährungssouveränität als Ausgangspunkt zu bestimmen – was natürlich viel zu wenig ist, wie etwa ein kurzer Rückblick in die Debatten der 1980er Jahre eindrucksvoll zu zeigen vermag...

Gregor Samsa

Ernährungssouveränität - Via Campesina fordert „Brot, Land und Freiheit“

Beim Welternährungsgipfel 1996 wurde beschlossen, die Zahl der Hungernden und Unterernährten in der Welt bis zum Jahr 2015 um 400 Millionen auf die Hälfte zu verringern. Darüber hinaus wurde ein Aktionsplan verabschiedet, der u.a. den gleichen Zugang zu Ressourcen für alle fordert sowie die aktive Sicherung und Ausgestaltung des Menschenrechts auf Nahrung. 2005, beim zweiten Millenniums-Gipfel der UNO, müssen sich die Regierungen eingestehen, dass sie ihr ehrgeiziges Ziel nicht erreichen werden.

Dennoch hält man an den alten „Rezepten“ - wie z.B. der Liberalisierung des Agrarhandels, der Förderung von Privatinvestitionen und neuen Technologien wie der Gentechnik und „Good Governance“ (bessere Regierungsführung) fest. Das veranlasst entwicklungspolitische Nichtregierungsorganisationen und Bauernvereinigungen, verstärkt an das Versprechen von 1996, das Menschenrecht auf Nahrung umzusetzen, zu erinnern und ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Einer ihrer Vorschläge ist das Konzept der Ernährungssouveränität.

La Via Campesina – Das Konzept der Ernährungssouveränität – Antwort auf die Globalisierung im Agrarbereich

Der Begriff Ernährungssouveränität wurde ursprünglich von La Via Campesina - einem weltweiten Zusammenschluss von Kleinbauern- und Landarbeiterorganisationen - geprägt. Dieser Zusammenschluss entstand nicht zuletzt aus der wachsenden Unzufriedenheit der Bauern und Bäuerinnen angesichts der zunehmenden Globalisierung, die inzwischen auch die Landwirtschaft erfasst hat. Nach Auffassung von La Via Campesina dient diese Entwicklung nur den Exportinter-

essen der großen Industrienationen und dem internationalen Agrobusiness. Es wird befürchtet, dass die Anliegen der ländlichen Bevölkerung und die der Ernährungssicherheit zunehmend unter die Räder geraten. Diesen ,drohenden Ausverkauf der Landwirtschaft möchte La Via Campesina verhindern, daher setzt sich die Organisation für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Kleinbauern und Landarbeiter durch fairere Handelsbedingungen, größere soziale Gerechtigkeit und die Durchsetzung einer nachhaltigen Wirtschaftsweise weltweit ein. Bereits beim Welternährungsgipfel 1996 brachte La Via Campesina seine Forderung nach Berücksichtigung bzw. Umsetzung von Ernährungssouveränität zum Ausdruck. Inzwischen wird diese Forderung von einer wachsenden Zahl von Bauernvereinigungen und Nichtregierungsorganisationen unterstützt.

Was bedeutet Ernährungssouveränität?

Ernährungssouveränität ist kein eindeutig definierter Begriff, dieser Ausdruck beinhaltet nicht zuletzt das politische Programm von La Via Campesina. Seine wichtigsten Elemente sind die folgenden:

- Das Recht auf Nahrung ist ein menschliches Grundrecht. Daher muss jeder Mensch Zugang haben zu einer ausreichenden Menge gesunder, nahrhafter Lebensmittel, die seinen (z.B. kulturell bedingten) Ernährungsgewohnheiten entspricht und die es ihm ermöglichen, ein Leben in menschlicher Würde zu führen.
- Um dieses Recht umsetzen zu können, muss Ernährungssouveränität gewährleistet sein. Im Gegensatz zu Ernährungssicherheit, womit lediglich das Recht auf ausreichende Versorgung mit Essen gemeint ist, meint Ernährungssouveränität das Recht, jedes Einzelnen und jeder Nation, Nahrungsmittel zu produzieren. Dieser Begriff hat also eine starke soziale, politische und kulturelle Komponente.



- Konkret heißt das, dass die Produktionsmöglichkeiten für kleine und mittlere Produzenten geschaffen bzw. aufrechterhalten werden müssen. Die Kontrolle über die Produktionsmittel wie Wasser, Land, Saatgut und andere natürlichen Ressourcen müssen in ihren Händen liegen.
- Das heißt aber auch, dass jede Nation das Recht haben muss, die eigenen Kapazitäten zur Produktion von Nahrungsmitteln aufrecht zu erhalten und über den Grad an Eigenversorgung mit Nahrungsmitteln selbst zu bestimmen. Daraus ergibt sich, dass jedes Land die Möglichkeit haben muss, eine entsprechende, eigenständige Agrar- und Ernährungspolitik zu entwickeln und dabei neben den natürlichen Bedingungen auch kulturelle und produktionstechnische Besonderheiten zu berücksichtigen. Dabei darf die Agrarproduktion in anderen Ländern jedoch nicht beeinträchtigt werden.

Bedrohung der Ernährungssouveränität

Die in La Via Campesina zusammen geschlossenen Bauern und Bäuerinnen sehen ihre Möglichkeiten, Ernährungssouveränität zu verwirklichen, durch die ständige Verschlechterung der politischen Rahmenbedingungen immer mehr eingeschränkt.

Verantwortlich für diese Verschlechterungen sind zum einen nationale Regierungen: In Industrieländern wird zum einen die Überschussproduktion und Dumpingexporte gefördert, zum anderen wird in Entwicklungsländern die Produktion von Grundnahrungsmitteln zugunsten der Exportproduktion sträflich vernachlässigt. Darüber hinaus gibt es mittlerweile eine ganze Reihe von internationalen Regelwerken, die wachsenden Einfluss auf die Produktionsbedingungen der Bauern und Bäuerinnen weltweit haben, angefangen bei den Strukturanpassungsaufgaben des IWF über den Agrarvertrag der WTO (AoA) und das Abkommen zum Schutz geistiger Eigentumsrechte bei der WTO (TRIPS) bis hin zum International Treaty (ehem. Undertaking) der FAO und der Konvention über Biologische Vielfalt.

Für La Via Campesina stellt - neben dem IWF und der Weltbank - insbesondere die WTO und deren Bestrebungen, den Weltagrarhandel zu liberalisieren eine Bedrohung für die Ernährungssouveränität dar. Die Kritik von La Via Campesina lässt sich wie folgt zusammenfassen: Die derzeit geltenden „Spielregeln“ für den Weltagrarhandel wurden fast ausschließlich von den Industrieländern (vor allem EU und USA) festgelegt, die bei den letzten Agrarverhandlungen rücksichtslos ihre Interessen durchgesetzt haben - auf Kosten der Entwicklungsländer und vor allem auf Kosten der

armen, ländlichen Bevölkerung dort. Für La Via Campesina geht die Liberalisierung des Agrarsektors Hand in Hand mit der Globalisierung von Hunger und Armut, der Zerstörung bäuerlicher Produktionsstrukturen und des sozialen Gefüges auf dem Land. So schreibt das Agrarabkommen der WTO, das der Exportproduktion eindeutig Vorrang gibt vor der Produktion für den lokalen Markt, die Politik der Strukturanpassung von IWF und Weltbank fest. Die WTO-Regeln unterstützen die weitere Intensivierung der Produktion und damit die Überschussproduktion. Direkte Einkommensübertragungen und von der Produktion unabhängige Unterstützungsmaßnahmen sind weiterhin legal. Diese Maßnahmen, die sich nur reiche Industrieländer leisten können, erlauben es den Bauern dort, ihre Produkte zu Preisen unterhalb der Produktionskosten zu exportieren. Die Subventionierung der Exporte, die in vielen Regionen des Südens die Produktion bereits ruiniert hat, wurde durch das Agrar-Abkommen sogar noch legalisiert. Außerdem unterstützt die WTO die Ausweitung des Agrarhandels, was zu einer Verschärfung des internationalen Wettbewerbs führt und die Talfahrt der ohnehin niedrigen Agrarpreise verstärkt. Für die bäuerlichen Familien hat dies alles verheerende Auswirkungen: Sie können dem verschärften Wettbewerb und den sinkenden Preisen nicht standhalten, werden oft gezwungen, die Produktion aufzugeben und sind Armut und Hunger preisgegeben.

Massiv eingeschränkt wird die Ernährungssouveränität außerdem durch die Ungleichverteilung von Land. Die ungerechte Verteilung von Land und Vermögen ist nach wie vor eine der wichtigsten Ursachen von Hunger und Armut in vielen Entwicklungsländern. Obwohl die internationale Staatengemeinschaft dieses Problem offiziell anerkannt und ihren Willen bekundet hat, Agrarreformprogramme zu unterstützen, sind diese Aussagen bisher meist bloße Absichtserklärungen geblieben. Im Gegenteil: La Via Campesina beklagt, dass in der Mehrzahl der Entwicklungsländer Agrarreformprozesse ins Stocken geraten sind. Neben den neoliberalen Agrarpolitiken sind hierfür vor allem die internationalen Finanzinstitutionen wie der IWF und die Weltbank verantwortlich zu machen. So führt die aktuelle Politik der Weltbank dazu, dass Agrarreformprogramme, die in erster Linie auf Enteignung beruhen, zunehmend durch so genannte „marktgestützte Landreformen“ ersetzt werden.

Eine weitere Einschränkung der Ernährungssouveränität geht von den drohenden Einschränkungen beim Zugang zu pflanzengenetischen Ressourcen aus. Entscheidend für die Bauern ist hierbei das Saatgut. Aufgrund der wachsenden ökonomischen Bedeutung der biologischen Vielfalt sind in letzter Zeit einige Regelwerke entstanden, die aber allesamt wenig geeignet sind, die Interessen der Bauern zu schützen. So werden durch die Regelungen des TRIPS-Abkommens die Länderregierungen dazu verpflichtet, Patente auf Lebe-

wesen zuzulassen. Die mit der Patentierung einhergehende Monopolisierung der Verfügungs- und Verwertungsrechte von pflanzengenetischen Ressourcen in den Händen weniger international agierender Chemiefirmen stellt nach La Via Campesina eine akute Bedrohung der Ernährungssouveränität dar. Denn für die Bauern könnte dies bedeuten, dass sie in Zukunft nicht mehr die Möglichkeit haben, ihr eigenes Saatgut nachzubauen oder an andere Bauern weiter zu geben. An diesen Entwicklungen konnten auch die Beschlüsse und Absichtserklärungen und die ihm folgenden (besser gesagt: fehlenden) Umsetzungsprozesse des Welternährungsgipfels 1996 nichts ändern. Dies ist insofern nicht verwunderlich, als die gleichen Regierungen, die hier Absichtserklärungen zur Verringerung des Welthungerproblems unterschreiben, sich bei der WTO für die Liberalisierung des Agrarhandels und die Patentierung von Lebewesen einsetzen.

Forderungen von La Via Campesina

Um Ernährungssouveränität zu realisieren ist für La Via Campesina eine grundlegende Umorientierung der nationalen und internationalen Agrar- und Handelspolitiken erforderlich - weg von der Ausrichtung auf die exportorientierte Intensivproduktion hin zur Förderung einer sozial und ökologisch vertraglichen Nahrungsmittelerzeugung.

Wesentliche Forderungen, die sich sowohl an die nationalen Regierungen als auch an das internationale Handelsregime richten, sind:

- Der Produktion von gesunden, qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln, die naturräumliche und kulturelle Gegebenheiten berücksichtigt, muss Vorrang bei der staatlichen Förderung eingeräumt werden. Die Produktion erfolgt überwiegend für den Eigenbedarf beziehungsweise für lokale oder nationale Märkte.
- Den Bauern müssen angemessene Preise für ihre Produkte bezahlt werden.
- Die Erzeugung von Überschüssen wird durch interne Regulierungsmaßnahmen verhindert.
- Damit interne Unterstützungsmaßnahmen für die Grundnahrungsmittelproduktion (z.B. höhere Preise) wirksam eingesetzt werden können, muss jedes Land die Möglichkeit haben, Schutzmaßnahmen gegen den Import von „Billigprodukten“ zu ergreifen.
- Jegliche Exportbeihilfen und interne Unterstützungsmaßnahmen, die den Export zu Preisen unterhalb der Produktionskosten ermöglichen, müssen verboten werden.

Mit der Einschränkung der Überschussproduktion wird die Bedeutung des internationalen Handels automatisch drastisch sinken. Ein Regulierungsbedarf besteht dennoch, um zu gewährleisten, dass zukünftig der Austausch von Agrarprodukten (nach Möglichkeit auf regionaler Ebene) unter fairen Bedingungen, das heißt z.B. zu fairen Preisen stattfindet. Der Verfall der Terms of Trade muss ein Ende haben.

Der Zugang zu Land ist - ebenso wie die Kontrolle über die anderen natürlichen Ressourcen - die Grundvoraussetzung dafür, dass die Bauernfamilien ihr Menschenrecht, sich zu ernähren, verwirklichen können. Daher erhebt La Via Campesina im Rahmen der gemeinsamen mit FIAN durchgeführten Kampagne „Brot, Land und Freiheit“ die Forderung nach Agrarreformen unter menschenrechtlichen Gesichtspunkten. Dabei stützen sich die Organisationen auf den Artikel 11 des Internationalen Paktes für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte, in dem das Menschenrecht auf Nahrung ausdrücklich anerkannt ist. Für sie ergibt sich daraus, dass Bauern und Bäuerinnen Zugang zu den Ressourcen haben müssen, die sie zur Nahrungsmittelproduktion benötigen - insbesondere zu Land.

Genetische Ressourcen sind das Ergebnis Jahrtausende alter Evolution und der Züchtungsarbeit von Bauern und indigenen Völkern. Die Rechte der Bauern an ihrem Saatgut, das heißt ihr geistiges Eigentum und ihre züchterische Leistung sind anzuerkennen. Die Patentierung und Vermarktung genetischer Ressourcen durch private Firmen muss untersagt werden. Die Vereinbarungen der WTO über Rechte geistigen Eigentums sind unannehmbar. Bauern und indigene Gemeinschaften müssen das Recht haben, genetische Ressourcen - einschließlich Saatgut - frei zu nutzen.

Darüber hinaus fordert La Via Campesina grundlegende institutionelle Reformen. Zu den wichtigsten Forderungen gehören dabei:



- Landwirtschaft muss aus dem Regelungsbereich der WTO wieder heraus genommen werden. Denn eine Organisation, die sich die Durchsetzung des freien Welthandels auf die Fahnen geschrieben hat, ist völlig ungeeignet, solch fundamental wichtige Bereiche wie die Nahrungsmittelproduktion, Gesundheit oder Umwelt zu kontrollieren. Eine Reform dieser Organisation, die diesen Themen angemessen Rechnung trägt, käme der Abschaffung der WTO gleich.
- Die Etablierung von demokratischen Strukturen zur Regelung von Nahrungsmittelproduktion und -handel ist dringend notwendig. Eine Möglichkeit wäre z.B. die Verantwortung für die internationalen Handelsregeln der UNCTAD zu unterstellen. Voraussetzung dafür wäre allerdings deren politische Stärkung und Reform, um die Transparenz zu erhöhen und demokratische Kontrollmöglichkeiten zu gewährleisten.
- Eine „World Food Convention on Food Sovereignty and Trade in Food and Agriculture“ sollte alle bisher bestehenden Regelungen zu Landwirtschaft innerhalb der WTO ersetzen. Diese Konvention sollte vom kommenden Welternährungsgipfel anerkannt und übernommen werden.
- Neue Handelsregeln müssen Menschenrechte berücksichtigen und andere bestehende internationale Regelwerke als gleichwertig akzeptieren.
- Um das Prinzip der Gewaltenteilung zumindest teilweise umzusetzen, sollte ein internationaler Gerichtshof für Handelsfragen eingerichtet werden.

Astrid Engel, BUKO Agrar Koordination



Anmerkungen: IWF (engl. IMF) = Internationaler Währungsfonds | WTO = World Trade Organisation; dt. Welthandelsorganisation, | AoA = Agreement on Agriculture; dt.: Abkommen zur Landwirtschaft | TRIPS = Trade Related Aspects of Intellectual Property Rights; dt.: Abkommen über handelsbezogene Aspekte des geistigen Eigentums | International Treaty on Plant Genetic Resources; dt.: Internationales Übereinkommen über pflanzengenetische Ressourcen | United Nations Conference on Trade and Development; dt.: Konferenz der Vereinten Nationen über Handel und Entwicklung

Der Artikel ist erschienen in:

Fünf Jahre später. Eine Bilanz von NRO fünf Jahre nach dem Welternährungsgipfel in Rom. Forum Umwelt & Entwicklung: 2002. S. 10-15.

Die Fotos stammen vom Weltsozialforum 2007 in Nairobi.

Das bittersüße Aroma der Rebellion -

Geschichte und Aktualität der zapatistischen Kaffeekooperativen in Südmexiko

Wie entstand die neue „Rebellion der Habenichtse“ in Chiapas 1994? Und wie setzen die Indigenen in Chiapas ihre Vorstellungen einer „anderen Welt“ um? In einem längeren Feldaufenthalt bei der zapatistischen Kaffeekooperative Mut Vitz gewann der Autor einen differenzierten Einblick in die Motivationen und Praktiken der zapatistischen Basis. Dabei sind ihre Erfahrungen der bäuerlichen Organisierung schon vor dem Aufstand für das Verständnis der zapatistischen Bewegung zentral.



Werbeplakat für den „Café Rebel Dia“

Rückeroberung der Ländereien und maoistische Experimente

Fast ein Jahrhundert lang prägten große Kaffee-Fincas mit mächtigen Gutsherren und ihren beinahe leibeigenen Indigenen das Bild der Region nördlich von San Cristóbal de Las Casas. Dann, in den Siebziger Jahren, verlor die indigene Bevölkerung ihre Arbeit: Die Technisierung des Kaffeeanbaus und die Intensivierung der Fleisch- und Milchwirtschaft (1973 öffnete eine Nestlé-Milchpulverfabrik ihre Pforten) führte zu einer kapitalintensiveren Bewirtschaftung der fruchtbaren Täler und Hügel, gleichzeitig wurden die Billigarbeitskräfte abgewimmelt.

Die um ihre spärliche Existenzgrundlage gebrachten Indigenen organisierten sich als Reaktion darauf in Bauernbewegungen, lehrten der dünnen mestizischen Oberschicht schnell das Fürchten und besetzten zwischen 1975 und 1982 alle Fincas der Region, sogar kleine Ländereien von ein paar Dutzend Hektaren wurden enteignet. In diesem verlustreichen Landkampf lernten die Indigenen ihre eigene Stärke kennen, aus unterwürfigen Finca-Arbeitern wurden auf dem „zurückgewonnenen“ Land selbstständige Kleinbauern.

Verschiedene große Bauernbewegungen buhlten in den Siebziger und Achtziger Jahren um die Gunst der Tzotzil-Indigenen. Viele der späteren Zapatista-Dörfer organisierten

sich in der maoistischen Organisation Unión de Uniones. Deren Berater – darunter Adolfo Orive und Raúl Salinas, der Bruder des späteren mexikanischen Präsidenten Carlos Salinas – propagierten den kollektiven Kaffee-Anbau und animierten die Indigenen zur Gründung von Kooperativen. Nach wenigen Ernten wurde jedoch die kollektive Produktion aufgegeben: Trittbrettfahrer und die Korruption unter den indigenen Anführern wie auch unter den externen Beratern entmutigten die Bauern, die sich wieder auf die Produktionseinheit Familie zurück besannen.

Nach dem Zerfall des Kaffeepreises Ende der Achtziger Jahre war die Unión de Uniones finanziell ausgeblutet, die letzten Projekte wurden privatisiert. Der neoliberale Präsident Carlos Salinas spannte mit Hilfe seines Bruders Raúl die Mitglieder der Unión de Uniones gar als Vorzeigebauern für seine Kampagne zur Privatisierung von Gemeindeland ein. Der 93-jährige Dorfälteste der Gemeinde San Miguel, ehemals Präsident der Unión de Uniones und heute überzeugter Zapatist, meinte resigniert: „Auch die Unión de Uniones wurde von der Regierung manipuliert, erst im Nachhinein bemerkten wir das. Ab und zu scheinen wir Bauern blind zu sein – aber nun haben wir den Betrug durchschaut.“

Die „asesores kaxlán“ („nicht-indigene Berater“) in den maoistischen Organisationen hatten die Bauern in die Irre geführt. Die Indigenen besaßen nun zwar eigenes Land, waren jedoch auf Gedeih und Verderb den Schwankungen der Marktpreise und den „coyotes“ genannten lokalen Zwischenhändlern ausgeliefert. Just in diesen Jahren verzeichneten die noch klandestin operierenden Zapatistas einen starken Zulauf.



BKaffee-Pflückerin in Chiapas

Aufstand, indigene Autonomie und Das „Cargo zapatista“ - die Last der Solidarität

Gründung der Kooperative Mut Vitz

Nach zehn Jahren klandestiner Organisation erhoben sich die Indigenen zu einem bewaffneten Aufstand. Die auslösenden Faktoren für die Rebellion waren die Privatisierung des Gemeindelandes – am Tag des Aufstandes, dem 1. Januar 1994, trat Mexiko der Nordamerikanischen Freihandelszone NAFTA bei – sowie die Preiskrise der „cash crops“, insbesondere des Kaffees. Der bewaffnete Aufstand war für große Teile der indigenen Bevölkerung eine letzte Hoffnung auf ein Ende der Marginalisierung. Der weitere Konfliktverlauf ist bekannt: Waffenstillstand, Verhandlungen und erste Friedensabkommen, die von Parlament und Regierung nicht umgesetzt wurden, sowie eine andauernde militärische Besetzung der Aufstandsregion durch die mexikanische Bundesarmee.

Aus der Asche der Union de Uniones entstand eine neue, explizit zapatistische Kaffee-Kooperative: Mut Vitz.

Die Kooperative Mut Vitz – benannt nach dem höchsten Gipfel der Region, dem „Berg der Vögel“ in der Maya-Sprache Tzotzil – wurde für die zapatistischen Bauern der Region zum Symbol ihrer Identität als „Bauern im Widerstand“. Entstanden ist die Idee einer zapatistischen Kaffeekooperative auf dem legendären „Interkontinentalen Treffen gegen den Neoliberalismus und für die Menschlichkeit“ im Sommer 1996, einer der Initialzündungen der Antiglobalisierungsbewegung. Trotz der negativen Kooperativenerfahrungen von früher entschlossen sich 200 Familien, das Experiment zu wagen und die neue Kooperative wurde 1997 gegründet. Nach Jahren des mühsamen Aufbaus exportieren heute gut 500 Familien über Mut Vitz bis zu 250 Tonnen Rohkaffee zu einem fairen Preis mit Bio-Zuschlag über die Kanäle des alternativen und fairen Handels.



Hausbemalung der Zapatisten

Die Kooperative Mut Vitz durchlebte jedoch schon tiefe Krisen. Eines der Grundprobleme dieser zapatistischen Organisation besteht im Anspruch, die Geschäfte der Kooperative ohne professionelle Unterstützung und ohne bezahlte Funktionäre zu betreiben, ganz im Sinne des berühmten indianischen „cargo“ (Last, unentgeltliche Aufgabe für die Gemeinde). Andere Kooperativen stellen mindestens einen externen Berater an oder beauftragen ein ganzes Gremium mit der Vermarktung. Nicht so die Zapatistas, welche aufgrund der Erfahrungen in der Vergangenheit nicht mehr von Beratern abhängig sein und der Korrumpierung in solchen Machtpositionen vorbeugen wollen. So übernehmen alle zwei Jahre neue Bauern im Rotationsprinzip die „cargos“, auch die Funktionen des Vorstandes, die dem „cargo“-Inhaber kaum mehr das Bestellen der eigenen Felder ermöglichen.

Die Annahme, die Erfüllung eines „cargo“ bringe dem Amtsträger – neben Schulden – wenigstens ein hohes symbolisches Kapital ein, bestätigte sich nicht: Viele einfache Mitglieder sehen nur, dass der Vorstand ständig und auf Kosten der Kooperative in die Stadt reist und sich dabei – im Vergleich zur Arbeit auf dem Feld – die Hände nicht schmutzig macht. Die Schwierigkeiten des Know-how-Transfers durch die hohe Fluktuation in den Ämtern sowie die fehlende Wertschätzung der „cargos“ waren während meines Aufenthalts die wichtigsten Diskussionspunkte unter den Bauern. Damit einher geht die Auseinandersetzung um die ungeliebten Ausgleichsleistungen. Ganz im Sinne von „gegenseitiger Hilfe“ sollen „cargo“-Träger wie ein Kooperativenpräsident von seiner Gemeinde bei der Feldarbeit unterstützt werden. Doch die zapatistische Ideologie wird nur allzu selten Realität. So bleibt den Kooperativenverantwortlichen nichts anderes übrig, als sich während der Cargo-Zeit auf die Solidarität innerhalb der Familie zu verlassen, um die finanziellen Einbußen in Grenzen zu halten. Der knappe Kommentar eines Vorstandsmitglieds umschreibt seine Situation treffend: „Ich muss nun einfach durchhalten, weil mich meine Genossen wählten.“

Offen bleibt wohl die Frage, wie nachhaltig das System dieser Fronarbeit für das Gemeinwohl unter den Bedingungen der extremen Armut funktionieren kann.

Die Kooperativen und die „Räte der guten Regierung“

Die junge Kooperative Mut Vitz ist sehr stolz auf das bisher Erreichte. Dabei arbeitet sie seit fünf Jahren ohne technische Berater: „Wir kommen alleine voran“, wie sie voller Stolz sagen. Dabei stehen die Vorstandsmitglieder im Austausch mit den zapatistischen „Räten der Guten Regierung“, welche ebenfalls ehrenamtlich und im Rotationsprinzip funktionieren. Dieses regionale Dach der zapatistischen Autonomie koordiniert die Schritte in Richtung autonomer Gesundheitsversorgung, Bildung, Verwaltung und eben einer Ökonomie, die eine würdige Existenz erlaubt. Dabei ist die Schaffung und Konsolidierung einer ökonomischen Basis für die Autonomiebewegung von vitalem Interesse. Andrés Aubry ist überzeugt: „Die Zapatistas bauen inmitten des Krieges den Frieden auf. Ökologische Landwirtschaft, Schulbildung und ärztliche Versorgung, dass ist kein Krieg. Und das gilt auch für die Vermarktung ihrer Produkte.“ Der Kreislauf der Unterwürfigkeit, der Hilfsbedürftigkeit und der Landflucht kann so durchbrochen werden.

Fragile Beziehungen im alternativen Handel

Im Jahr 2005 kam es zu einer Zerreißprobe des Experiments „Zapatistischer Kaffeexport“: Erstmals konnten die zapatistischen Kooperativen – neben Mut Vitz waren inzwischen zwei weitere im Export tätig – nicht alle ihre Verkaufsverträge erfüllen, da die Mitglieder der Kooperative weniger Kaffee als vereinbart ablieferten. Mehrere Faktoren spielten zusammen: Zu einer allgemeinen Missernte kamen die nach dem Tsunami spekulativ in die Höhe geschwellten Weltmarktpreise hinzu. Darauf schwärmten die „Coyotes“ aus und zogen, mit den Notenbündeln winkend, von Gemeinde zu Gemeinde. Sie konnten den einen oder anderen Bauern bei seiner Not packen; die Kooperative ging in diesen Fällen leer aus. Die solidarischen Käuferkollektive beschlichen darauf starke Zweifel: Sind die zapatistischen Bauern nur am höheren Preis interessiert? Dabei verstehen wir doch diese Beziehung in erster Linie als solidarisch-politisch, nicht bloß ökonomisch. Hermann Bellinghausen, Journalist der mexikanischen Tageszeitung La Jornada, brachte es auf den Punkt: „Eine Beziehung, die um eine Tasse Kaffee entsteht, ist gefährdet [...] eine solidarische Mobilisierung könnte sich verlieren. Auf dem Spiel stehen so auch die fragilen Formen von Autonomie und Widerstand.“

Dank der Koordination nordamerikanischer und europäischer Kaufkollektive gelang ein länderübergreifender Ausgleich zwischen Überkapazitäten und Nachfrage, sodass die so plötzlich zur Mangelware gewordenen zapatistischen Kaffeebohnen weiterhin ihr „Aroma der Rebellion“ verbreiten konnten.

Das Beispiel der Kooperative Mut Vitz hat Schule gemacht. Und zehn Jahre nach der Gründung von Mut Vitz wird diesen Sommer die ungemein spannende Gegenwelt der zapatistischen Autonomie wieder ein Brennpunkt linker Perspektivendiskussionen werden: Vom 21. bis 31. Juli lädt die „intergalaktische Kommission“ der Zapatistas zur Diskussion eines nächsten interkontinentalen Treffens nach Chiapas ein. Auf den ersten Blick scheinen sich solche Treffen oft in den immergleichen „man müsste“-Diskussionen zu erschöpfen. Doch die Erfahrung der Kooperative Mut Vitz mit deren Käuferkollektiven sowie viele andere solidarische Beziehungen mit zapatistischen Organisationen zeigen, dass trotz aller Mühen in den letzten zehn Jahren eine konkrete Umsetzung unserer Utopie in Gang gekommen ist. Hoffen wir, dass vom Treffen im Sommer weitere Impulse für eine „Welt, in der viele Welten Platz haben“, ausgehen werden.

Philipp Gerber

Der Text basiert auf der Arbeit von:

Gerber, Philipp, 2005: Das Aroma der Rebellion. Zapatistischer Kaffee, indigener Aufstand und autonome Kooperativen in Chiapas, Mexiko. Münster: Unrast-Verlag.

Kaffee aus zapatistischen Kooperativen gibt es bei:

Café Libertad, Hamburg: www.cafe-libertad.de

Café RebelDía, Zürich: www.chiapas.ch

Kritischer Konsum –

Mittel im Kampf gegen Ausbeutung oder bürgerliche Gewissensberuhigung?

Die dauerhafte Krise der industriellen Landwirtschaft (Ausbeutung von migrantischen Arbeitskräften, Verschärfung des weltweiten Hungerproblems durch Marktöffnungen, Preisdumping und grüne Gentechnik, Zerstörung der natürlichen Grundlagen etc.) und deren Thematisierung („We feed the world“) einerseits sowie andererseits die Verfügbarkeit von Produkten aus fairem Handel und biologischer Landwirtschaft (als Alternativen zum „globalen Fast-Food“) haben die Debatte um die Möglichkeit der Aufhebung von Ausbeutung und Umweltzerstörung durch „bewusstes Kaufverhalten“ der KonsumentInnen neu angefacht.

Der folgende Artikel soll anhand von mehreren Beispielen die Frage diskutieren, ob „kritischer“, „ethischer“, „bewusster“ Konsum, wie auch immer genannt, agrarkapitalistische Strukturen ernsthaft gefährden kann oder ob es sich dabei lediglich um billige Gewissensberuhigung von meist kaufkräftigen BildungsbürgerInnen handelt.

Solidaritätsarbeit und Konsumkritik –

das Beispiel Almeria

Seit nunmehr 6 Jahren koordinieren wir, eine kleine Gruppe von BasisaktivistInnen aus den Themenbereichen Migration, Landwirtschaft, linken Gewerkschaften etc. eine vielfältige Forschungs- und Solidaritätsarbeit zum Thema Arbeitskämpfe in der industriellen Landwirtschaft (www.forum-civique.org). Wir sind hauptsächlich in Spanien, Frankreich, Deutschland, der Schweiz und Österreich aktiv und versuchen, die gerade im Sektor des intensiven Obst- und Gemüsebaus bestehenden Ausbeutungsverhältnisse, von denen in erster Linie ArbeitsmigrantInnen betroffen sind, ins Licht der Öffentlichkeit zu rücken. Noch wichtiger als die Denunzierung dieser Ausbeutung ist für uns die Bezugnahme auf widerständische Bewegungen von unten, bei denen Bewegungsfreiheit, Legalisierung, gleiche Rechte für alle und ein Ende der rassistischen Segmentierung des Arbeitsmarkts gefordert werden. Ein spezieller Fokus unserer Arbeit ist die Unterstützung einer weitgehend migrantisch organisierten Basisgewerkschaft (SOC – *sindicato de obrer@as del campo*) im vielzitierten „Plastikmeer von El Ejido“ im Süden Spaniens.

Bei zahlreichen Diskussionsveranstaltungen, die wir zum Thema organisierten bzw. zu denen wir eingeladen wurden, hatte die Frage nach der Rolle der KonsumentInnen einen wichtigen Stellenwert. Nach der Präsentation unserer Recherchen, die auch zum Inhalt hatte, dass pro Jahr ca. 3 Millionen Tonnen Gemüse aus der Region Almería in euro-

päischen Supermärkten landen, war die spontane Reaktion vieler: „Ab jetzt werde ich kein Gemüse aus Spanien mehr kaufen“.

Kritischer Konsum und politische Arbeit

Also: Was soll mensch einkaufen, was nicht? Die Zusammenarbeit mit den AktivistInnen vom SOC in Almería hat für uns einige Dinge klarer gemacht: Kritischer Konsum oder etwa Konsumboykott macht zum einen nur Sinn, wenn er mit denjenigen koordiniert ist, die vor Ort für eine Beendigung der Misere kämpfen. Durch den organisierten Druck von KonsumentInnen – bestenfalls zeitgleich mit Protesten oder Streiks vor Ort – besteht dann die Chance, dass nach rassistischen Übergriffen Prozesse korrekt geführt, die Löhne erhöht und die Arbeitsbedingungen verbessert oder Legalisierungen durchgeführt werden.

„Kritischer Konsum“ macht auch dann Sinn, wenn er einen konkreten widerständischen Ausdruck (z.B. gegenüber der jeweiligen Supermarktkette) findet. So ist z.B. der Brückenschlag zur Situation der im Konzern Beschäftigten möglich, wie es bei der laufenden Kampagne gegen Lidl in Deutschland passiert. Die Möglichkeiten reichen hier bis zu „Umsonst“-Aktionen, bei denen sich Menschen in kollektiv durchgeführten Aktionen Waren aus Supermärkten frei aneignen. Auf der anderen Seite findet „kritischer Konsum“ seinen politischen Ausdruck, wenn z.B. eigenständige Barkollektive, offene Küchen etc. gezielt „solidarische“ Produkte beziehen, Kontakte zu den ProduzentInnen aufbauen und das Ganze an dem jeweiligen Ort auch thematisieren (bspw. die aktuelle Lage in Mexiko bei Kaffee aus zapatistischen Gemeinden). Ein weiteres Beispiel sind direkte Kooperationen zwischen KonsumentInnen und ProduzentInnen („Food-Coops“), bei denen Erstere auch in die Produktion mit einbezogen sein können. Bei dieser Praxis, die zum Teil auch die Versorgung mit Lebensmitteln jenseits der Warenlogik organisiert, vernetzen sich städtische und ländliche linke Projekte. Die SOC greift auch diese Idee perspektivisch auf und hat in ihrer über dreißigjährigen Geschichte mittlerweile etliche Latifundien nach erfolgreichen Besetzungen in genossenschaftlich geführte Kooperativen umgewandelt.

Zurück zum Konsum: Nicht jeder Einkauf ist mit einer tollen Aktion oder Mobilisierung verknüpft. Die tägliche Kaufentscheidung müssen die meisten jenseits kollektiver politischer Strategien immer wieder von neuem treffen.

Unterschiedliche Produktionsweisen und -verhältnisse...

Auf dieser Ebene ist es – was die Analyse betrifft – sicherlich wichtig, die Unterschiede zwischen industrieller und bäuerlicher/biologischer Landwirtschaft nicht zu nivellieren und gar zu behaupten, dass es in diesem System ohnehin nichts Richtiges geben könne. Aus der Tatsache, dass im Kapitalismus jegliche Marktbewegung den Gesetzen der Warenlogik unterliegt, den Schluss zu ziehen, es gäbe keine unterschiedlichen Produktionsweisen mit den verschiedensten Auswirkungen auf die sozialen Verhältnisse und die Umwelt, würde einer Banalkritik gleichkommen, die darüber hinaus antikapitalistische Handlungsperspektiven von vornherein enorm einengt.

Es ist also keineswegs egal, was mensch kauft, denn verschiedene Produkte stehen für verschiedene Produktionsweisen. Das betrifft sowohl Ökobilanzen als auch Arbeitsbedingungen. Ohne sich Illusionen über die Reichweite von Fairtrade-Produkten hinzugeben: Immerhin ist der ProduzentInnenpreis höher, Bildungsprojekte und kommunitäre Einrichtungen werden finanziert etc. Dabei erweist es sich sicherlich als sinnvoll, Bio oder Fairtrade-Labels auf ihren Gehalt zu überprüfen und in jedem Fall keinem nationalen Palaver à la „wo Österreich drauf steht, ist Natur drin“ auf den Leim zu gehen. Um Globalisierungskritik von Rechts nicht an Terrain gewinnen zu lassen, sollte letzterer Punkt eine zentrale Rolle spielen.

Kategorie Bewusstsein?

Abseits all dieser Einschätzungen ist es jedoch wichtig, der Idee, die Zustände könnten radikal verändert werden, wenn nur beharrlich genug am Bewusstsein der KonsumentInnen gearbeitet würde, mit einer guten Portion Skepsis zu begegnen. Denn soziale Kämpfe werden erfahrungsgemäß meist von anderen durch gesellschaftliche Widersprüche bedingte Entwicklungen losgetreten. Die AkteurInnen dieser Kämpfe sind in den seltensten Fällen mittelständische BildungsbürgerInnen, die „bewusst konsumieren“. Wenn dieser Aspekt ignoriert wird, paaren sich im schlimmsten Fall moralische Appelle („es müssten doch nur alle...“) mit Gewissensberuhigung oder Hochstilisierung der eigenen „guten Taten“. Diese so genannte „bewusste“ Haltung ist dann gleichzeitig Klassenbewusstsein in Form von bür-

gerlich-arroganter Abgrenzung gegenüber denjenigen, die sich Bio- und Fairtrade-Produkte schlichtweg nicht leisten können.

Risse und Spalten im System vergrößern

Um den Gedankenbogen zurück zur eingangs erwähnten Kampagne zur Unterstützung der LandarbeiterInnen in El Ejido zu spannen: Für die SOC ist der gezielte Boykott der Gemüsewaren aus der Region Almería dann sinnvoll, wenn es Kapazitäten gibt, die Folgen einer daraus resultierenden wirtschaftlichen Krise in der Region im Sinn der ArbeiterInnen und Marginalisierten zu nutzen. Das Signal dafür müssen diejenigen geben, die vor Ort leben, arbeiten und kämpfen.

Wenn es gelingt, die agrarkapitalistische Produktion an diesen Orten in die Knie zu zwingen, werden wir vielleicht in Wien spanische Orangen aus selbst verwalteten Kooperativen beziehen können, durch deren Konsum wir die sozialen Kämpfe in der Region unterstützen. Das wäre zwar nicht das Ende des globalen Kapitalismus und der Warengesellschaft, schafft aber Risse und Spalten, die wir weiter vergrößern können.

Dieter Behr

Farewell, Fairtrade! - Das Lieblingskind der Anti-Globalisierungsbewegung, der »Faire Handel«, ist zu einer Imagekampagne des Kapitalismus verkommen.

„Diese Woche wurde den G8-Führern, Delegierten und Journalisten in Gleneagles fair gehandelter Tee, Kaffee, Zucker und Bananen serviert und sie erhielten Geschenke aus fair gehandelter Schokolade.“

Die Fairtrade-Stiftung Großbritannien zum G8-Treffen vom 6. bis 7. Juli 2005 im Gleneagles Hotel in Perthshire, Schottland

„Durch die Kooperation mit Transfair wird nicht das Unternehmen Lidl als »fair« zertifiziert. (...) Grundsätzlich begrüßt der Weltladen-Dachverband, dass Lidl fair gehandelte Produkte in sein Sortiment aufnehmen will. (...) Eine grundsätzliche Kritik an der Ausweitung des Verkaufs fair gehandelter Produkte auf Discounter zu diesem Zeitpunkt halten wir für nicht gerechtfertigt.“

Erklärung des Weltladen-Dachverbandes vom 30. März 2006

Zwei Beispiele von vielen, die Auskunft über die sozialen Utopien der zentralen Akteure des Fairen Handels geben. Irgendwie fehlt da nur noch der unvermeidliche Bono von U2, aber bis zum G8-Gipfel in Heiligendamm wird er sicherlich noch seinen Platz neben Putin, Blair&Co. finden. Für das Gute auf Erden darf einem kein Weg zu weit sein.

Im „Fairen Handel“ werden Produkte wie Kaffee, Tee, Honig, Kunsthandwerk und Textilien vertrieben, die meist in Dritte-Welt-Läden, zum Teil auch in Supermärkten verkauft werden. Das Besondere daran ist, dass sie, von Ausnahmen abgesehen, von Kooperativen in der so genannten Dritten Welt stammen. Sie werden mit wenig Zwischenhandel vertrieben, so dass die Einhaltung sozialer Mindeststandards gewährleistet ist und der Einkaufspreis liegt deutlich über dem Weltmarktpreis. Dieser wird im Voraus bezahlt und ausbeuterische Kinderarbeit wird ausgeschlossen. Letztlich geht es um die konkrete Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Produzenten.

Der Faire Handel ist ein Beispiel für ein besseres Auskommen im durchkapitalisierten Weltmarkt. Ein Beispiel für das Überwinden desselben ist er nicht. Die Bewegung entstand in Westeuropa Mitte der siebziger Jahre und propagiert(e) Politik mit dem Einkaufskorb. Verbraucher sollen mit ihrer »bewussten« Kaufentscheidung genossenschaftliche Strukturen in der so genannten Dritten Welt stärken oder aber Firmen mit miesen Arbeitsbedingungen zur Änderung ihres, wie man heute sagt, „Code of Conduct“ zwingen. Wesentliche Akteure sind in der BRD neben der evangelischen und katholischen Kirche die rund 900 Weltläden.

Bekannt wurde der Faire Handel durch den legendären Nicaragua-Kaffee in den achtziger Jahren. Immer zu hart gebrannt, wofür der qualitativ hervorragende Kaffee nichts konnte, aus Solidarität in den Magen gekippt, getragen von der Hoffnung, dass das kleine Nicaragua dem bösen Uncle Sam die Stirn bieten könne und die soziale Revolution voranschreite, ebenso wie die Emanzipation von den Zumutungen des Weltmarkts. Trotz aller Widrigkeiten gab es beim Nicaragua-Kaffee immerhin einen klaren Bezug zu sozialen Kämpfen, die über den kapitalistischen Zustand hinauswiesen.

Das ist lange her. Ähnlich wie der Faire Handel auf sein kapitalistisches Normalmaß zurechtgeschliffen wurde, so wurden auch den Sandinisten (FSLN) in Nicaragua unter Daniel Ortega einige Flausen wie soziale oder gar Geschlechtergerechtigkeit ausgetrieben. Wer im Mainstream mitmacht, wird finanziell und mit Jobs belohnt und von den Medien gelobt. Das gilt für den Fairen Handel wie für Daniel Ortega, der im November 2006 zum zweiten Mal Staatspräsident von Nicaragua wurde. Dieser machte den Kniefall vor dem ultrakonservativen Klerus und stimmte einem Abtreibungsgesetz zu, das Frauen jegliche Rechte nimmt und sie auf Gebärmaschinen reduziert.

„Das Neckarsulmer Lebensmittel-Handelsunternehmen Lidl und Transfair – Verein zur Förderung des Fairen Handels mit der Dritten Welt e.V. – haben sich auf eine Zusammenarbeit beim Verkauf von fair gehandelten Produkten verständigt. Die beiden Partner haben dazu einen entsprechenden Kooperationsvertrag geschlossen.“ Mit diesen lapidaren Worten verkündeten Transfair e.V. und Lidl am 30. März des vergangenen Jahres in einer gemeinsamen Erklärung ihre Kooperation. Transfair e.V. ist die zentrale Siegelorganisation des Fairen Handels und überwacht die Einhaltung der Kriterien desselben. Dafür erhält der Verein eine Siegelgebühr.

Transfair&Co haben mit ihrem Lidl-Deal und für ein bisschen Geld, Anerkennung und Schulterklopfen alle Grundsätze über Bord geworfen. Die Vereinbarung mit dem Billig-Discounter Lidl wurde abgenickt und wird mitgetragen von den 38 Transfair-Mitgliedern, darunter Brot für die Welt, Misereor, der Weltladen-Dachverband, die Verbraucher-Initiative, der BUND, das „Forum Eine Welt“ der SPD, der Bund der Katholischen Jugend, die Arbeitsgemeinschaft der evangelischen Jugend, die Heinrich-Böll-Stiftung, das DGB-Bildungswerk, die Friedrich-Ebert-Stiftung und terre des hommes. Von den 38 Organisationen, die im Alltag nicht müde werden, ihr Engagement für soziale Gerechtigkeit zu betonen, gehören viele dem so genannten rot-grünen Milieu an. Jede einzelne dieser Organisationen ist mitverantwortlich für diesen Kniefall und das Verscherbeln der eigenen Ethik. Besonders makaber: Während die Gewerkschaft Verdi Lidl

zu Recht wegen katastrophaler Arbeitsbedingungen kritisiert, trägt das DGB-Bildungswerk als Transfair-Mitglied den Deal mit. Die klassische sozialdemokratische Doppelzüngigkeit hat es schon immer erlaubt, in einem Satz beispielsweise sowohl entschieden für, wie auch grundsätzlich gegen Atomenergie zu sein.

Und noch etwas fällt auf: Der Deal wird von denjenigen mitgetragen, aus deren Reihen viele seit Jahren in Sachen Fairer Handel aus Bundes- und Landeshaushalten umfangreich alimentiert werden. Wie peinlich den Transfair-Mitgliedern dieser Deal im Nachhinein offenbar ist, sieht man daran, dass bis heute niemand auf den Offenen Brief der „Aktion 3. Welt Saar“ vom 4. Mai 2006 geantwortet hat, in dem angeregt wird, die sozialen „Standards bei Transfair leicht anzuheben“. Für Lidl ist der Deal ein genialer Imagecoup, gerade nachdem die Kritik an den schlechten Arbeitsbedingungen sowie an der Preisdrückerei gegenüber Bauern in der Dritten Welt wie auch (Milch?) Bauern hierzulande erste Wirkungen zeigte.

Alles in allem ist der Faire Handel keine antikapitalistische Alternative mehr. Er bedeutet jedoch eine konkrete Verbesserung der Lebenssituation der Produzenten, und er kann, die Bezugnahme auf soziale Bewegungen hier wie dort vorausgesetzt, ein Druckmittel sein, um Firmen zur Einhaltung sozialer Mindeststandards wie Gewerkschaftsfreiheit und Ausschluss von ausbeuterischer Kinderarbeit zu zwingen. Wenn man diese Begrenztheit respektiert, hat das Ganze Sinn. Wenn man den Fairen Handel aber, wie viele in der Fairtrade-Bewegung, für eine Antwort auf die berechtigte Lenin'sche Frage „Was tun?“ hält, wenn man regelrecht danach giert, mit den Regierungschefs der Welt und Konzernmanagern an einem Tisch fair gehandelten Kaffee zu trinken, und wenn einem selbst die moderate Verdi-Kritik an den Arbeitsbedingungen bei Lidl zu weit geht, dann sollte man sich und seinen Mitmenschen jegliches Nachdenken über eine sozial gerechtere Welt ersparen. Es hat keinen Zweck.

Wolfgang Johann

Der Autor ist Mitarbeiter der »Aktion 3. Welt Saar« und arbeitet dort im Dritte-Welt-Laden (www.a3wsaar.de). Der Artikel erschien zuerst in der Jungle World, No. 01/03. Januar 2007.

MV tut gut? – Ein Streifzug durch die Landwirtschaft Mecklenburg Vorpommerns

Im Juni 2007 werden sie eingeflogen: die gaaanz Wichtigen, ihr Fußvolk, die Pressepersonen... – und am 8.6. sind sie wieder weg. Vom Land Mecklenburg-Vorpommern (kurz: MV) werden sie nur wenig mitkriegen. Und vermutlich wird es einigen GipfelstürmerInnen ähnlich gehen. Für diejenigen, die etwas mehr mitbekommen wollen, hier ein paar Daten zur Landwirtschaft in „Meckpomm“.

- In MV leben etwa 1,7 Mio. Menschen, Tendenz fallend. 22,7% sind offiziell arbeitslos – der höchste Wert aller Bundesländer.
- Weder in Punkto „Wertschöpfung“ noch Beschäftigung ist MV ein Agrarland. Nur 4% des jährlichen Brutto-Sozialprodukts werden in Land-, Forstwirtschaft und Fischerei erwirtschaftet. Von den 700.000 Erwerbstätigen in MV waren 2004 nur etwa 32.500 in diesen Sektoren beschäftigt. Über die Hälfte der Fläche des Landes, 1,357 Mio. ha, werden jedoch landwirtschaftlich genutzt, und zwar überwiegend als Ackerland. Daher das Bild vom „Agrarland“ MV.
- Der Großteil der landwirtschaftlich genutzten Fläche befindet sich im Besitz von „Großunternehmen“ (GmbHs, eingetragenen Genossenschaften, KGs). Die großflächige Landwirtschaft in MV ist schon vor mehreren Jahrhunderten entstanden (Stichworte: Ordensritter, Rittergüter). Zur Zeit der Weimarer Republik machte der Großgrundbesitz 60% der gesamten Nutzfläche aus. 3,6% der Landwirte verfügten über 62% des Bodens, 60,7% über nur 3,7%. Dieses System galt auch in der Nazi-Zeit.
- Nach Kriegsende begünstigte zuerst eine Bodenreform Flüchtlinge, Landarbeiter (die künftigen „Neubauern“) und Kleinbauern. 2.000 Güter – knapp die Hälfte der Agrarfläche – wurden enteignet. Die Zahl der bäuerlichen Kleinbetriebe stieg von 57.000 auf 2.220.000. 1957 beschloss die SED, die „Vollgenossenschaftlichkeit“ auf dem Land. Bäuerliche Betriebe wurden in „Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften“ (LPG) zusammengefasst. Mitte der 60er Jahre wurden die LPGs zusammengelegt zu „Großbetrieben in Kooperationsgemeinschaften“. Die bewirtschaftete Fläche lag bei 4.0000-6.000 ha pro Betrieb. Die industrielle Landwirtschaft hatte sich gegenüber der kleinbäuerlichen durchgesetzt.
- Mit der Wende 1990 traten zunächst wieder die Kleinbauern auf die Bildfläche. Sie durften aus den

Genossenschaften austreten und „Wiedereinrichter“ werden. Doch Wiedereinrichter und neue Kooperativen konnten nur einen kleinen Teil der Arbeitnehmer auffangen, die durch die Auflösung der LPGs ihren Job verloren hatten. Der Zusammenbruch der DDR bedeutete für die Landwirtschaft das Ende der „relativen Selbstversorgung“ (mit ihren Macken bei Produktion und Verteilung), die Übernahme weniger Verarbeitungsbetriebe durch West-Konzerne und die Stilllegung aller übrigen.

- Neben der Tourismusindustrie – Stichwort „Gesundheitstourismus“ – fördert die Landesregierung heute auch die Agro-Gentechnik. 2006 gab es an 26 Standorten Anbau und Freisetzungsversuche von GVO (gentechnisch veränderten Organismen). Beim Anbau handelt es sich ausschließlich um Mais, bei der Freisetzung um Kartoffeln und in einem Fall (s.u.) um Sommerraps. Für 2007 sind dreimal so viele Flächen für den Gen-Anbau angemeldet wie 2006 – aber auch der Widerstand dagegen wächst.
- Ein wichtiger Anbau- und Freisetzungsort ist Groß Lüsewitz/ Sanitz, etwa 15 km östlich von Rostock. Im von der Uni Rostock unterstützten AgroBio-Technikum gibt es 260 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche für Freilandversuche, vom Land MV als Pachtland ohne Pachtzahlung zur Verfügung gestellt. Aktuell läuft auf der Pachtfläche (neben Mais- und Kartoffelversuchen) das besonders umstrittene Freisetzungsprojekt mit transgenem Raps, das selbst Gen-Technik-BefürworterInnen für gefährlich halten. Auch hier gibt es jedoch eine aktive Gruppe von Gentechnik-GegnerInnen.

*Zusammengestellt vom Barnimer Aktionsbündnis
gegen Gentechnik*

Eat the rich - Frühstück – Mittag – Abend: die Lieblingsgerichte der Redaktion

Zum Frühstück: warmes Müsli

Für 1 Person:

1/2 Glas Wasser und 1/2 Glas (Soja-) Milch in einen Topf schütten, eine Portion Müsli untermischen und je nach Belieben Obst und getrocknete Früchte dazu schnibbeln (besonders lecker sind Äpfel, Bananen, Datteln und Feigen). Das Ganze aufkochen lassen und fertig ist der Start in den Tag. Schmeckt besonders lecker im Winter.

Am Mittag: gefüllte Auberginen

Für 4 Personen:

3 mittelgroße Auberginen | 2 Tassen Bulgur | 3 Tassen Wasser | 1 Gemüsebrühwürfel | Salz | Pfeffer | 100 g Rucola | 1/4 Fetakäse | 1 rote Paprika

FÜR DIE SAUCE:

500 g Naturjoghurt | 2 Knoblauchzehen | 2 Tomaten | Salz | Pfeffer

Und so geht's:

Das Wasser mit dem Gemüsebrühwürfel zum Kochen bringen, dann Bulgur hinzugeben und auf der kleinsten Flamme simmern lassen. Der Bulgur ist gar, wenn alles Wasser verkocht ist.

Auberginen halbieren und aushöhlen. Einen Teil des Fruchtfleisches für die Füllung verwenden, den Rest anderweitig verarbeiten. Rucola, Feta und Paprika klein zupfen bzw. -schneiden und unter den Bulgur mischen. Salz und Pfeffer nicht vergessen. Masse dann in die ausgehöhlte Aubergine geben und andrücken. Auberginen in einer Auflaufform bei ca. 200 °C für etwa 20 Minuten in den Backofen geben.

In der Zwischenzeit die Knoblauchzehen klein schneiden und zusammen mit den gewürfelten Tomaten in den Joghurt geben. Mit Salz und Pfeffer abschmecken. Statt der Joghurt-Sauce kann man auch einfach einen herzhaften Käse zum überbacken nehmen.

Am Abend: Spinatnudeln mit Rosinen und

Pinienkernen - Für 4 Personen:

400g Spaghetti | 600g Spinat | 80g Rosinen | 2 EL Zitronensaft | Olivenöl | 2 Knoblauchzehen | 1/2 Becher Sahne | 1/8l Gemüsebrühe | 6El Ricotta oder Frischkäse | Pfeffer | 4 El Pinienkerne

Und so geht's:

Rosinen in Zitronensaft einlegen, idealerweise ein paar Stunden vor dem Kochen, damit sie sich schön voll saugen können.

In einer handelsüblichen Pfanne die Pinienkerne rösten (nicht zu dunkel), anschließend beiseite stellen. Die Nudeln wie gewohnt kochen. Währenddessen den Spinat in der Pfanne andünsten, mit Gemüsebrühe auffüllen, hernach Sahne und Käse dazugeben. Jetzt haben wir's fast geschafft: Nun noch die klein geschnittenen Knoblauchzehen untermischen und mit Pfeffer würzen. Last but not least die Rosinen aus dem Saft holen und der Spinatsauce zuführen. Nudeln mit Sauce servieren, Pinienkerne großzügig darüber verteilen.

Unverzüglich aufessen!

Und zum Nachtisch: Tiramisù

Löffelbiskuits | 200 ml Wasser | 1 TL Instantkaffee | 10(0) ml Marsala o. Rum | 3 Eigelb | 80g Puderzucker | 500g Magerquark | 1 Becher Schlagsahne | Kakaopulver

Und so geht's:

Instantkaffee in sprudelndem Wasser auflösen, Marsala o. Rum dazugeben, abkühlen lassen. Eigelb und Zucker in heißem Wasserbad dickcremig aufschlagen, einige Minuten rühren. In eine kalte Schüssel geben und Quark esslöffelweise untermischen. Sahne schlagen und unter die Quarkcreme untermischen.

Eine rechteckige Form mit der Hälfte der Löffelbiskuits auslegen, mit der Hälfte vom Kaffee beträufeln, die Hälfte der Creme darauf geben, dann wieder Biskuits, Kaffee und Creme.

Mindestens 2 Stunden im Kühlschrank lassen, am besten aber über Nacht. Das Tiramisu vor dem Servieren mit Kakaopulver bestreuen.

Wichtig! So etwas wie ein Tiramisu-Original-Rezept gibt es nicht! Statt der Sahne-Quark-Creme wird jedoch sehr häufig eine Mascarpone-Eischnee-Masse verwendet.

Aufruf zu weltweiten Aktionen gegen das globale Agrobusiness während des G8-Gipfels im Juni 2007

Aktionsnetzwerk Globale Landwirtschaft

Im Juni 2007 wird sich die politische Elite der wirtschaftlich stärksten Länder der Welt (die Gruppe der G8-Staaten) in Deutschland (Heiligendamm bei Rostock) treffen um ihre Politik aufeinander abzustimmen. Eine Grundlinie ihrer Politik ist es, bessere Profitbedingungen für die transnationalen Konzerne des Norden zu schaffen und auszubauen. Zeitgleich werden sich Tausende Menschen versammeln um dem weltweiten Widerstand gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Kapitalismus Ausdruck zu verleihen. Ein Thema wird dabei die globale Landwirtschaftspolitik und insbesondere die grüne Gentechnik sein.

Die Konzerne des Nordens – Hand in Hand mit IWF, Weltbank und WTO

Seit Jahren versuchen transnationale Konzerne wie Monsanto, Syngenta, DuPont, Bayer und BASF die Agrotechnik weltweit durchzusetzen. Dabei geht es um nicht weniger als die vollständige Kontrolle der landwirtschaftlichen Produktion. Mit Biopiraterie, Patenten, Aufkäufen, Sortenschutzabkommen, WTO-Schiedsverfahren und Terminator-Technologie soll den BäuerInnen die Freiheit genommen werden, darüber zu entscheiden, was sie auf ihren Feldern anbauen. Die globalisierte Landwirtschaft hat zu einer weltweiten Angleichung der Nahrungsmittelgewohnheiten und vor allem der industrialisierten Anbau- und Pflanzenzüchtungsmethoden geführt. Die Gentechnik treibt das auf die Spitze: Monokulturanbau und totale Abhängigkeit von der Saatgut- und Düngemittelindustrie. Hinzu kommt die systematische Zerstörung kleinbäuerlicher und indigener Existenzgrundlagen, mit katastrophalen Konsequenzen insbesondere im globalen Süden. Hintergrund sind die Strukturanpassungsprogramme des IWF genauso wie die Freihandelsabkommen im Rahmen der WTO oder die Agrar-Exportsubventionen durch die Regierungen der USA und der EU. Die Konsequenzen dieser Landwirtschaft sind global spürbar: mehr als die Hälfte der Menschheit lebt von der Landwirtschaft, sei es als Kleinbäuerinnen und -bauern oder als LandarbeiterInnen.

Der Widerstand im Süden

Die kleinbäuerlichen Bewegungen im Süden tragen den Widerstand gegen diese Politik der Industrialisierung der Landwirtschaft. Über vielfältige Widerstandsformen wird – wenn auch noch zu wenig – berichtet: In Indien stürmten tausende Baumwolle-BäuerInnen in den letzten Jahren immer wieder lokale Monsanto-Filialen, in Südbrasilien zerstörten im März 2006 1500 BäuerInnen 5 Millionen Eukalyptusbäume, die ihnen das Grundwasser wegsaugen. In Brasilien, Ghana, Malawi oder Zimbabwe gehören Landbesetzungen bereits seit Jahren zum politischen Alltag. Gefordert wird insbesondere das „Recht auf Ernährungssouveränität“, unter anderem von ‚Via Campesina‘, einem weltweiten Zusammenschluss von Kleinbauern und -bäuerinnen, LandarbeiterInnen und Landlosen mit über 200 Mio. Mitgliedern. Ernährungssouveränität meint mehr als das Recht auf freien Zugang zu einer ausreichenden Menge gesunder, nahrhafter und kulturell üblicher Lebensmittel. Vielmehr ist auch das Recht gemeint, Nahrung in bäuerlicher, d.h. nicht-industrialisierter Produktion herstellen zu können und somit das Recht, über die hierfür erforderlichen Produktionsmittel zu verfügen, insbesondere Land, Wasser und Saatgut. Die grundlegenden Eigentums- und Verteilungsfragen sind demnach durch das Recht auf Ernährungssouveränität ebenfalls neu zu beantworten.

Widerstand im Norden?

In Europa, im industrialisierten Norden spielt das Thema bisher nur eine geringe Rolle. Es kommt nur in Extremfällen an die Oberfläche, z.B. bei der Unterstützung misshandelter hyperausgebeuteter migrantischer LandarbeiterInnen auf den Gemüseplantagen in Südspanien oder bei Aktivitäten gegen den Anbau von Genpflanzen. Im Jahr 2004 zerstörten z.B. 1500 „freiwillige MäherInnen“ in Südfrankreich Genmaiskfelder. Jetzt wollen einige AktivistInnen in der Mobilisierung gegen den G8-Gipfel auch den Widerstand im Norden stärken: der weltweite Widerstand gegen die globalisierte Landwirtschaft und die grüne Gentechnik soll nicht nur sichtbar sondern auch größer werden. Das ist nicht einfach, weil sich das Problem in verschiedenen Kontinenten der Welt in sehr unterschiedlichen Formen zeigt: „Im Süden“: durch Hunger, Vertreibung, und somit irrsinnig schnell wachsende Slum-Cities, Ausbeutung in den ländlichen Regionen, weltweite Verschlechterung der sozialen Situation besonders

von Frauen, katastrophale Naturzerstörungen. „Im Norden“: durch massenhaftes Höfesterben und Verödung von Dörfern zugunsten hochkapitalisierter Agrarexport-Monokulturen, wachsende Entfremdung von Stadt und Land. In Nord und Süd zeigt sich die Tendenz, dass immer mehr Land von immer weniger Akteuren, von Großgrundbesitzern und den transnationalen Konzernen, kontrolliert wird.

Erste Erfolge der Zusammenarbeit.

Im Widerstand gegen die Agro-Gentechnik gibt es erste Erfolge in der Zusammenarbeit von Süd und Nord: weltweite Proteste und Aktionen haben deren Ausbreitung bisher stark behindern können. Immer wieder mussten sich die Gentechnikkonzerne aus einigen Ländern und Regionen zurückziehen, natürlich immer verbunden mit einem erneuten Anlauf. Die Gentechnikkonzerne agieren global, ihre Politik ist Teil der kapitalistischen Globalisierung. Ein auf Dauer erfolgreicher Widerstand muss daher global vernetzt und Teil der weltweiten Bewegung gegen den Neoliberalismus sein!

Ein hoffentlich breites Bündnis aus BäuerInnen, VerbraucherInnen, GewerkschafterInnen und GlobalisierungsgegnerInnen wird rund um den G8-Gipfel im Frühsommer 2007 mit Aktionen gegen das globale Agrobusiness an die Öffentlichkeit treten. Geplant ist, unterschiedliche Punkte innerhalb der landwirtschaftlichen Produktionskette anzugehen: Zum Beispiel auf einem Genfeld den Anbau verhindern, bei dem Lebensmittelmulti ‚Lidl‘ die unverschämten Arbeitsbedingungen der Beschäftigten und die ruinösen Preisdiktate der Chefeinkäufer skandalisieren, vor einer Schweinemastfabrik die hochgezüchtete EU-Agrarpolitik kritisieren und an der Universität Rostock die Kollaboration einzelner Fachbereiche mit der Agroindustrie denunzieren – mit diesen vielfältigen Aktionen dürfte deutlich werden, wer die Profiteure und wer die Verlierer der globalisierten Landwirtschaft sind. Wir werden der in Rostock versammelten Weltpresse deutlich machen, dass wir diesen Irrsinn nicht länger widerstandslos hinnehmen! Auch in der Landwirtschaft ist eine andere Welt ohne Profit, ohne Ausbeutung und ohne Naturzerstörung möglich! Wir hoffen auf breite Beteiligung in anderen Teilen Europas.

Außerdem möchten wir an die Bewegungen des Südens appellieren, unser Projekt zu unterstützen. Wir hoffen auf ab-

gestimmten Aktionen während des G 8 – Gipfels 2007: beispielsweise gegen die Saatgutmultis. Ihnen muss nicht nur in Europa und Nordamerika, nicht nur in Indien oder Brasilien sondern in allen Ländern der Erde mit massivem Widerstand klar gemacht werden, dass sie mitverantwortlich sind für Hunger, Ausbeutung und Vertreibung. Sie haben einfach zu verschwinden - und zwar weltweit!

Dieser Vorschlag wird gegenwärtig in Deutschland und einigen europäischen Bewegungen diskutiert. Wir bitten Euch, ihn auch global bekannt zu geben, ihn zu diskutieren, zu verändern. Wir bitten Euch auch, uns mitzuteilen, warum er Eure Unterstützung nicht finden kann.

Mehr Infos: www.g8-landwirtschaft.net

*"Unsere Absicht ist,
dass wir hier sind
und dass wir niemals
weggehen werden."*

